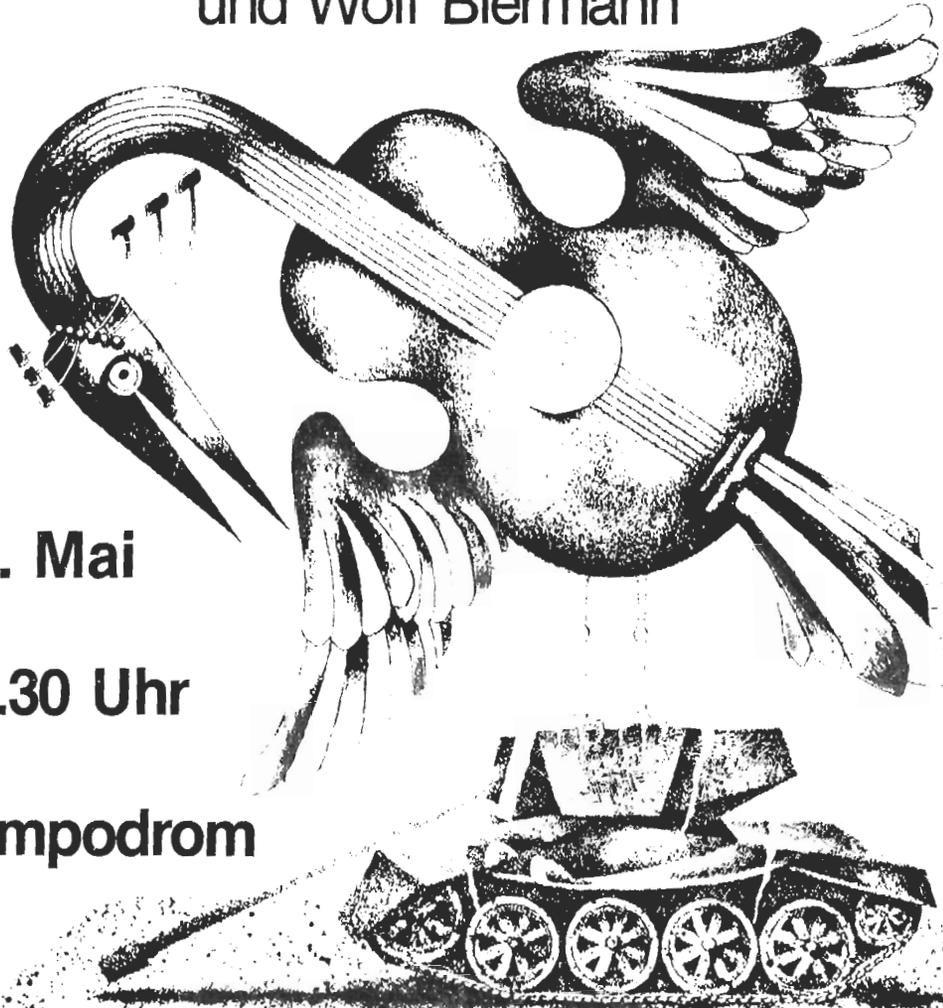


# Solidaritätskonzert

für EL SALVADOR  
mit: Carlos Puebla (Kuba), Illapu (Chile)  
und Wolf Biermann



21. Mai

19.30 Uhr

Tempodrom

Verbilligter Vorverkauf: DM 15,- / Abendkasse: DM 18,- (Einlaß ab 18.30 Uhr)  
Vorverkaufsstellen: Presse- und Informationszentrum Lateinamerika Tage '82 (Krumme Str. 42/LA BATEA, Berlin 12)  
FDCL (Savignypl. 5, Berlin 12), CANZONE, Galerie 70, Die Werbepalette, das europäische buch, Bücher-  
gilde Gutenberg, Das Politische Buch, Der Internationale Buchladen, Jürgens Buchladen, Alternative  
Liste, Lateinamerika Institut/Studentenraum, Das Romanische Buch, Das Arabische Buch  
Veranstalter: FDCL und Lateinamerika Koordination im Rahmen der Lateinamerika Tage '82

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 103

9. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Mai 1982

Solidaritätspreis DM 3,-



## FALKLAND ODER MALVINAS?

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**DOMINIKANISCHE REPUBLIK:** Landbesetzungen — **GUATEMALA:** Militärputsch — **HAITI:** Flüchtlinge — **CHILE:** Entnationalisierung des Kupfers — **HONDURAS:** Auf dem Weg in die Demokratie — **NICARAGUA:** Notstand — **KOLUMBIEN:** Nationaler Indianerkongreß

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>I. BERICHTE</b> .....	3
— Offener Brief an Helmut Schmidt .....	6
— ARGENTINIEN: Diktatoren gegen Kolonialherren .....	8
Deutsche Beihilfe für die Atombombe .....	16
— HAITI: Flüchtlingslager in den USA .....	18
— DOMINIK. REPUBLIK: Bauernbewegung .....	21
— GRENADA: Revolution auf Grenada — drei Jahre danach .....	25
— DOMINICA: Berichte aus Dominica .....	30
— GUATEMALA: Militärputsch .....	35
— NICARAGUA: Notstand .....	39
— KOLUMBIEN: Erster Nationaler Indianerkongreß .....	44
— CHILE: Taktisches Bündnis .....	48
<b>II. HINTERGRUND</b> .....	
— Chile: Entnationalisierung des Kupfers? .....	51
— HONDURAS: Auf dem Weg zur »Demokratur« .....	54
<b>III. SOLIDARITÄT</b> .....	
— Offener Brief an Offergeld .....	60
— Offener Brief an den Botschafter El Salvadors .....	61
— Der Sprüher-Prozeß in Stuttgart .....	64
— Briefaktion für brasilianische Priester .....	67
— Freundeskreis Grenada-BRD .....	70
<b>IV. LATEINAMERIKA TAGE '82</b> .....	72
<b>V. TERMINE</b> .....	74
<b>VI. ZEITSCHRIFTENSCHAU</b> .....	75

### Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 9 der

CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich

(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 22.4.1982

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung

Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«

PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108

Bankleitzahl 10010010

### Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Bibliotheken und Institutionen im Bundesgebiet über:

con Medien- und Vertriebsgesellschaft,

Postfach 106545,

Westerdeich 38, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-

legexemplare erbeten.

## Zu diesem Heft

Unabhängig vom Ausgang des Falkland/Malvinas - Konflikts haben uns diese Ereignisse in vielfacher Hinsicht nachdenklich gestimmt. Bei allem Verständnis für die Begeisterung der Argentinier darüber, der alten Kolonialmacht Großbritannien einen Schlag versetzt zu haben, wirkt die euphorische Einmütigkeit der Argentinier befremdend angesichts der Verbrechen der herrschenden Junta. Bei allem Verständnis für das Bestreben des argentinischen Volkes, auch die letzten Relikte kolonialer Abhängigkeit abzuschütteln, kann der argentinischen Opposition die Demagogie des Vorganges nicht verborgen geblieben sein. Umso unverständlicher scheint daher die Teilnahme vieler Oppositioneller, die noch vor kurzem in den Kerkern der Junta gesessen haben, an den Jubelfeiern. Lediglich vereinzelte Stimmen haben es gewagt festzustellen, daß nach der Vertreibung der Engländer nun die Vertreibung der Junta auf der Tagesordnung stünde. Wir berichten in diesem Heft über die Hintergründe des Malvinenkonflikts. Es bleibt festzustellen, daß angesichts der Reaktion der argentinischen Öffentlichkeit erneut das Fehlen einer legitimen demokratischen Bewegung in Argentinien deutlich wird.

Die Unbedenklichkeit, mit der ein NATO-Land seine Streitmacht in Bewegung zu setzen bereit ist, sollte uns aufrütteln, besonders wenn diese Manöver von der bundesdeutschen Rechten mit Begeisterung quittiert werden. "Nur moralische Schwächlinge - so heißt die Botschaft dieses Unterhauses - vermeiden unter allen Umständen Krieg" (FAZ, 6.4.82). Die Botschaft heißt in der Tat: "Krieg ist machbar" und die Apologeten der Gewalt arbeiten kräftig daran, daß "die (deutsche - Anm. d. Red.) Nation zu einem traditionellen Selbstverständnis (!) zurückkehrt" (FAZ, 6.4.82). Daß auch das Ausland an unserem "traditionellen Selbstverständnis" nicht mehr zweifeln dürfte (bzw. nie gezweifelt hat), dafür sorgt die BRD durch die Teilnahme der Bundesmarine an den NATO-Manövern in der Karibik (siehe

LIEBE ABONNENTEN,

DAS KONTO DER LATEINAMERIKA NACHRICHTEN IST FAST LEERGEFEGT. SCHULD DARAN IST DIE SEHR SCHLECHTE ZAHLUNGSMORAL UNSERER ABONNENTEN: NAHEZU ZWEI DRITTEL HABEN IHR ABO 1982 NOCH NICHT BEZAHLT! DESHALB SEHEN WIR UNS ZU DER DRASTISCHEN MASSNAHME GEZWUNGEN, ALLE DIEJENIGEN AUS DER ABOKARTEI ZU ENTFERNEN, DEREN ÜBERWEISUNG NICHT BIS MITTE MAI AUF UNSEREM KONTO EINGEGANGEN IST. BITTE ÜBERWEIST ALSO ÜNGEHEND DM 35,- AUF UNSER KONTO

Elfriede Kohut, Sonderkonto "Hilfe für Chile", PSchA

PSchA Berlin West, Konto Nr. 380087-108

Bankleitzahl 100 100 10

dazu den offenen Brief einer Gruppe von Bundesbürgern aus Nicaragua an Minister Offergeld), durch die weltweiten Waffengeschäfte (auch dazu ein offener Brief des FDCL an Bundeskanzler Schmidt) und nicht zuletzt die obskuren Machenschaften der bundesdeutschen Atomlobby.

Für viele Leser der LN barg der Wirbel um die BBC-Sendung "Germany and the Argentine Bomb" keine Überraschungen. Bereits vor einem Jahr veröffentlichte das FDCL die Dokumentation: "DER GRIFF NACH DER BOMBE - DAS DEUTSCH-ARGENTINISCHE ATOMGESCHÄFT". In diesem Heft drucken wir den Kommentar von Robert Jungk in der SFB III-Sendung "Journal in III" vom 21.4.82 ab, der - ganz im Gegensatz zu der sonstigen regierungstreuen Berichterstattung der Medien - einige Fragen aufwirft.

Wir haben schon öfters über die Kämpfe der kolumbianischen Indianer berichtet. Im Februar konstituierte sich nun in Bogota die "Nationale Organisation der Indianer Kolumbiens" (ONIC). Wir bringen eine Reportage vom Gründungskongreß. Außerdem berichten wir über die Hintergründe des Putsches in Guatemala. So überfällig auch der Sturz der Lucas-Junta war, so ungewiß ist aber auch der Kurs der neuen Machthaber, die zu stark mit den reaktionären Kreisen des Landes verflochten sind, um eine wirkliche Wende in der Politik einzuleiten.

Drei Beiträge beschäftigen sich mit der Karibik: In einem offenen Brief prangern weibliche Haiti-Flüchtlinge die entwürdigende Behandlung an, die sie in nordamerikanischen Lagern erfahren haben. Außerdem liegen Beiträge über Grenada und Dominica vor.

Die Bielefelder Soziologin, Prof. Claudia von Werlthof stellt in einem offenen Brief an ihren ehemaligen Doktoranden und jetzigen Botschafter von El Salvador in Bonn, Horacio Trujillo, die Frage: "Wann trittst Du endlich zurück?".

Vom 2. bis zum 23. Mai finden die LATEINAMERIKA-TAGE 82 statt, organisiert vom FDCL und der LAKO (Koordination der Lateinamerikagruppen). Ein umfangreiches Programmheft ist bei uns und in (fast) allen guten Buchhandlungen zu beziehen. Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um alle unsere Leser, Freunde, Sympathisanten und Genossen zum PRESSE-FEST DER LATEINAMERIKANACHRICHTEN am 22. Mai (Samstag) ab 19.00 Uhr in der Alten Mensa der TU einzuladen.

Hallo Berliner! Wir suchen noch jede Menge Schlafplätze für Teilnehmer und Besucher der Lateinamerika Tage, auch nur für wenige Tage. Bitte meldet Euch im Presse- und Informationsbüro, Krummestraße 42, 1000 Berlin 12, Tel. 313 65 66.

Der Vorverkauf für die Eröffnungsveranstaltung, die Konzerte und Theater läuft bereits. Kauft Eure Karten rechtzeitig! Es gibt sie im Presse- und Informationsbüro, s.o., im FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Tel. 030/313 50 65 in zahlreichen Berliner Buchhandlungen und in der Galerie 70. Karten können auch telefonisch bestellt werden.

## Das FDCL sucht eine neue Wohnung

Liebe Freunde des FDCL in Berlin,

wir wenden uns diesmal mit der Bitte an Sie, uns bei der Suche nach neuen Räumen für unser Zentrum behilflich zu sein.

Im Zuge der intensiven Archivarbeit, die unsere Sammlung von zum Teil schwer zugänglichen Zeitschriften und Dokumenten aus und über Lateinamerika erheblich vergrößert hat, ist das Archiv des FDCL in Raumnot geraten. Um eine sinnvolle Benutzung des Archivs wieder möglich zu machen und die sehr schlechten räumlichen Arbeitsbedingungen unserer Mitarbeiter zu verbessern, benötigen wir dringend neue Räume, in denen auch das Publikum ruhige Plätze zum Arbeiten hat. Gerade die erfreulich gestiegene Zahl der Benutzer des Archivs macht die Enge der Räume besonders unangenehm - sowohl für die Benutzer als auch für die ständigen Mitarbeiter.

Die Ausweitung der inhaltlichen Arbeit des FDCL durch die Gründung von Arbeitsgruppen (Multinationale Konzerne, Pharmaindustrie, Bolivien, Waffenexport) haben zu einer Überbelegung des Arbeitsgruppenraums geführt, der außer vom FDCL auch von den Lateinamerika Nachrichten und Solidaritätskomitees genutzt wird.

Zusätzlich fragen verstärkt lateinamerikanische Gruppen bzw. Solidaritätskomitees bei uns an, ob wir ihnen Räume für ihre Treffen und ihre Materialien zur Verfügung stellen können. Da sich das FDCL als Infrastruktur für Solidaritätsgruppen versteht, als ein Zentrum, in dem Diskussionen zwischen verschiedenen Gruppen möglich gemacht werden, möchten wir diese Wünsche gern erfüllen; leider ist unser eigener Arbeitsgruppenraum täglich besetzt und für viele Gruppen zu klein.

Aus diesen Gründen sind wir seit einiger Zeit auf der Suche nach neuen, größeren Räumen. Bei unserer Suche haben wir zwei mögliche Projekte vor Augen:

Wir würden gern zusammen mit anderen gesellschaftspolitisch aktiven Gruppen, die sich in ähnlichem Sinn engagieren wie das FDCL, ein ganzes Haus mieten oder pachten, in dem ein großes Zentrum entstehen könnte. Mögliche Partner bei einem Hausprojekt wären beispielsweise das Ausländerzentrum der ESG an der TU, Bezirksgruppen der Alternativen Liste, Gewerkschaftsgruppen. Ein derartiges Haus sollte über einen mittelgroßen Saal für Veranstaltungen verfügen, da viele Komitees oft Schwierigkeiten haben, für ihre Informationsabende geeignete Räume zu finden. Eine Kneipe könnte als Ort für Kontakte und Informationen (z.B. durch ausliegende Zeitschriften) dienen. Auch die Angliederung eines Buchladens mit einem auf Probleme der Dritten Welt und ihrer Beziehungen zur BRD konzentrierten Sortiment wird von uns erwogen. Filmvorführraum, Ausstellungsraum, Übungsräume für Kulturgruppen wären eine wichtige Ergänzung.

Da wir wissen, daß ein derartiges Hausprojekt auf kurze Frist nur sehr schwer zu verwirklichen sein wird, besteht für uns die Alternative in der Suche nach einer großen Wohnung, die zumindest Platz bietet für das Archiv, zwei Arbeitsgruppenräume und das Büro der Lateinamerika Nachrichten, mit denen wir auch weiterhin unsere Bürogemeinschaft beibehalten möchten. Eine solche Wohnung müßte ca. fünf oder mehr Zimmer haben. Wichtig wäre auch eine möglichst zentrale Lage, da unsere Besucher und die regelmäßigen Arbeitsgruppen des FDCL auf eine gute Verkehrsverbindung angewiesen sind.

Wir hoffen, daß unter Ihnen jemand ist, der vielleicht von einem Haus oder einer Wohnung weiß bzw. erfährt, die für uns in Frage käme. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns im Rahmen Ihrer Möglichkeiten bei unserer Raumsuche behilflich sein könnten, damit wir in größeren Räumen unsere Arbeit unter besseren Bedingungen fortsetzen können. Vielleicht kennen Sie z.B. Kirchengemeinden, die uns bei unserer Raumsuche helfen könnten.

Berlin, den 13. April 1982

OFFENER BRIEF

Herrn  
Bundeskanzler Helmut Schmidt  
Bundeskanzleramt  
5300 Bonn

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

nachdrücklich begrüßen wir den Beschluß Ihrer Regierung, nach dem argentinischen Angriff auf die Falkland-Inseln endlich alle Kriegswaffenexporte in dieses Land einzustellen. Nicht ohne Befremden stellen wir aber fest, daß es dazu erst der Anzettelung eines Krieges im Südatlantik bedurfte, während die blutige Repression in Argentinien selbst seit dem Militärputsch 1976 mit zehntausenden von Opfern offenbar kein ausreichender Grund für ein Embargo war.

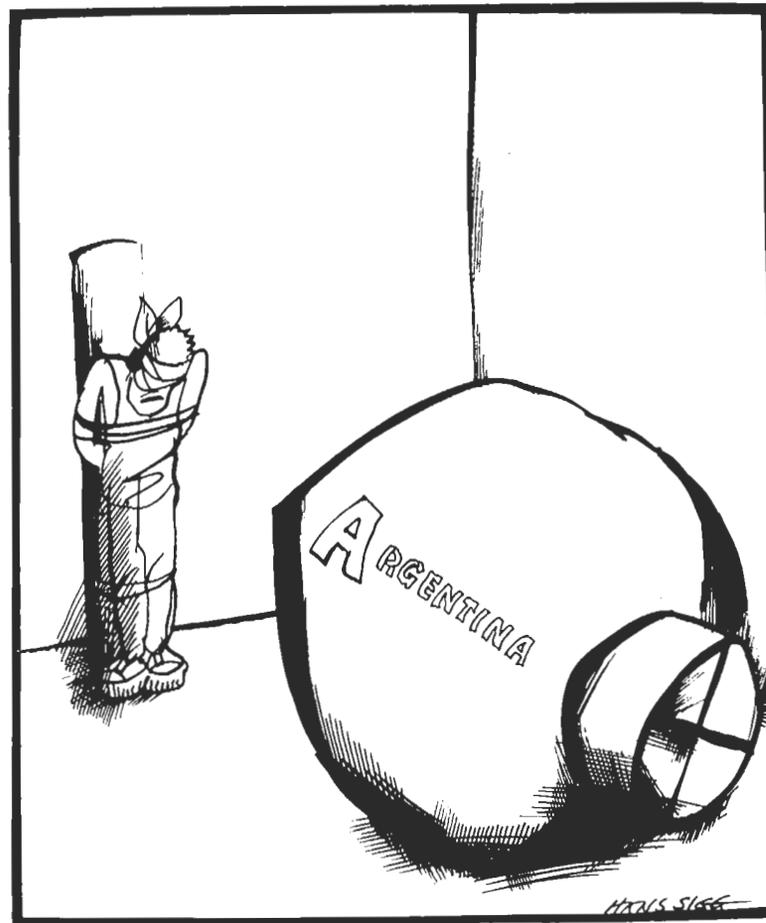
Noch inkonsequenter erscheint uns der zeitlich befristete und beschränkte Charakter der jetzt beschlossenen Maßnahme. Laut Regierungssprecher Becker (Pressemittteilung vom 8.4.) soll das Embargo nur für die Dauer des bewaffneten Konflikts mit Großbritannien und nicht für den Bau und die Erprobung argentinischer Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik gelten. Müssen wir daraus schließen, daß Ihrer Regierung die Kontinuität deutsch-argentinischer Waffengeschäfte letztlich wichtiger ist als die Sicherung des Friedens im Südatlantik?

Das argentinische Militärregime hat mit dem Überfall auf Falkland nicht zum ersten Mal seinen Hang zu aggressiver Außenpolitik offenbart. Wir erinnern an den Beagle-Kanal-Konflikt mit Chile, die bewaffnete Beteiligung am Sturz der gewählten Regierung Boliviens 1980 und die gegenwärtige offene Intervention in El Salvador. Alle bisherigen Warnungen vor weiteren Waffenlieferungen sind von der Bundesregierung in den Wind geschlagen worden. Heute werden im Südatlantik deutsche Waffen eingesetzt, deren Export in den vergangenen Jahren mit der angeblichen Friedfertigkeit der Militärjunta begründet worden war. Sollten nach Beendigung des Falklandkonflikts erneut Waffen geliefert werden, wird sich mit Sicherheit auch dafür eine kriegerische Verwendung finden. Wenn die Gefahr eines innen- und außenpolitischen Mißbrauchs von Waffen wirksam ausgeschlossen sein soll, muß das Embargo daher so lange gelten, bis ein grundsätzlicher demokratischer Strukturwandel in der argentinischen Politik stattgefunden hat.

Mit der "flagrante Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen" (Erklärung der Bundesregierung vom 8.4.) durch die Militärjunta sind aber auch andere verbindliche Zusagen des Regimes unglaubwürdig geworden - u.a. die, Atomanlagen aus der Bundesrepublik Deutschland nur für friedliche Zwecke zu nutzen. Wir fordern deshalb, daß die Lieferungen der KWU für argentinische Atomreaktoren, die Mitwirkung der Firmen Uhde und KEWA am Bau einer Plutonium-Wiederaufbereitungsanlage in

Ezeiza und die vom Kernforschungszentrum Karlsruhe koordinierte atomare Zusammenarbeit unverzüglich beendet werden.

Die Wahrung des Friedens und wirkliche Entwicklungshilfe müssen auch hier Vorrang vor Profitinteressen privater Unternehmen haben. Ein kompetenter Beobachter der argentinischen Politik, Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel, hat sich eindeutig gegen das Atomprogramm ausgesprochen mit der Begründung: "Wir sind nicht davon überzeugt, daß unsere Regierung die Atomtechnologie friedlich nutzen wird."



BEIRAT DES FDCL: Pfr. Heinrich Albertz (ehem. Reg. Bürgermeister von Berlin), Osvaldo Bayer (argentinischer Schriftsteller), Hildegard Blum-Lüning (Journalistin), Heinrich Böll (Schriftsteller), Manfred Coppik MdB, Dr. Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Erich Fried (Schriftsteller), Prof. Dr. Helmut Gollwitzer (Evang. Theologe), Prof. Dr. Norbert Greinacher (Kath. Theologe), Prof. Dr. Ernst Käsemann (Evang. Theologe), OKR I.R.Dr.h.c. Heinz Kloppenburg, Peter Lienthal (Filmemacher), Prof. Dr. Dr. Johann Baptist Metz (Kath. Theologe), Klaus Thüsing MdB, Volker von Törne (für Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.), Arbeitsgemeinschaft Kath. Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG), GEW Landesverband Berlin, Internationaler Versöhnungsbund deutsche Sektion

# ARGENTINIEN

## Diktatoren gegen Kolonialherren

Seit dem 2. April ist in der bundesdeutschen Medienlandschaft nichts mehr so, wie es war. Die Medien scheinen plötzlich vom Baum der Erkenntnis genascht zu haben: die "autoritären", aber bisher offensichtlich noch akzeptablen argentinischen Verbündeten des westlichen Systems wurden über Nacht zu "Suppöntopf(?) - Faschisten", zu aggressiven Diktatoren. Woher dieser unverhoffte Sinneswandel, den bisher weder der kriegerische Konflikt mit Chile, noch die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien, die Verfolgung Exilierter auch im Ausland, die Unterstützung des bolivianischen Militärputsches oder die Intervention in El Salvador hervorrufen konnten? Woher die Zustimmung zu einem Wirtschaftsembargo, zu jener Maßnahme, die sonst - wenn sie von Solidaritätskomitees gegenüber Südafrika, Argentinien oder Chile gefordert wird - von allen "verantwortlichen" Politikern und Journalisten als unnützlich und schädlich abgelehnt wird? Was ist geschehen, daß die Bundesregierung endlich die Waffenlieferungen stoppt? Folgendes ist passiert:

Am 19.3. zogen argentinische Schrottarbeiter auf den britisch beherrschten Falklandinseln (argentinisch: Islas Malvinas) die argentinische Flagge auf, das Militärregime gewährte seinen patriotischen Untertanen "diplomatischen Schutz". Am 2. April besetzten argentinische Truppen die Inselgruppe und erklärten die 1 800 Einwohner zu Untertanen der Militärdiktatoren. Großbritannien entsandte eine Flotte, die noch unterwegs ist. Die Aktion der Militärs fand in Argentinien breite Zustimmung und verschafft dem Regime eine Atempause in den scharfen innenpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Wochen.

### Wellen des Protests von Gewerkschaften und Parteien

Die Auseinandersetzung um die Malvinen fällt - sicher nicht zufällig - in eine Zeit verstärkten sozialen und politischen Protests in Argentinien. Die Wirtschaftspolitik des Ministers Roberto Alemann verschärft die sozialen Probleme (vgl. LN 102) und ist der Grund für den Aufruf der verbotenen Dachgewerkschaft CGT zu einer Serie von Protestversammlungen und Demonstrationen ab dem 8. März. Gleichzeitig intensiviert auch die oppositionelle Parteienkoalition Multipartidaria ihre Kampagne gegen die Wirtschaftspolitik und für die Wiedezulassung der Parteien und Gewerkschaften. An ihrer zentralen Veranstaltungen in der Provinzhauptstadt Parana nehmen 5 000 Menschen teil - die größte Veranstaltung einer Partei seit dem Putsch von 1976.

Am 19. März demonstrieren mehr als 1 000 Menschen gemeinsam mit den Müttern der Plaza de Mayo vor dem Regierungsgebäude für die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen. Die Demonstration wird von der Polizei auseinandergetrieben.



Regime-Gegnerinnen in Argentinien

Am 30. März findet in Buenos Aires die große Demonstration der Gewerkschaften gegen die Politik des Regimes statt, zu der die CGT unter der Parole "Brot, Frieden und Arbeit" aufgerufen hat. Mehr als 10 000 Menschen folgen dem Aufruf der Dachgewerkschaft. Der Korrespondent der Schweizer "Wochezeitung" beschreibt die Demonstration:

"Nachdem rund 10 000 Demonstranten eine Polizeisperre durchbrochen hatten, um vor dem Regierungsgebäude zu demonstrieren, wo seit Jahren jeden Donnerstag auch die Mütter verschwundener Kinder demonstrieren, griffen Polizei und Armee zu schwerstem Geschütz: Tränengasangriff per Helikopter auf die Demonstranten, Gummigeschosse von Polizeigren-



Polizisten verhaften einen Demonstranten

dieren und insgesamt gegen 2 000 Verhaftungen. Unter den Verhafteten auch die gesamte Gewerkschaftsführung der CGT, die in verschiedene Gefängnisse verteilt wurde. In Mendoza eröffneten Scharfschützen der Polizei das Feuer auf die Demonstranten, worauf einige schwer verletzt liegen blieben. Ein Demonstrant erlag später seinen Verletzungen."

In ihrem Aufruf zur Demonstration nimmt die CGT bereits auf den zu dieser Zeit noch schwelenden Konflikt um die Malvinen Bezug, wobei sie einerseits die Souveränitätsansprüche auf die Inseln unterstützt, gleichzeitig aber echte Souveränität für das argentinische Volk fordert:

"Der leitende Ausschuß der Confederación General del Trabajo bestätigt seine unwiderrufliche Entscheidung, am Dienstag, den 30. März 1982, 17 Uhr, auf der Plaza de Mayo zu mobilisieren in der Absicht, das Petitionsrecht wieder einzuführen.

(...) Als Teil des Volkes von Argentinien lehnt die UGT alle Handlungen ab, die die nationale Souveränität beeinträchtigen und übernimmt die historischen Souveränitätsforderungen des argentinischen Volkes. Sie behauptet aber auch, daß man die nationale Souveränität beeinträchtigt, wenn man die Bodenschätze, die Nationalbank und die Staatsunternehmen reprivatisieren will; wenn man die Stärke des Landes eindämmen will, indem man eine Million Arbeitslose produziert, das Volk hungern läßt und unwürdige Löhne zahlt, die Produktivität zerstört und das nationale Kapital den internationalen Banken überweist.

Am 30. März werden wir uns in Frieden aber mit Entschlossenheit auf der Plaza de Mayo versammeln, damit die Aggression gegen das Volk abnimmt, um unsere Souveränität zu verteidigen, welche man nicht der Verteidigung der nationalen Souveränität unterordnen kann, sondern die für uns bedeutet, ein würdiges Leben zu führen im Rahmen sozialer Gerechtigkeit, welche für uns die Wiederherstellung der Produktivität, soziale würdige Löhne für Aktive und Passive und staatliche Demokratie beinhaltet.

Für einen GERECHTEN FRIEDEN in einer SOUVERÄNEN GEMEINSCHAFT in FREIHEIT!"

Das Militärregime in Argentinien war seit dem Putsch vom 24. März 1976 noch nie so wacklig. Der Kommentator der Tageschau sah sogar schon den Tag des Volksaufstandes herannahen. Dem Regime kam in diesen Wochen des nationalen Protests der künstlich hochgeputschte Zwischenfall vom 19. März auf den Malvinen gerade recht. Die am 2. April erfolgte militärische Besetzung der Inselgruppe hat eindeutig die Funktion, von den wachsenden innenpolitischen Problemen abzulenken, die Argentinier auf eine "nationale Aufgabe" einzuschwören.

#### »Die Malvinen sind nicht die Regierung«

Die Bilder von den beiden Siegesfeiern auf der Plaza de Mayo am 2. und 10. April belegen, daß die Rechnung der Militärs mit dem Nationalismus des Volkes zum Teil aufgegangen ist.

Dieser Erfolg des Regimes hat seine Gründe in der Geschichte der Beziehungen zwischen Argentinien und Großbritannien. Großbritannien war für Argentinien jahrzehntelang die Verkörperung des Imperialismus. Die Malvinen sind da nur ein Teil der Geschichte der englischen Präsenz in Argentinien.

Während der Kolonialzeit waren die Malvinen abwechselnd von Engländern, Franzosen und Spaniern besetzt; letztere mußten die Inseln 1811 im Verlauf der Unabhängigkeitskriege der lateinamerikanischen Kolonien aufgeben. Kurz nachdem Siedler aus den La-Plata-Provinzen mit der Inbesitznahme der Inselgruppe begonnen hatten, wurden sie von den Briten 1833 vertrieben. 1892 wurde die Inselgruppe englische Kolonie.

Argentinien hat den Besitzanspruch auf diese Inseln nie aufgegeben. Die Rückgewinnung der Islas Malvinas wurde zu einer Frage des nationalen Stolzes der jungen Nation, die gegenüber den Briten schon deshalb nicht besonders freundlich eingestellt war, weil eine englische Interventionstruppe 1806 durch die Besetzung von Buenos Aires versucht hatte, die La-Plata-Provinzen dem britischen Empire einzugliedern. Die Besetzung wurde durch den Widerstand der Einwohner beendet.

Ab Ende des 19. Jahrhunderts nahm England wirtschaftlich den Platz der früheren Kolonialmacht Spanien ein. Englisch Kapital war führend an den wichtigsten Zweigen der argentinischen Wirtschaft beteiligt: die wichtigsten Handelshäuser, ein Teil der Fleischverarbeitungsbetriebe, die Eisenbahnen und weitere Transportunternehmen gehörten britischem Kapital, selbst die argentinische Zentralbank war in britischem Besitz. Die Eisenbahnen und die Zentralbank wurden erst in den vierziger Jahren unter der Regierung von Perón nationalisiert. Perón aktualisierte auch die Forderung nach der Rückgewinnung der Malvinen im Rahmen seiner anti-imperialistischen, nationalistischen Rhetorik.

Alle diese Punkte kommen bei dem Versuch einer Erklärung der nationalen Begeisterung über dieses militärische Abenteuer zusammen. Das Verwirrende am gegenwärtigen politischen Panorama zeigen schlaglichtartig die Parolen, die bei der Siegesfeier auf der Plaza de Mayo dem Militärdiktator Galtieri zugerufen wurden: "Freiheit! Freiheit!"; "Brot, Frieden und Arbeit" neben "Argentina! Argentina!" und sogar "Ein Schrei aus tiefstem Herzen - Perón! Perón!". Ausgerechnet mit dem Namen des von den herrschenden Militärs verteuflten Perón wird deren "nationale Tat" gefeiert. Diesmal schritt die Polizei auch



Argentinien-Diktator Galtieri, jubelnde Argentinier

nicht ein, als die Demonstranten den "Marsch der Peronisten" sangen, wofür vor einigen Monaten noch mehrere tausend Menschen verhaftet wurden, weil sie ihn während eines Fußballspiels angestimmt hatten.

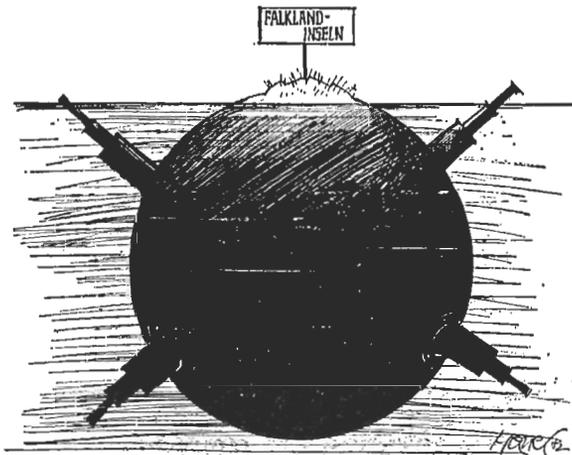
Zu der Massenkundgebung am 2. 4. hat sicher auch beigetragen, daß alle Oberschüler und Beamten freibekamen - mit der Aufforderung, an der Jubeldemonstration teilzunehmen. Auch ist die Zahl von - nach Angaben argentinischer Zeitungen - 100 000 Demonstranten nicht so überwältigend, wenn man bedenkt, daß Buenos Aires ca. 10 Millionen Einwohner hat, und daß die Peronisten bei ihren Massendemonstrationen von 1976 bis zu 1 1/2 Millionen Menschen auf die Straße brachten.

Bis auf wenige Ausnahmen - wie der argentinische Schriftsteller Ernesto Sábato und Friedenspreisträger Perez Esquivel - begrüßten fast alle Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Oppositionsparteien, Unternehmerverbände und selbst die gerade erst aus dem Gefängnis entlassenen CGT-Führer die Eroberung der Malvinen. Bei der feierlichen Amtseinführung des argentinischen Gouverneurs auf den Malvinen waren Vertreter aller dieser Organisationen anwesend. Selbst die Repräsentanten der verbotenen Dachgewerkschaft waren offizielle Regierungsgäste.

### Spekulationen

Diese Stimmung nationaler Euphorie führte zu verschiedenen Spekulationen darüber, wie die Militärs die Situation ausnützen werden. Viele Vermutungen gehen dahin, daß sie Vertreter der Oppositionsparteien in eine "Regierung der nationalen Einheit" aufnehmen werden. Eine derartige Regierung wäre die Ausgangsbasis für einen langsamen Rückzug der Militärs aus der unmittelbaren Verantwortung für die desolate Wirtschaft bei gleichzeitiger Vermeidung eines politischen Bruchs, der die Gefahr mit sich brächte, daß die Opposition eine Untersuchung der Verbrechen der Militärs durchsetzen könnte. Es ist durchaus möglich, daß sich die bürgerlichen Parteien - im Austausch für größere politische Bewegungsfreiheit - auf ein solches Arrangement einlassen werden. Ein solcher Kompromiß würde jedoch voraussetzen, daß die Parteien auf eine Untersuchung der Menschenrechtsverbrechen, besonders auf die restlose Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen verzichten. Es ist fraglich, ob die wichtigen Menschenrechtsorganisationen und die Angehörigen der Opfer dies zulassen werden.

Andererseits kann sich das Regime gerade wegen dieser nationalistischen Welle keine Kompromisse bezüglich der Souveränität über die Malvinen leisten. Hier liegt die Gefahr, daß der Konflikt weiter



eskaliert, da sich auch die englische Regierungschefin Thatcher auf einen harten, unnachgiebigen Kurs festgelegt hat, der offensichtlich von den schweren wirtschaftlichen und sozialen Problemen in Großbritannien ablenken soll, die durch die Politik Thatchers noch verschärft worden sind. Unter diesen Umständen erschreckt der Gedanke, daß die englische Flotte Atomwaffen an Bord hat und daß niemand so genau weiß, ob Argentinien nicht doch über Atomsprengköpfe verfügt.

### Wirtschaftliche Motive

Neben diesen innenpolitischen Gründen für die Besetzung der Inselgruppe gibt es auch einige wirtschaftliche Gründe, die das Interesse Argentiniens an der Wiedergewinnung des Territoriums steigen ließen. So entdeckte 1975 ein Geologenteam Hinweise darauf, daß die Inseln auf einem Ölsee schwimmen. Die Ölvorräte dort sollen neunmal größer sein als die Lagerstätten des Nordseeöls.

1991 läuft der Vertrag über die Antarktis aus, in dem ein Moratorium für die Ausbeutung der Rohstoffe der Antarktis festgelegt ist. Verhandlungen über die Verteilung des rohstoffreichen Kontinents werden wohl bald beginnen, und ein Kriterium für die Verteilung des reichen Kuchens werden bestehende Hoheitsrechte über die umliegenden Festlandteile und Inseln sein. Die Malvinen sichern so ihrem jeweiligen Besitzer Anrechte auf die Beteiligung an der Ausbeutung der antarktischen Schätze.

In baldiger Zukunft können auch die großen Vorkommen von Krill an den Küsten der Insel von Bedeutung sein; Krill soll einmal zu einem wichtigen Bestandteil der Welternährung werden.

### Völkerrechtliche Aspekte des Konflikts

Als sich die Spanier 1811 im Zuge der lateinamerikanischen Unabhängigkeitskriege von den Inseln zurückzogen, beanspruchten die Vereinigten Provinzen von La-Plata, aus denen Argentinien hervorging, die Malvinen für sich. Darauf beruft sich bis heute die argentinische Regierung, wenn sie sagt, daß Argentinien rechtmäßig die Herrschaft über die Malvinen zusteht. Da die Briten 1833 die wenigen Argentinier von den Inseln vertrieben haben, seien die Malvinen heute noch als britische Kolonie zu betrachten. Dieser Ansicht stimmte 1965 der Dekolonisationsausschuß der Vereinten Nationen zu, der beide Staaten zu Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts aufforderte. Seit dieser Zeit schleppen sich die Verhandlungen ohne greifbares Ergebnis hin.

Die britische Regierung versteift sich bei der Souveränitätsfrage darauf, daß die britischen Einwohner der Inselgruppe in einem Referendum für Großbritannien gestimmt hätten. Eine Abtretung an Argentinien stelle somit eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Falkländer dar. Damit stehen sich zwei völkerrechtliche Prinzipien gegenüber - der anerkannte Anspruch Argentiniens auf die Souveränität über die Inseln und das Selbstbestimmungsrecht der 1800 Menschen, deren Familien seit 150 Jahren auf den Inseln leben. Bei allen Lösungsversuchen wird man dieses Recht nicht unbeachtet lassen dürfen; vor allem ist es sicher sehr leicht verständlich, daß niemand Interesse daran hat, die britische Herrschaft mit der der argentinischen Militärs zu vertauschen.

Die bewaffnete Invasion der argentinischen Militärs ist ein klarer Verstoß gegen die Regeln des internationalen Zusammenlebens. Sie zeigt, daß eine Diktatur, die innenpolitisch in Schwierigkeiten ist und sich von einem kriegerischen Abenteuer Vorteile verspricht, keinerlei Achtung vor internationalen Spielregeln hat.

*Die internationale Reaktion*

Die internationale Reaktion auf die Besetzung der Malvinen war außerhalb Lateinamerikas überraschend einmütig in der Ablehnung. Die lateinamerikanischen Staaten dagegen unterstützen die argentinische Position bis auf wenige Ausnahmen - Chile und Brasilien -, da sie in der Invasion einen antiimperialistischen Akt sehen, eine Wiedergewinnung nationalen Territoriums durch einen lateinamerikanischen Staat, dessen Rechte bisher durch eine Großmacht verletzt wurden.

Im Sicherheitsrat wurde die Resolution 502, die das Vorgehen Argentiniens verurteilt und zur friedlichen Lösung des Konflikts auffordert, mit nur einer Gegenstimme (Panama) und vier Enthaltungen (Sowjetunion, China, Polen und Spanien) angenommen.

Verblüffend einmütig und schnell war die Reaktion der EG. Schon am 7. April hatte die Bundesregierung beschlossen, ein Waffenembargo gegen Argentinien zu verhängen - allerdings nur für die Dauer des Konflikts. Auch wird der Weiterbau und die Erprobung von Waffensystemen, die für Argentinien bestimmt sind, in der BRD nicht verboten. Die argentinischen Streitkräfte verfügen allerdings schon über ein beachtliches Arsenal bundesdeutscher Waffentechnologie:

- 5 Transportflugzeuge F 27 von VFW/Fokker im Wert von 35 Mio DM
- 200 Kampfpanzer TAM, entwickelt von Thyssen-Henschel, im Wert von 250 Mio DM, mit 105 mm-Kanone; die Panzer werden mit Produktionslizenzen in Argentinien gebaut.
- 300 Schützenpanzer TAM, entwickelt von Thyssen-Henschel, im Wert von 200 Mio DM. Bau in Argentinien mit Produktionslizenzen
- Flugabwehrkanonen von Rheinmetall, die im Umweg über Spanien nach Argentinien exportiert wurden
- 2 U-boote des Typs TR 1700, entwickelt und gebaut von Thyssen Nordseewerke im Wert von 339 Mio DM.
- 6 Fregatten "Meko 360" entwickelt von Blohm und Voss, im Wert von 1 800 Mio DM.

Der Beschluß der Bundesregierung kommt zu spät, als daß man ihn vorbehaltlos begrüßen könnte. Weder die blutige Repression nach dem Militärputsch 1976, noch der Konflikt mit Chile um drei Inseln bei Feuerland, noch die aktive Verwicklung in den Putsch der bolivianischen Militärs gegen die demokratisch gewählte Regierung Queiler 1980 waren für die Bundesregierung Grund genug, den Waffenexport in die Diktatur zu stoppen. Und jetzt gilt das Embargo nur für die während der die Interessen des EG- und NATO-Partners Großbritannien direkt bedroht sind. Daß sich die argentinischen Militärs nach Beendigung des Falklandkonflikts mit bundesdeutschen Waffen an der Bekämpfung der demokratischen Opposition in El Salvador beteiligt (vgl. LN 102), scheint die regierende SPD/FDP-Koalition nicht zu stören.

Am 10.4. fällt die Europäische Gemeinschaft auf englischen Antrag hin eine bisher einmalige Entscheidung: sie verhängte (endgültig ab dem 16.4.) ein Importverbot für argentinische Waren, sofern noch keine abgeschlossenen Lieferverträge vorliegen. Trotz der Proteste des an guten Beziehungen zu Argentinien interessierten Wirtschaftsministeriums schloß sich auch das bundesdeutsche Außenministerium dem Boykott an.

Die Bundesrepublik importierte 1981 Waren im Wert von 1,13 Mrd. DM; die bundesdeutschen Exporte nach Argentinien betragen 2,5 Mrd. DM. Die Importe der EG aus Argentinien belaufen sich auf 160 Mio US-Dollar monatlich, das sind 28% der argentinischen Gesamtexporte; 30% der industriellen Exporte Argentiniens gehen in die EG. Ein wirkungsvoller, langfristiger Importstopp der EG hätte deshalb schwere

Konsequenzen für die krisengeschüttelte argentinische Wirtschaft. Zwar bietet sich die Sowjetunion im Agrarsektor als Ersatz an, doch ist die Aufnahmefähigkeit der SU begrenzt. Derzeit bezieht sie ca. 40% des argentinischen Exports, vor allem Getreide. Dagegen kann die Sowjetunion nicht die argentinischen Importe westeuropäischer Ausrüstungsgüter ersetzen, von denen die argentinische Wirtschaft stark abhängig ist. Die argentinische Regierung hat im Gegenzug zum europäischen Importembargo ihrerseits einen Einfuhrstopp für europäische Waren verhängt.

Ebenso hart dürfte die Kreditsperre die argentinische Wirtschaft treffen: das Land ist mit ca. 35 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet. Allein um in diesem Jahr dem Schuldendienst (Zinsen und Tilgung bestehender Kredite) nachkommen zu können, müßte Argentinien 7 Mrd. Dollar neu als Kredit aufnehmen. Stattdessen wurden bereits ausgehandelte Eurodollarkredite in Höhe von 3,5 Mrd. Dollar storniert. Aber die europäischen Banken können nicht an einem Bankrott Argentiniens interessiert sein, da bei dem Zusammenbruch eines so stark verschuldeten Landes das internationale Bsnkensystem ins Wanken geriete.

Während die EG ein Importembargo verhängt und die Sowjetunion der argentinischen Armee elektronische Spionagehilfe leistet, haben sich die USA in eine Zwickmühle manövriert: einerseits hat Argentinien den NATO-Partner Großbritannien angegriffen, andererseits hatte die Reagan-Administration gerade zu dieser Diktatur gute Beziehungen aufgebaut, die auch in Mittelamerika zum Tragen kommen sollten. Jetzt sitzen die USA zwischen den Stühlen und versuchen den Ausbruch eines Krieges zwischen ihren Verbündeten zu verhindern. Durch die Anrufung des Interamerikanischen Beistandspakts von Rio aus dem Jahr 1947, dem auch die USA angehört, wurde die Situation schon fast absurd: der Vertrag verpflichtet alle Vertragsangehörigen zur Verteidigung der anderen Vertragsmitglieder, wenn diese von einer außerregionalen Großmacht - in diesem Fall Großbritannien - angegriffen werden. Bleibt abzuwarten, wie die Beteiligten ihre Köpfe aus der selbstgefertigten Schlinge ziehen.

## Deutsche Beihilfe für die Atombombe der Militärs

Großen Wirbel löste im Zusammenhang mit der Falklandkrise ein Film der britischen Fernsehgesellschaft BBC aus, in der der Bundesregierung - und ihren Vorgängerinnen - vorgeworfen wird, sie habe mit dazu beigetragen, daß Argentinien Plutonium produzieren kann - und zwar in solchen Mengen, daß die Diktatur ab 1983 pro Jahr 10 Atombomben bauen kann. Die Bundesregierung beeilte sich, diese Vorwürfe zu dementieren - allerdings ohne die Argumente des Journalisten zu entkräften. Robert Jungk zeigte in einem Kommentar die Brisanz des langfristigen Atomgeschäfts mit Argentinien auf (aus: Journal in 3, SFB III, 21.4.1982):

"Keine Rundfunkanstalt der Welt recherchiert ihre Sendungen zu aktuellen Themen so genau wie die englische BBC. Sie muß es schon deswegen tun, weil das englische Gesetz üble Nachrede oder beweisbare Entstellung von Tatsachen mit hohen Geldstrafen belegt. Wenn daher der Sprecher der deutschen Bundesregierung, Lothar Rühl, die in einer Sendung vom letzten Montag erhobenen Vorwürfe einer deutschen Mitwirkung an den illegalen Atombewaffnungsvorhaben Argentiniens einfach als Kriminalroman abtut und in vier Punkten als bewußte Falschdarstellung deklariert, wird ihm kein Kenner der strengen britischen Pressegesetze Glauben schenken können. Leichtfertigen Sensationsjournalismus mag sich sein einstiger Brotherr Axel Springer leisten können, die Reporter der British Broadcasting Corporation können das nicht. Meine Rückfrage bei David Taylor, dem Hauptrechercheur der beanstandeten Sendung ergab, daß Rühl sein erstes Dementi bereits vor der Sendung am Wochenende verteilen ließ. Daß er sie auch nach der Sendung mit ihren brisanten Enthüllungen weiterübte, ist straflicher Leichtsin. Denn er widerlegte Behauptungen, die gar nicht erhoben worden waren, nahm dagegen zu Feststellungen, die das Verhalten der Bundesrepublik im heiklen Problemfeld der Weiterverbreitung von Atomwaffen in der Tat höchst problematisch erscheinen lassen, nicht Stellung. Ein Beispiel: Rühl erklärte, es stimme nicht, daß die deutsche Industrie in Argentinien eine Wiederaufbereitungsanlage hingestellt hätte. Das war in der Sendung auch gar nicht gesagt worden; kritisiert wurde die Tatsache, daß argentinische Wissenschaftler und Techniker monatelang im Kernforschungszentrum Karlsruhe arbeiteten und dort das deutsche know how auf diesem Gebiet erwerben konnten, so daß sie dann, was sie da gelernt hatten, in Argentinien nachbauen konnten und sich jahrelange eigene Forschungsarbeit ersparten. Wenn der heute noch in führender Stellung tätige deutsche Kernforscher Prof. Hennies in der Sendung vor der Kamera die deutsch-argentinische Zusammenarbeit in der kritischen Szene der Wiederaufbereitung bestätigt, und der Sprecher der Bundesregierung dann behauptet, es habe keinerlei Kooperation auf diesem Gebiet gegeben, so muß man sich fragen, wer von den beiden sagt die Wahrheit. Die ausführlichen Erklärungen von Walther Schnurr, dem heute wieder in Argentinien lebenden zeitweiligen Direktor des Kernforschungszentrums Karlsruhe bestätigen allerdings die Aussagen seines Kollegen Hennies, ja sie erweitern sie noch. Schnurr hat den englischen Reportern etwas noch brisanteres anvertraut, das sie in dieser Sendung noch gar nicht gesagt haben; sie haben es sich für eine zweite aufgehoben, und zwar folgendes: Anfang der sechziger Jahre versuchte die deutsche Atomindustrie in den USA schweres Wasser zu kaufen, das auch zur Herstellung von Atomwaffen verwendet werden kann. Die Amerikaner lehnten ab. Daraufhin sollte auf Feuerland ein gemeinsames argentinisch-deut-

sches Projekt zur Herstellung von schwerem Wasser begonnen werden. Es war schon fast vertragsreif; erst auf Grund des Drucks sowohl östlicher Regierungen wie der USA wurde in letzter Minute, kurz vor der Vertragsunterzeichnung das ganze Unternehmen gestoppt. Die Informationen, die auf mehr oder weniger gut getarnte Zusammenarbeit deutscher Firmen unter Duldung der Bundesregierung mit starken Hinweisen, wie unter Umgehung von internationalen Kontrollen sich eigene Atomwaffen beschaffen wollen, sind in den letzten Jahren zu zahlreich geworden, als daß man sie immer wieder mit schwachen Dementis vom Tisch wischen könnte. Das Mißtrauen der Eingeweihten ist inzwischen so groß geworden, daß vor einigen Monaten der Kandidat für die Nachfolge des Vorsitzenden, des Präsidenten der Internationalen Atombehörde, der deutsche Staatssekretär Karl Hauenschildt, von der internationalen Gemeinschaft der Atomwissenschaftler abgelehnt wurde, weil man einfach zu den Deutschen auf diesem Gebiet kein Vertrauen mehr hat. Die BBC-Reporter sagen, sie hofften geradezu darauf; daß die Bundesregierung oder die deutsche Industrie sie wegen dieser Sendung vor den Kadi zitiere; denn dann könnten sie ausführlicher als in der Sendung selber aufzeigen, daß Prominente des Dritten Reiches, wie z.B. der berüchtigte rechtsextremistische Fliegeroberst Rudel als Vertreter der Firma Siemens am Aufbau des argentinischen Militär- und Atompotentials mitgewirkt hätten. Sie könnten dann auch ihre These, daß die Bundesrepublik am Bau einer deutschen Atombombe auf fremden Boden interessiert sei, genauer mit Tatsachen unterlegen und damit aus der Sphäre der Gerüchte in die der diskutierbaren Nachkriegsgeschichte hineinnehmen. Es wird interessant sein zu sehen, ob die in diese Angelegenheit verwickelten deutschen Forschungsanstalten, Firmen und Amtsstellen es wagen werden, sich der längst überfälligen Klärung der gegen sie geäußerten Verdächtige durch die für ihre Gründlichkeit und Fairness bekannte englische Rechtspraxis stellen werden oder verweigern. Ich glaube nicht, daß sie es wagen werden, in diese zwielichtige Szene endlich Licht hineinzulassen, so sehr wir uns das im Interesse der weiteren gefährlichen Entwicklung auf dieser Welt auch wünschen mögen!

Auch das Beispiel deutsch-argentinische atomare Zusammenarbeit zeigt wieder einmal, wie wenig Verständnis die bundesdeutsche veröffentlichte Meinung aufbringt, wenn es um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Diktaturen in der Dritten Welt geht.

Als der Vertrag über den Bau des Atomreaktors Atucha II im Sommer 1980 abgeschlossen wurde, protestierten bundesdeutsche Solidaritätsgruppen - darunter das FDCL und die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - gegen den Vertrag. Als Gefahren benannten wir, daß Argentinien damit unter deutscher Mithilfe in die Lage versetzt wird, Atombomben zu bauen. Dies erschien uns gerade wegen der Aggressivität der Diktatur als besonders gefährlich. Zu diesem Zeitpunkt wurden unsere Argumente von den Medien und den Politikern nicht ernst genommen. Auch als das FDCL seine umfangreiche Dokumentation über die langjährige atomare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Argentinien "DER GRIFF NACH DER BOMBE - DAS DEUTSCH-ARGENTINISCHE ATOMGESCHÄFT" vorlegte, erfolgte keine Reaktion.

Erst jetzt, nachdem sich unsere Befürchtungen leider bestätigt haben, werden die Geschäfte mit der Diktatur öffentlich kritisiert. Aber dazu mußten erst die Interessen eines engen Verbündeten direkt verletzt werden.

# HAITI

Offener Brief einer Gruppe inhaftierter Frauen, Flüchtlinge aus Haiti

in Fort Allen Ponce, Puerto Rico

Liebe Leser, Herren von der Zivil- und Militärverwaltung, daß wir Ihnen diesen Brief schreiben, hat einen ganz bestimmten Grund. Wir werden seit einigen Monaten hier in Fort Allen festgehalten, ohne zu wissen, welches Schicksal uns erwartet. Stellen Sie sich vor, daß wir unser Leben aufs Spiel setzten um unser Land per Schiff oder Flugzeug zu verlassen und in den Vereinigten Staaten um Asyl zu bitten. Das ist ein Land von dem wir glauben, daß es aufgrund seiner Position als Weltmacht dazu in der Lage ist, uns aufzunehmen. Seit 1975 leiden wir in brutalster Weise unter unserer Regierung, die keine gute Regierung ist. Heute ist alles noch viel schlimmer geworden, für uns nicht mehr erträglich. Deshalb sehen sich immer mehr von uns gezwungen in die ganze Welt auszuwandern, vor allen Dingen aber in die USA.

Wenn wir in unserem Land vielleicht mal eine Arbeit finden, dann werden wir nicht dafür bezahlt. Versuchen wir trotzdem, auf unseren Rechten zu bestehen, setzen wir unser Leben aufs Spiel. Nicht nur unser eigenes, sondern auch das unserer Familien, die in solchen Fällen von den Machthabern bedroht werden. Aus diesen Gründen wandern heute die Haitianer aus allen Gegenden des Landes aus, in der Hoffnung die Freiheit zu finden, die sie sich ersehnen.

Als wir zum Büro der Einreisebehörde der USA in Miami kamen, wurden wir zu unserer Überraschung mehrere Stunden lang festgehalten. Immer wieder wurde uns dieselbe Frage gestellt: "Warum sind Sie in die Vereinigten Staaten gekommen?". Wir gaben immer die gleiche Antwort und wurden zu guter letzt akzeptiert. Es wurde uns erklärt, daß wir zur Abwicklung einiger Formalitäten an einen Ort gebracht werden würden, der den Namen "Kroom" trägt. Dort angekommen hatten wir den Eindruck, in einen Viehstall geworfen worden zu sein. Die Brutalität unserer Lebensbedingungen hat uns gelehrt, wachsam zu sein. Das alles erinnerte uns an die Art und Weise in der die Sklaven behandelt wurden. Nachdem wir viele Tränen vergossen und Gott um Hilfe in unserer Not gebeten hatten, gaben wir die Resignation auf. Wir wollten nicht schwach werden. Jeder Tag der verging, war ein Tag weniger. Wir hofften darauf, innerhalb von 8, 10 oder 14 Tagen freigelassen zu werden. . Alles entwickelte sich jedoch ganz anders, als wir es erwartet hatten.

Eines nachts - wir lagen auf unseren schmalen, harten Lagerstätten in Wolldecken eingewickelt - betrat eine Gruppe von Polizisten in grünen Uniformen unerwartet den Raum. Sie schrien uns an: "Stehen Sie auf und nehmen Sie Ihre Einreisepapiere mit. Sie haben 10 Minuten Zeit." Dieser Befehl rief große Aufregung unter uns hervor. Unter Tränen und in einem alles überschwemmenden Wolkenbruch wurden wir zur Cafeteria des "Kroom" gebracht. Unsere Lagerstätten hatten wir verlassen müssen, um diesen Marsch durch den strömenden Regen anzutreten. Schon vorher hatte es Gerüchte über die Deportation von Frauen gegeben - wie es auch mit den Männern geschehen war - doch wir hatten ihnen keinen Glauben geschenkt. Bis sie uns eines Tages um 4 Uhr nachmittags zum Büro der Einreisebehörde des "Kroom" brachten, wo wir eine Nacht und einen Tag in Erwartung unseres Schicksals verbracht hatten, mit Plastikbinden am Arm, zur Identifikation. Wir mußten uns nackt vor Männern und Frauen aufstellen und wurden dann mit Wasser abgespritzt. Daraufhin brachte man uns in einen Raum, wo wir die Nacht verbringen sollten. Dieser erschien uns in unserem ganzen Elend wie ein Leichensaal. Wir sangen traurige Lieder. Schüttelfrost überkam uns. Um 5 Uhr morgens wurden wir in einem Bus zusammengepfepfcht, der uns zum Flughafen brachte. Auf diese Weise verließen wir Miami in Richtung Puerto Rico.

Als das Flugzeug in Ponce landete, wurden wir von einer Menge freundlich empfangen. Auf dem ganzen Weg empfinden wir die gleiche, warmherzige Aufnahme. Unsere Lage war aber so unglücklich, das wir all dem gegenüber vollkommen indifferent blieben. Wir dachten, das sei nur ein Scherz, da man uns erzählt hatte, daß die Puertoricaner uns wie wilde Bestien hielten. Aufgrund der freundschaftlichen Gesten - sie brachten uns Geschenke - änderten wir unsere Meinung noch am gleichen Tag. Offen gesagt hatten wir einen solchen Empfang nicht erwartet. Wir haben diesen Leuten nichts vorzuwerfen, sie unterstützten uns mit viel Eifer und Aufopferung.

Zu uns selbst ist folgendes zu sagen: Wenn sich jemand von uns einmal unmöglich benahm, so ist er dafür nicht verantwortlich zu machen. Es gibt viele Ursachen für ein solches Verhalten, wie z.B. die unerträgliche Hitze hier und eine Reihe anderer Probleme. Wir sind nicht alle gleich stark, haben nicht dieselben Möglichkeiten zu verstehen, nicht die gleiche Erziehung. Viele von uns leiden unter dem Benehmen anderer. Das Leben in Fort Allen ist sehr hart. Hinter Stacheldraht eingeschlossen, in Zelten, wo tagsüber die Hitze der Sonne unerträglich ist und nachts die eisige Kälte. Wir müssen immer weit laufen, um etwas zu essen zu finden. Dreimal am Tag müssen wir wie Sardinen in Reih und Glied antreten. Morgens, wenn es noch kalt ist, mittags in der größten Hitze und abends, wenn die Mosquitos kommen. Wenn wir abends zur Toilette gehen müssen, können wir das nur im Freien tun. Ist das nicht vielleicht die Hölle auf Erden?

Hätten wir nicht ein Ziel vor Augen, das wir verfolgen, wären wir nicht so duldsam und unbeugsam zur gleichen Zeit, dann wären wir schon vor einiger Zeit eine nach der anderen zerbrochen. Warum ertragen wir dieses ganze Elend, die Schmerzen und Erniedrigungen? Weil wir wissen und hoffen, daß wir in ein paar Wochen freigelassen werden. Seit wir Miami verlassen haben, ließ man uns in dem Glauben, daß unsere Aufenthalt in Puerto Rico nur von kurzer Dauer sein würde. Drei Monate lang werden wir schon so schlecht behandelt, ohne zu wissen warum. Die Einwanderungsbehörde macht uns keinen konkreten Vorschlag. Tag für Tag hört man schon die Stimmen derjenigen, die nach Haiti zurückkehren wollen. Das alles sechs Monate, nachdem wir das Land verlassen haben. Seit unserer Ankunft auf nordamerikanischem Boden werden wir mißhandelt. Wir haben alles akzeptiert, alles über uns ergehen lassen. Dann haben wir also unsere Familien verlassen, die auf unsere Hilfe warten, um mit leeren Händen nach Haiti zurückkehren zu müssen, nachdem uns alles, was wir hatten hier abgenommen wurde. Auf keinen Fall wollen wir das. Es wäre eine sehr große Ungerechtigkeit. Sollten die Nordamerikaner uns in ihrem Land nicht aufnehmen wollen, müßten sie uns gleich am folgenden Tag zurückgeschickt haben. Warum quälen sie uns so lang, statt uns in die UdSSR, nach Kuba, Frankreich oder Kanada zu schicken, alle Länder, die uns mit offenen Armen aufnehmen würden. Dann wären wir lieber gleich in Haiti geblieben.

Wir sind alle Christen aus Fleisch und Blut, mit den Ideen freier Menschen. Diese Freiheit wollen wir. Hier geht es uns seit Monaten schlecht. Wir haben unsere Familien verlassen, um ihnen helfen zu können, auch aus der Höhle des Löwen zu entkommen. Das ist Haiti nämlich heute. Unsere Situation ist bedauernswert. Eingeschlossen hinter Stacheldraht von Miami bis Puerto Rico. Alle Tage sind gleich. Wir kennen weder das Datum, noch wissen wir, wie spät es ist. Manchmal haben wir Hunger, aber nichts zu essen. Wir haben Bedürfnisse, die wir nicht befriedigen können. Ist das das bessere Leben, das wir suchten? Wir sind in die USA geflohen, um anders leben zu können. Sollte das nicht möglich sein? Wohin führt das alles? Dazu, daß wir in diesem Land hier sterben müssen? Unsere Angehörigen würden ohne Zweifel vor Schmerzen vergehen. Sie denken nicht, daß in den USA solche Verbrechen begangen werden.

Wir jedenfalls sind am Ende. Das alles ist zu viel für uns. Wenn man uns bis Ende November nicht frei läßt, wird eine Reihe von uns Selbstmord begehen. Wir

haben uns geschworen, in den USA zu sterben. Was soll aus uns werden? Wann wird man uns freilassen? Das ist die Frage, die uns bewegt. Wir verlangen eine Antwort darauf.

Wir möchten gerne wissen, warum Sie uns so behandeln. Vielleicht weil wir Schwarze sind? Warum quält ihr Amerikaner uns dermaßen? Habt ihr kein Herz? Habt ihr vielleicht nicht daran gedacht, daß wir ein Herz haben, das Qualen ausgesetzt ist und eine Seele, die sich grämt? Gib uns unsere Freiheit zurück. Wir bitten Dich Erbarmen mit uns zu haben, Gott wird Dich dafür segnen. So viele Menschen verschiedener Nationalitäten emigrieren in die USA. Warum werden die Haitianer so schlecht behandelt?

Da viele von uns nicht bereit sind, nach Haiti zurückzukehren, möchten wir von den Verantwortlichen eine ehrliche Antwort auf folgende Frage bekommen: Wollen Sie, daß wir hier unter der glühenden Sonne von Fort Allen zugrunde gehen?

Wir haben nie Besuch bekommen, da niemand zu uns gelassen wurde. Wir werden wie Aussätzige behandelt, wie wilde Tiere. Was uns beunruhigt, ist die Möglichkeit verrückt werden zu können.

Aufgrund all dessen werden wir uns am 4. November gezwungen sehen, uns aufzulehnen gegen die Ungerechtigkeit. Sollten unsere Probleme innerhalb der nächsten 8 Tage keine befriedigende Lösung erfahren, werden wir das wirklich tun. Wir haben nicht vor, das Ende des Jahres hier zu verbringen.

Wir bitten die Leser dieses Briefes, dieses Tagebuch eines verzweifelten Volkes zu beachten. Wir brauchen die Hilfe einer starken Hand. Wir fordern deshalb Zeitungen, Radio und Rundfunk auf, sowie die Zeugen, uns bei der Verwirklichung unserer Ziele zu unterstützen.

Die unglücklichen Flüchtlinge der IV. Enklave.

Marta Gara	Coeurlange Josaphat	Maria Marta Gelin
Josetha Lubin	Micheline Edouard	Jeanne-Maud Gara
Maria Magdalena Grand-Pierre	Esther Petithomme	Simon Laguerre
Gislaine Frondela	(Unleserlich)	(Unleserlich)
Ketteley Pichoneau	Mercina Jean Romain	Marie Gladys Célamy
Zilmene Thelisma	Daulmar Naomie	Mariette Charles
Ermathe Pierre	Elmase Ulysse	Ketty Claude



In Miami demonstrieren schon früher eingereiste Haitianer gegen die Internierung der Flüchtlinge

## DOMINIKAN. REPUBLIK

### Bauernbewegung in der

### Dominikanischen Republik:

## Das Land gehört dem, der es bearbeitet!

Im gänzlich vom Wahlkampf bestimmten politischen Geschehen in der Dominikanischen Republik (am 16. Mai 1982 sind Präsidentschafts- und Senatswahlen) äußern sich seit Anfang Februar fundamentalere Interessen. Am 2. Februar besetzten 1200 Bauern ungenutzte Ländereien von Großgrundbesitzern in der südlichen Region von San Juan und forderten die sozialdemokratisch ausgerichtete Regierung, gestellt von der Partido Revolucionario Dominicano (PRD), auf, ihnen Land zuzuteilen und die beim Amtsantritt 1978 versprochene Agrarreform durchzuführen. Bei den Besetzern handelt es sich hauptsächlich um Angehörige von 3500 Familien, deren Land vor 3 Jahren wegen der Errichtung eines Stausees und eines Nationalparks 'nationalisiert' worden war, denen die Regierung aber zugesagt hatte, ihnen im Rahmen der Agrarreform in derselben Region des Landes neuen Boden zuzuteilen. Bei Ankündigungen der Regierung sind bis heute leere Versprechungen geblieben und auch sämtliche Bemühungen der Bauern in Verhandlungen und Petitionen brachten keinen Erfolg.

### Landbesetzungen haben Tradition

Landbesetzungen durch landlose Bauern sind in der Dominikanischen Republik keine Seltenheit. Der aggressive Ausbau der Zuckerwirtschaft auf den besten Böden der Insel zu Beginn dieses Jahrhunderts, der die massenweise Vertreibung von Kleinbauern von ihrem Land zur Folge hatte, hat großen Teilen der Landbevölkerung ihre Existenzbasis entzogen. Seit dem Tod des Diktators Trujillo 1961 hat es immer wieder vereinzelte Landbesetzungen gegeben, in denen die Bauern auf ihr Elend hinwiesen. Bei der Landbesetzung in San Juan am 2. Februar wurde jedoch folgendes deutlich: Die Bauern haben bereits einen hohen Organisationsgrad auf nationaler Ebene mit bedeutender politischer Schlagkraft erreicht. Die basisdemokratisch strukturierte, Anfang 1978 gegründete unabhängige Bauernorganisation, das Movimiento Campesino Independiente (MCI), besitzt ca. 1800 Basisorganisationen im ganzen Land, die in kürzester Zeit zu mobilisieren sind. Diese können mehr als 50 Bauern umfassen und sind oft auch wirtschaftliche Einheiten, z.B. Produktions- oder Vermarktungskooperativen. Das MCI besitzt Kontakte zu Gewerkschaften und linken Parteien, sowie zu Journ listen, Rechtsanwälten und dem Menschenrechtskomitee. Seine Aktionen erreichen die Öffentlichkeit und erhalten juristische Unterstützung auf höchster Ebene.

Und so reagierten Militär und Regierung mit - zumindest in der Amtszeit des der PRD angehörigen Präsidenten Antonio Guzman - ungekannter Härte: sämtliche Besetzer und Besetzerinnen wurden festgenommen, und Polizei und Militär lassen verlauten, keiner käme frei, bevor sich die 'Anführer' nicht gestellt haben, außerdem würde gegen jeden

einzelnen ein Verfahren wegen Verletzung des Privateigentums aufgenommen.

### *Breite Solidarität mit den Bauern*

Am 5. Februar veröffentlichte das Nationale Komitee des MCI in allen Zeitungen des Landes ein Comiqué, gerichtet an den Präsidenten der Republik, den Direktor der Agrarreformbehörde, alle Bauern des Landes und die Öffentlichkeit, in dem die 3-jährigen erfolglosen Bemühungen der Bauern von San Juan um die ihnen rechtmäßig zustehende Zuweisung von Land beschrieben werden und das folgende Forderungen aufstellt:

- sofortige Freilassung aller bei der Landbesetzung Verhafteten,
- Respektierung der moralischen und physischen Integrität jedes einzelnen, - Abbruch der Verfolgungen der sich in Freiheit befindlichen Bauernführer, - sofortige Verteilung des Landes an die Bauern der Region (San Juan). Das MCI droht mit der Einsetzung seines 'Aktionsplan II', der "im gesamten nationalen Gebiet unsere Basis in Alarmbereitschaft versetzen wird, falls unsere Forderungen nicht erfüllt werden".

Das 'Comitee Coordinador de la Lucha por la Tierra' (Koordinationskomitee für den Kampf um das Land) in San Juan organisiert weitere Landbesetzungen, die sich ausdehnen bis in den Norden des Landes, gleichzeitig kommen aus dem ganzen Land Solidaritätsadressen von Bauernverbänden, Gewerkschaften, linken Gruppierungen, Priestern, die die Freilassung der Bauern und die Verteilung des Landes fordern. Sogar der Bischof von Santiago, der zweitgrößten Stadt des Landes, rechtfertigt das Vorgehen der Bauern und nennt die herrschenden Grundbesitzstrukturen untolerierbar, eine Agrarreform unumgänglich. In der ganzen südlichen Region gibt es Demonstrationen und Besetzungen von Kirchen, alle Bauernverbände des MCI-Süd veranstalten Diskussions- und Aktionsversammlungen. Vor dem Gebäude der Agrarreformbehörde IAD in Santo Domingo findet eine friedliche Demonstration statt, bei der Besetzung eines lokalen Büros des IAD werden weitere 200 Bauern festgenommen. Am 8. Februar sitzen bereits 1700 Bauern in den Gefängnissen San Juans, Barahonas und Santo Domingos, und die hygienischen Verhältnisse in den Gefängnissen beginnen Schlagzeilen zu machen. Die dominikanische Rechtsanwaltsvereinigung fordert die Anwendung des Habeas Corpus Gesetzes und die Freilassung der Gefangenen (nach dominikanischen Gesetz dürfen Gefangene nicht länger als 48 Stunden ohne richterliche Untersuchung festgehalten werden).

### *Im Wahlkampf zählt auch die Stimme der Campesinos*

Die Regierung gerät unter Druck - es sind Wahlkampfzeiten. Präsident Antonio Guzman ordnet am 9.2. die Freilassung aller Bauern an. Man würde diesmal eine Ausnahme machen, da die Landbesetzungen von linken Parteien angestiftet und geleitet worden seien. Er überlege sich Maßnahmen, diesen Parteien den Status der Legalität zu entziehen. Selbst der Generalsekretär der PRD, Pena Gomez, eher bekannt als Vorsitzender der Sozialistischen Internationalen für Lateinamerika, verurteilt die illegale Besetzung des Privatlandes - ohne zu erwähnen, daß ja auch die Kleinbauern einmal Privateigentümer gewesen sind. Landwirtschaftsminister Hipolito Mejia reist in den Süden, um die Freilassung der Bauern zu koordinieren.

Am 11.2. befindet sich der größte Teil der Festgenommenen in Freiheit, ausgenommen einige Führer des MCI, unter ihnen der Generalsekretär Mario Ogando Alcantara.

Es erfolgen nun selektive Festnahmen, hauptsächlich von Mitgliedern der Dominikanischen Kommunistischen Partei. Die inzwischen freigelassenen Bauern protestieren gegen die parteipolitische Interpretation des sozialen Konflikts und wiederholen, daß ihre Aktionen motiviert seien durch das soziale Elend, den täglichen Hunger, das Ster-

ben ihrer Kinder. Sie betonen ihre Unabhängigkeit gegenüber jeglicher politischen Partei und machen klar, daß sie nicht verhandeln werden, bevor ihre Führer nicht freigelassen würden, und daß sie immer wieder die Ländereien besetzen werden, wenn ihre Forderungen auf Zuteilung von Land nicht erfüllt würden.

Am 19. 2., nach über zwei Wochen Haft, wird Mario Ogando Alcantara freigelassen. Er war von einem Gefängnis zum anderen geschleppt worden und letztlich in einem Gebäude zur Verkehrsüberwachung festgehalten worden. In einer in der Geschichte der Dominikanischen Republik einmaligen Aktion erheben er und seine Frau Anklage auf illegale Entführung und Verbergung und auf Verstoß gegen das Habeas Corpus Gesetz gegen den nationalen Polizeichef, den Chef des Sicherheitsdienstes und drei weitere Polizeikommandanten. Die Anklage wird dem Obersten Gerichtshof unterbreitet und bearbeitet.

### *Das Dilemma der Sozialdemokratie*

Die Landbesetzung der Bauern von San Juan mutet an wie ein Lehrstück, das die Unentschlossenheit, letztlich Unfähigkeit einer sozialdemokratischen, oder besser populistischen Regierung im Umgang mit sozialen Problemen eines abhängig-kapitalistischen Landes zeigt. Die Regierung kann den Bauern kein Land anbieten, ohne den Großgrundbesitz anzutasten, da es kaum mehr geeignetes Staatsland gibt, das verteilt werden könnte. Obwohl Gesetze zur Begrenzung des Großgrundbesitzes existieren, werden sie nicht angewendet, denn die Interessen der Großgrundbesitzer sind in der Regierung vertreten (in der Person des Präsidenten Guzman selbst z.B.), und man will insbesondere gegenüber dem nordamerikanischen Zuckerabnehmer nicht in den Ruf kommen, das Privateigentum zu mißachten.

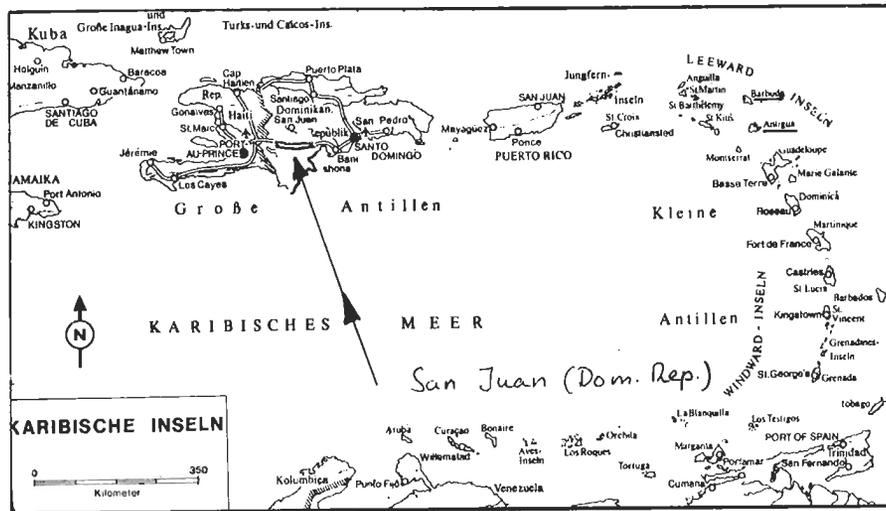
Allerdings wird deutlich, daß die 4 Jahre Amtszeit der Partido Revolucionario Dominicano immerhin eine Verstärkung der demokratischen Institutionen mit sich gebracht haben. In der 12-jährigen Regierungszeit des - nach einer US-Invasion 1965 von den Nordamerikanern quasi eingesetzten - Präsidenten Balaguer wäre die Räumung der Landbesetzer wohl kaum so unblutig abgelaufen. Die Vorladung eines der mächtigsten Männer im Staat, des Polizeipräsidenten, vor den Obersten Gerichtshof auf Anklage eines Bauernführeres wäre undenkbar gewesen. (Ein tatsächliches Vorgehen gegen die Angeklagten ist nach wie vor unwahrscheinlich.)

Für das Movimiento Campesino Independiente war die Besetzung von San Juan ein Erfolg, trotz Gefängnis und Mißhandlungen. Die Verhandlungen mit der Regierung werden mit mehr Nachdruck geführt werden können - mit der Sympathie und dem Interesse eines großen Teils der Dominikanischen Bevölkerung im Rücken. Auch die Bauern sind sich des Spielraums, der durch die PRD-Regierung geschaffen worden ist, bewußt. Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Möglichkeit, sich organisieren zu können, sind meistens gewährleistet. Aber sie haben erfahren müssen, daß die Regierung die versprochenen Reformen nicht durchführt und die Interessen der Landbevölkerung nicht vertritt. Die politische Taktik des MCI scheint es trotzdem zu sein, die Institutionen der parlamentarischen Demokratie zu nutzen, als auch ihre Forderungen mit Besetzungen und anderen Aktionen zu unterstützen.

Der MCI hat für die kommenden Wahlen - entgegen seinem obersten Grundsatz der völligen Unabhängigkeit von einer politischen Partei - seine offizielle Unterstützung für den Bloque Socialista angekündigt, ein aus drei linken Splitterparteien bestehendes Bündnis der undogmatischen Linken, um eventuell auch "einen Fuß ins Parlament" zu bekommen. Wichtigster Faktor der Politik des MCI bleibt aber die

politische und Bildungsarbeit in den Kooperativen und Basisgruppen, sowie der Aufbau einer basisdemokratisch kontrollierten nationalen Direktive anstelle des bisher bestehenden organisatorisch losgelösten Koordinationsbüros.

"Wir Bauernführer müssen ein Klassenbewußtsein entwickeln", sagt mir ein Bauernführer aus dem Süd-Westen. "Dieses Jahr werden wir die nationalen Gremien des MCI einrichten. Unsere Basis kann dann im ganzen Land für Solidaritätsaktionen mobilisiert werden. Das bedeutet für uns einen großen Zuwachs an Stärke."



Antonio Guzmán

# GRENADA

## Revolution auf Grenada

### — drei Jahre danach

Vor drei Jahren hat auf der Karibikinsel Grenada eine Revolutionsregierung mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen. Für die unterdrückten Völker der gesamten Karibik ist Grenada heute zum Vorbild geworden. Aber die USA können eigenständige Entwicklungen in ihrem "Hinterhof" nicht dulden.

Lügenpropaganda, diplomatischer Druck, Wirtschaftssanktionen, Militärübungen vor der kleinen Insel mit 110 000 Einwohnern - die USA vergaßen kein Mittel, um die junge Revolution zu erwürgen. Ein Bombenattentat im Juni 1980 verfehlte nur knapp die gesamte Führung der "NEW JEWEL MOVEMENT" (NJM - Bewegung für Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung). Die von den USA abhängigen Nachbarinseln werden derzeit von Reagan aufgerüstet.

Ein zweites Grenada soll es in der unterentwickelt gehaltenen Region nicht geben. Die Analphabeten auf Barbados, die Verhungernden in Haiti, die Rastas in Jamaika dürfen nicht vom "grenadischen Pazillus" angesteckt werden. Wenn die Kriegstreiber in Washington heute laut über eine Intervention in Mittelamerika nachdenken, dann denken sie neben der FMLN in El Salvador, neben Kuba und Nicaragua auch an die Gewürzinsel Grenada.

Grenada bekommt heute zu spüren, was es heißt, von der Reagan-Regierung als "terroristischer Staat eingestuft zu werden. Einige Beispiele: Nach einem Treffen von Zeitungsverlegern des englisch-sprachigen Karibikraumes am 22. bis 24. Juni 81 in Washington erschienen in 10 regionalen Zeitungen 144 Artikel über Grenada. Sie alle entdeckten auf einmal die Frage der "Menschenrechte" und der "Pressefreiheit", die sie unter dem früheren Diktator Gairy, der etliche Grenadier foltern und totschiessen ließ, nie interessiert hatte.

Aber auch auf dem für Grenada so wichtigen Tourismussektor wurden die USA aktiv. 19 von 25 Reiseveranstaltern in Washington wurde nahegelegt, Grenada als "unsicheres Reiseziel" aus ihren Angeboten zu streichen. Beim Internationalen Währungsforum traten die USA öffentlich gegen die Auszahlung eines bereits bewilligten Kredits in Höhe von 8,17 Millionen US-Dollar auf. Nur durch die diplomatische Intervention bei 90 Mitgliedsstaaten bekam Grenada die Gelder schließlich doch. Bei der wirtschaftlichen Erdrosselung der kleinen Insel sollten schließlich auch die westeuropäischen Verbündeten mitmachen. Die US-Regierung scheute im April 81 die Mühe nicht, einige Diplomaten zur Europäischen Gemeinschaft nach Brüssel zu schicken, um der EG die Gewährung eines Darlehens an Grenada von 5 Millionen Mark wieder auszureden. Zur Begründung mußten alte unlogische Argumente erhalten: Der neue Flughafen solle gar nicht den Tourismus der Karibikinsel entwickeln, sondern den Kubanern als Militärstützpunkt dienen. Die Beteiligung eines britischen Elektrokonzerns am Flughafenbau war den europäischen Regierungen dann aber doch wichtiger als die Reagan-Ratschläge. Grenada bekam das Geld.

Auf politischen und wirtschaftlichen Druck allein allerdings hat sich die US-Regierung auch nie verlassen. Schon eine Woche nach dem Umsturz auf Grenada vom 13. März 1979 diskutierte man in Washington die Möglichkeit einer Seeblockade gegenüber Grenada. Ab November 1979 wurde in Miami eine Karibik-Kampftruppe gebildet.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß auch eine Direktintervention in Frage kommt. Wiederholt wurden US-Flugzeuge im Tiefflug über der Insel gesichtet, mit denen das Land genau kartographiert werden sollte. Bei mehreren Seeübungen bei Puerto Rico übte die US-Flotte Invasionen auf Inseln, die Grenada sehr ähnlich sind. Im Dezember 1981 lag auf der Nachbarinsel Barbados ein US-Flugzeugträger vor Anker. Beim NATO-Manöver in der Karibik im März 1982 war diesmal auch die Bundeswehr mit einem Schiff dabei.

Während Ronald Reagan sich für April 82 selbst zu einem Besuch der "stabilen" Nachbarinsel Barbados einlud, um dort für eine Allianz von Karibikstaaten gegen Grenada und Kuba zu werben, wartet der Premier Grenadas Maurice Bishop bis heute auf die Beantwortung mehrerer Schreiben an Reagan. Darin fragte er unter anderem an, was Reagan gegen die Söldnertruppen zu unternehmen gedenkt, die auf Weisung des früheren Diktators Gairy auf dem Territorium der Vereinigten Staaten für einen Einmarsch in Grenada üben.

Die Antwort der USA ersehen die Grenadier aus der Geschichte. Sie haben aus den Erfahrungen in Chile und Jamaika gelernt. "Eine Revolution, die sich nicht verteidigen kann, ist keine!" sagt Maurice Bishop.

Die eher kleine Berufsarmee wird unterstützt durch das bewaffnete Volk, die Miliz. "Unser bester Schutz ist ein bewußtes, kämpferisches und wachsameres Volk" und "Schließ dich der Miliz an - Sei wachsam - Schau dich um - Der Imperialismus schläft nie!" heißt es auf Plakaten überall im Land. Ein Verteidigungskrieg wäre für die Grenadier eine neue und furchtbare Aufgabe, denn bei der Revolution fiel der Revolutionären Volksregierung (PRC) die Macht kampfflos und ohne Blutvergießen in die Hände. Diktator Gairy hatte das Land so gründlich ruiniert, daß sich außer seiner Leibwächter-Gang niemand mehr für ihn schlagen wollte.

Eine Revolution zu machen hieß für Grenada deswegen bisher nicht Guerillakrieg, sondern wirtschaftlicher Neuaufbau aus dem Nichts. Mit Hilfe ausländischer Kredite aus nichtkapitalistischen Ländern, aus Kanada und der EG hat man angefangen, erst einmal Grundlagen für eine funktionierende Infrastruktur zu legen. Es gibt weiterhin private Unternehmen. Die wichtigen und neuen Impulse gehen jedoch von der PRC aus. Erstmals werden die einheimischen Erzeugnisse, vor allem Muskatnuß (die Hälfte der Weltmarktproduktion), Kakao, Bananen und Fisch im Land verarbeitet. Es gibt heute staatliche Fabriken, die Saft, Marmelade, Kosmetika und konservierten Fisch herstellen.

Große Hoffnungen setzt Grenada auch in den Ausbau der Tourismusindustrie. 40 Prozent der Hotels und Restaurants konnte die PRC direkt als Gairys Privateigentum übernehmen.

Die Versuche, die Wirtschaft anzukurbeln und das Land von Exporten unabhängiger zu machen, haben in den letzten zwei Jahren die Arbeitslosigkeit von 50 Prozent auf unter 30 Prozent gesenkt. Für viele neue Arbeiten fehlen allerdings Fachkräfte. Die Regierung hat daher eine Reihe von Fachschulen eingerichtet, z. B. für Hotelfachkräfte, Fischer und Bauern.

Staatlich kontrolliert sind inzwischen auch der Außenhandel und ein Teil der Banken, Grundnahrungsmittel unterliegen der Preiskontrolle. Die inländische Produktion wird steuerlich stark begünstigt.

Kooperativen werden überall gegründet und von staatlicher Seite massiv unterstützt. Heute gibt es bereits mehr als 20 Landwirtschaftskooperativen, die vom "Institut für Entwicklung von Kooperativen" betreut werden.

Im kaum vorhandenen industriellen Sektor kann das Land noch nicht auf die privaten Kapitaleigner verzichten. Regierungssprecher Ray Donald: "Im jetzigen Stadium hat die Revolution noch nicht die Fähigkeit, ausländische Firmen völlig zu kontrollieren. Es fehlen uns Facharbeiter und Studenten. Wir fangen erst an, sie auszubilden." Dort aber, wo Kapitalisten den wirtschaftlichen Aufbau sabotieren wollten, hat die Regierung unter Kontrolle der Arbeiter die Fabriken übernommen.

"Die, die arbeiten, sollen das Heft in die Hand nehmen" heißt ein Wahlspruch der NJM. Ob beim Aufbau der Gewerkschaften, bei der Umstrukturierung der Schulbildung, der Facharbeiterausbildung, bei Massenversammlungen und Demonstrationen, die NJM stellt immer wieder klar, daß eine starke und einige Arbeiterklasse die beste Garantie für den Fortgang der Revolution ist.

Diese Revolution zeichnet sich auch durch das starke Engagement der Frauen aus, deren besondere Unterdrückung nicht als "Nebenwiderspruch" abgetan wird. Jede dritte Grenadierin arbeitet heute in der nationalen Frauenorganisation mit.

Die grenadischen Revolutionäre vergessen auch nie ihre internationalistischen Ziele. Keine Rede, die nicht den Kampf der Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und Afrika einschließt. Betont wird, daß der Aufbau des Sozialismus in Grenada allein und aus eigener Kraft nicht möglich ist. Auf dem ersten internationalen Solidaritätskongreß für Grenada beendete Bishop seine Rede mit den Worten "Lang lebe die Weltrevolution".

Mobilisierungsminister Selwyn Strachan erläuterte den Delegierten dort die Bedeutung der demokratischen Selbstorganisation der Massen: "Die revolutionäre Demokratie fürchtet der Imperialismus am meisten".

Strachan erklärte: "Als wir unser Motto 'Nicht irgendeine andere Gesellschaft, sondern eine gerechte Gesellschaft' (not just another society, but a just society) aufstellten, sagten wir damit, daß wir nicht die Absicht hatten, den Gairyismus durch eine andere Form unterdrückter, neokolonialer Herrschaft zu ersetzen, die damit fortfahren würde, unser Volk passiv und ausgebeutet zu halten..."

Unser Ziel war es hauptsächlich, Leute im Prozeß des Aufbaus ihrer eigenen Befreiung zu bestärken. Nur so würden sie sich selbst verändern und ihr Land vor dem Zugriff des Diktators befreien."

Heute kristallisiert sich immer mehr ein Räte-system auf verschiedenen Ebenen heraus. Zum einen gibt es die, für alle offenen monatlichen Gemeindeversammlungen. Hier werden alle anstehenden Fragen, von Preiskontrollen bis zur Arbeit der Polizei, aber auch allgemeine politische Themen diskutiert. Regierungsvertreter müssen Rede und Antwort stehen.

Die heutigen Parish Councils sind die Fortführung von Räten, die Bishops Oppositionsbewegung NJM schon in den 70er Jahren in der Illegalität aufgebaut hatte. Zum anderen gibt es daneben auch eigene Versammlungen der Arbeiter der einzelnen Fabriken, der Frauen- und Jugendgruppen.

Als wir am 3.12.81 an der Arbeiterversammlung in St. George's teilnahmen, steht das Thema Straßenbau, oder besser -reparatur auf der Tagesordnung. Ein leitender Angestellter berichtet über den aktuellen Stand und versucht die Schwierigkeiten, die es für ihn und seine Mitarbeiter gibt, zu erklären. Regenfälle, die vieles wieder kaputt machen, zuwenig und schlechtes Material... Die Leute machen es ihm nicht leicht. Unter lauten Beifallsrufen beschwert sich ein Arbeiter über das halbrecherische Abenteuer, nachts auf einer der ramponierten Straßen zu gehen und fordert den Verantwortlichen auf, doch etwas mehr "power" zu machen.

Als das Thema ausgiebig diskutiert ist, geht es als nächstes um die Gasversorgung der Insel. Anlaß ist eine Demonstration von Frauen am Vort einheimische Händler keine große

Gaskartuschen mehr auszuliefern willens ist. Die Leute sollen künftig kleine kaufen und sie selbst nach Hause tragen. Da an Weihnachten viel gebacken und gekocht wird, hätte das für viele Haushalte Engpässe und vor allem Schlepperei bedeutet.

Ein Angestellter des Wirtschaftsministeriums erklärt in einfachen Worten, daß der grenadische Gashändler vom multinationalen Energiekonzern Texaco unter Druck gesetzt worden ist. Das Ministerium hat sich sofort mit allen Beteiligten zusammengesetzt und innerhalb von 24 Stunden zumindest vorläufig die Pläne des Händlers gestoppt. Die 400 Zuhörer folgen sehr konzentriert. Hier wird ihre Sprache gerddet, an ihren Bedürfnissen angeknüpft. Ihre Sorge, die Weihnachtsplätzchen nicht backen zu können, erweist sich als überflüssig. Ganz nebenbei gibt es noch eine Erklärung über die Abhängigkeit der Insel von den Multis und wie die Grenadier sich wehren können: Der Händler soll seine Bücher offenlegen, dann will man gemeinsam mit Texaco verhandeln. Der Redner bekommt starken, freundschaftlichen Beifall. Eine ältere Frau geht ans Mikro, um dem "jungen Mann ganz herzlich für die ausgezeichnete Aufklärung zu danken".

"Die Atmosphäre dieser Versammlungen hat etwas von einem Theater, etwas von einer Kundgebung und etwas von der Spannung eines Gerichts. Aber der Hauptbestandteil ist die demokratische Ernsthaftigkeit" beschreibt Mobilisierungsminister Strachan den Charakter solcher Abende.

Diese "councils" der Gemeinden, der Arbeiter, Frauen und Jugendlichen werden ein fester Bestandteil der neuen Demokratie Grenadas bleiben. In der Frauen- und Jugendorganisation werden heute alle Führungsleute und Delegierte gewählt. Auf unsere Frage, ob eines Tages auch die Regierung von den Arbeiter- und Gemeinderäten gewählt wird, sagt uns Regierungssprecher Ray Donald: "Wir werden sicher irgendeine Art von Wahlen haben, aber ganz bestimmt nicht nach dem Westminstermodell".

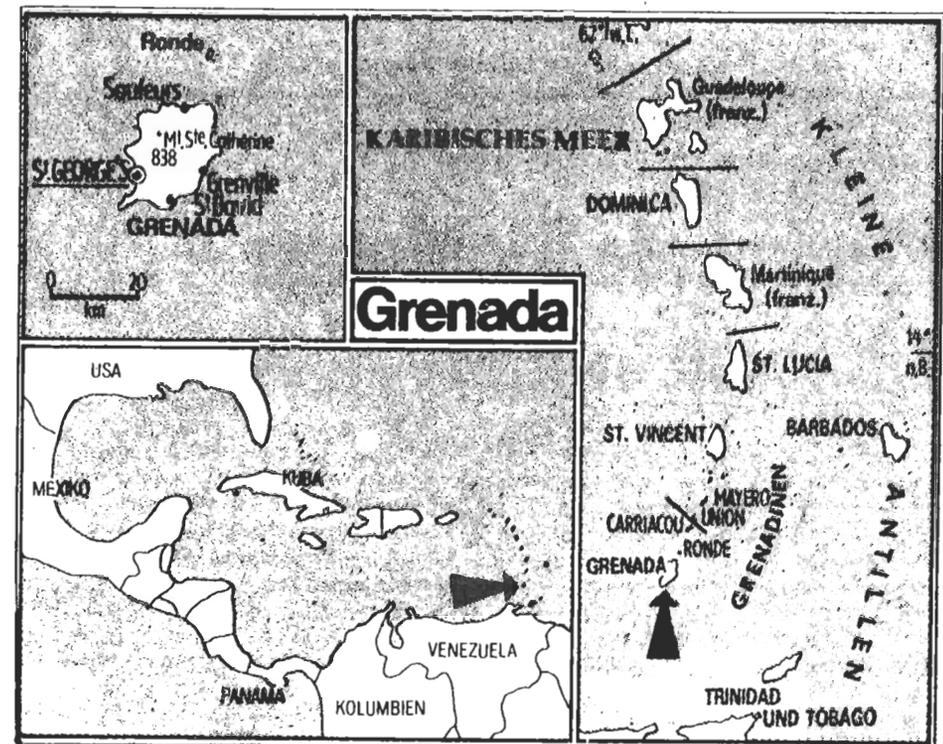
Was stattdessen "Herrschaft des Volkes" heißen kann, zeigt die PRG auch bei ihrem Vorgehen gegenüber den Gewerkschaften. Unter Gairy waren die Gewerkschaften ein exklusiver Club, zu dem man Eintritt erst ab einer bestimmten Gehaltsstufe hatte, und deren einzige Funktion darin bestand, sich selbst Privilegien zuzuschaffen. Heute nachdem die PRG per Gesetz freien Zugang für alle gesichert hat, ist der Organisationsgrad von 30 auf 80 Prozent angestiegen. Die alten, konservativen Gewerkschaftsführer sitzen aber teilweise noch immer auf den entscheidenden Posten. Es wäre ein leichtes, sie von oben auszutauschen. Das Interesse der PRG ist es jedoch, durch Überzeugungsarbeit an der Basis neuen, revolutionären Führern in Wahlen zum Durchbruch zu verhelfen.

1982 trägt für Grenada das Motto "Jahr des wirtschaftlichen Aufbaus". Erstmals wird ein Staatshaushalt für ein Jahr auf Arbeiter- und Gemeindeversammlungen ausführlich beraten. Konkrete Änderungsvorschläge entstehen in den Diskussionen und dienen der Regierung als Entscheidungshilfe. Zu einer abschließenden Versammlung kamen dann über 1000 Delegierte zusammen. Sie vertraten 30 000 Grenadier der verschiedenen Massenorganisationen und damit zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung. In 25 Arbeitsgruppen diskutierten sie die schriftlichen Etatentwürfe. Nach weiteren Diskussionen in den Basisorganisationen legte die Regierung dann zum Jahrestag der Revolution am 13. März die endgültige Fassung des Haushalts vor. Folgekonferenzen im Laufe dieses Jahres sollen die tatsächliche Entwicklung der Staatsfinanzen erörtern.

Die revolutionäre Volksdemokratie ist auf Grenada nicht zur leeren Formel erstarrt. Gerade deswegen ist es für die Oppositionsbewegungen der Karibik zur großen Hoffnung und für den Imperialismus zur großen Gefahr geworden.

### SPENDET FÜR DIE SCHULKINDER !

"Unsere Kinder sind unser Reichtum" heißt ein Motto der grenadischen Revolution. Über den demokratischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt des Landes entscheidet die Ausbildung der kommenden Generation. Als eine der ersten Maßnahmen wurden alle 66 Grundschulen Grenadas gründlich repariert. Was aber heute vielfach noch fehlt, sind Bücher, Lehr- und Schreibmaterial. In der Schule von St. Pauls, einem Dorf im Südwesten der Insel, müht sich die Leiterin um einen Unterricht, der die Kinder besser auf den Aufbau des Landes vorbereitet. Aber viele Schüler können nie mit-schreiben, weil sie weder Stifte noch Hefte haben. Dänen und Deutsche, die im letzten Jahr in Grenada waren, haben deshalb beschlossen, die Schüler von St. Pauls mit Schulsachen zu unterstützen. Spenden sind erbeten auf das Postscheckkonto Nürnberg, Ullabritt Horn, Konto-Nummer 238 956-857, Kennwort "Grenada" nicht vergessen!



# DOMINICA

## Pressemitteilung Grenada

Dominica (nicht zu verwechseln mit der Dominikanischen Republik), eine Insel der Kleinen Antillen, gelegen in der östlichen Karibischen See zwischen den französischen Inseln Martinique und Guadeloupe, 750 qkm groß, 80 000 Einwohner, seit 1978 unabhängig, ist heute das ökonomisch rückständigste und politisch instabilste Land der ehemals englischen Karibikinseln. Der folgende Bericht über die gegenwärtige sozio-ökonomische und politische Situation Dominicas stammt von Rosie Douglas, einem Vertreter der oppositionellen United Dominica Labour Party. Der Bericht wurde anlässlich von Douglas Besuch im März d.J. von uns aufgezeichnet, überarbeitet und übersetzt. Vor seiner Europareise wurde Rosie Douglas kurzfristig festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, an dem Coup-Versuch am 19. September 1981 gegen die konservative Regierung Eugenia Charles beteiligt gewesen zu sein. Der Coup-Versuch, bei dem es mehrere Tote gab, wurde von Mitgliedern der von der Regierung aufgelösten Verteidigungsstreitmacht, die als progressiv galt, unternommen.

Wie auch in anderen ehemals englischen Kolonien der Karibik existieren in Dominica bestimmte liberal-demokratische Rechte wie Zweikammersystem und allgemeine Wahlen, wodurch bestimmte liberal-demokratische Freiheiten garantiert werden. Dies ist der Einfluß der britischen politischen Tradition und findet allerdings keine Widerspiegelung im ökonomischen Bereich, in dem krasse Ungleichheit herrscht. Wie überall in der Karibik und Mittelamerika gibt es auch in Dominica eine abhängige, deformierte kapitalistische Wirtschaft, in der sich die lokale Bourgeoisie mit dem Imperialismus verbündet hat und dessen Diktate ausführt, indem sie ein unterdrückerisches Regime gegen die Interessen der arbeitenden Menschen in diesen Ländern aufrecht erhält.

Während sich in allen Ländern dieser Region die Hauptmerkmale ökonomischer Rückständigkeit wie hohe Arbeitslosigkeit, Unterernährung, Armut etc., finden lassen, ist die Situation in Dominica besonders gravierend, vergleichbar höchstens mit der Situation in Haiti, wobei die Infrastruktur in Dominica noch weniger entwickelt ist als dort. Straßen, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Versorgung mit Wohnungen, Grundnahrungsmitteln etc. sind weit weniger entwickelt als in irgend einem anderen Land der Region. Dominica ist das schwächste Glied in der Kette der abhängig kapitalistischen Ökonomien in der anglophonen östlichen Karibik.

Wenn wir die letzten Jahre betrachten, hat es in Dominica auch mehr politische Unruhen gegeben als in den anderen Ländern der Region, mehr sogar als in Grenada vor dem Umsturz. Während die Wirtschaft

von Dominica mit ihrem Monokultursystem äußerst rückständig und unterentwickelt ist, war die Geschichte der Aufstände in Dominica immer weit fortgeschritten. Während die Ureinwohner der Karibik, die Kariben und Arawaken, bereits beim ersten Ansturm des Kapitalismus am Beginn der industriellen Revolution in den gesamten übrigen Ländern der Region total ausgerottet wurden, konnten einige Kariben in Dominica überleben, und zwar deshalb, weil sich das Gelände der Insel auf ideale Weise für Guerilla-Aktivitäten eignet. Den Kariben gelang es so lange gegen die Briten zu kämpfen, bis diese ihnen vertraglich eine Reservation zusicherten, in der heute noch ca. 5 000 Kariben leben. So bestand bereits sehr früh in unserer Geschichte der starke Wille, Widerstand zu leisten und zu überleben. Überleben im Dschungel. Denn das ist Dominica, ein undurchdringlicher Dschungel. Dickes Unterholz, tropische Regenfälle, steile Abgründe, Wasserfälle und ein verzweigtes Höhlensystem, das nach den Kariben auch den "maroons", den entflohenen Sklaven, als Unterschlupf diente. Alles in allem bestens geeignet für diese Art Kriegsführung. Die Revolten der neueren Zeit, in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts, entzündeten sich in Dominica und breiteten sich dann auf die ganze Karibik aus. Ende der 50er Jahre wurde von den Briten eine Kommission beauftragt, die Ursachen der Unruhen zu untersuchen. Man versprach uns daraufhin demokratische und konstitutionelle Rechte, sobald der Krieg zu Ende sei. Aber erst 1950/51 erhielten einige Länder der Karibik das allgemeine Wahlrecht.

Bis in die heutige Zeit basieren die Ökonomien der östlichen Karibik im wesentlichen auf einer Bananen-Monokultur. Dies trifft zu auf St. Lucia, St. Vincent, Grenada und Dominica. Exporteur ist die multi-nationale Gheest-Company aus Holland mit Sitz in England. Sie hat klein angefangen mit dem Export unserer Bananen und, natürlich, durch die ungleichen Tauschbedingungen war sie bald in der Lage, eine große Handelsflotte mit modernen Schiffen aufzubauen.

Die Situation der Bananen-Produzenten von Dominica ist besonders tragisch. Beispielsweise erhielt 1960 ein kleiner Bauer fünf Cents pro Pfund Bananen und ein fünf Tonnen Lastwagen konnte für 5000 Dollar aus England importiert werden. Heute bekommt der Bauer 10 Cents für ein Pfund Bananen, aber derselbe Lastwagen kostet ungefähr 50 000 Dollar. Dieses Beispiel zeigt den Grad der Ungleichheit.



Ein Blick auf die Struktur der Wirtschaft ergibt folgendes Bild. 90% unserer Devisen stammen aus dem Bananenexport nach Großbritannien. 95 % unserer Bananen werden, anders als in Lateinamerika, nicht auf großen Plantagen, sondern von kleinen Bauern auf eigenem Land produziert. Allerdings produzieren die Kleinbauern ihre Bananen auf nur 40 % des meist minderwertigen bebaubaren Landes. Das übrige Land gehört großen Grundbesitzern, die hauptsächlich Kokosnüsse und keine Bananen anbauen oder ihr Land für Spekulationszwecke benutzen. Das aus der Kolonialzeit stammende Straßensystem ist so angelegt, daß es den großen Ländereien dient, während die kleinen Bauern oft über diese in das felsige Innere des Landes gehen müssen, um ihre Bananen zu pflanzen. Der Banananbau ist sehr risikoreich, und der einzige Grund warum die Bauern nur Bananen produzieren ist, daß es dafür einen garantierten Markt gibt, während dies auf andere Anbauprodukte wie Kaffee, Kakao, Zitrusfrüchte etc. nicht zutrifft. In den Jahren 1979 und 1980 ist der Bananenbestand in Dominica durch Wirbelstürme total vernichtet worden.

Die ökonomische Struktur Dominicas sieht also so aus, daß der größte Teil der Exporteinnahmen aus der Bananenproduktion stammt und daß diese in den Händen der Kleinbauern liegt. Im Gegensatz dazu liegt aber die politische Macht in den Händen der Aristokratie und der Großgrundbesitzer. Die gegenwärtige Regierung von Dominica ist pro-imperialistisch und sie ist auf einer Linie mit Duarte aus El Salvador und der Reagan-Regierung, mit dem Regime in Südkorea und Israel. Sie ist eine sehr reaktionäre Regierung und hält nicht viel von der sozialdemokratischen Regierung in Westdeutschland oder der Regierung in Frankreich. Die Regierung ist reaktionär, weil sie das Land ökonomisch rückschrittlich hält, und weil sie Bewußtseinsbildung zur echten nationalen Befreiung und Massenaktivitäten repressiv unterdrückt.

In den 40er Jahren formierte sich in Dominica eine Arbeiterbewegung und 1954 wurde die Labour Party gegründet. Als sie 1961, geführt von Edward Oliver LeBlanc, an die Regierung kam, war sie im wesentlichen sozialdemokratisch ausgerichtet. Sie kam an die Macht, weil sie als Opposition zu der alten aristokratischen Rechtspartei der Großgrundbesitzer auftrat. Ähnliche Labour Parties entstanden damals auch in anderen karibischen Ländern wie St. Lucia, Barbados, Trinidad, Antigua und St. Kitts. Sie alle sind entstanden aus den ersten Arbeiterkämpfen in der Karibik. Sie entstanden aber auch in der Zeit des Kalten Krieges und des Anti-Kommunismus. Sie waren zwar grundsätzlich sozialdemokratisch ausgerichtet und hatten die Unterstützung der Massen, besonders der Kleinbauern und der aufkommenden Arbeiterklasse, aber die Frage der nationalen Befreiung gingen sie nicht ernsthaft an. Deshalb kam es eigentlich nicht zu fundamentalen Veränderungen. Allerdings wurden einige elementare Reformen durchgeführt. Unter der Regierung LeBlanc kam es zu einer Landreform, d.h. einige Ländereien wurden 1963 enteignet, um sie an Kleinbauern zu verteilen. Allerdings intervenierte die britische Kolonialregierung zugunsten der Großgrundbesitzer. Sie bestimmte, daß die enteigneten Ländereien in bar abgefunden werden mußten. Dies bedeutete eine extreme Belastung für die Steuerzahler und war ein schwerer Schlag für die sich entwickelnde Arbeiterbewegung. Die Regierung LeBlanc kaufte allerdings später noch einige große Ländereien auf und verteilte sie an Kleinbauern. Die Bedeutung der nationalen Unabhängigkeit hat LeBlanc aber nie erkannt und er machte keinen echten Versuch in diese Richtung. LeBlanc trat 1974 zurück und Patrick John wurde Premierminister.

1976 wurde das Popular Independence Committee gegründet, das zum erstenmal ernsthaft das Thema der nationalen Befreiung aufgriff und Farmer, Jugendliche und Kleinbauern mobilisierte. Diese Bewegung hatte ihre Wurzeln in den ersten Anfängen der "black consciousness"-Bewegung in der Karibik und war verbunden mit den anti-kolonialen

Bewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika und den Bürgerrechtsbewegungen in den USA und Kanada. Sie war Teil des "neuen linken Bewußtseins", das von Fanon, Debré und Che Guevara beeinflusst war. Dominica wurde 1978 unabhängig. Kurz danach begann eine Auseinanderentwicklung in der Labour Party in einen linken und einen rechten Flügel. Zu letzterem gehörte auch der damalige Premierminister Patrick John. Der linke Flügel wurde schließlich ganz aus der Partei ausgeschlossen, und es kam zu einer Annäherung zwischen diesem und dem Popular Independence Committee, während der rechte Parteiflügel unter Patrick John weiter nach rechts rückte und schließlich Beziehungen zu Südafrika aufnahm. Angeführt vom Popular Independence Committee kam es 1979 zum Sturz der Regierung Patrick John und zur Einrichtung einer Interimsregierung bis zur Abhaltung von Neuwahlen. Das Popular Independence Committee und andere linke Organisationen schlossen sich zur Dominican Liberation Movement Alliance zusammen und waren in der Interimsregierung vertreten. Im August 1979 machte der Wirbelsturm David die Insel praktisch dem Erdboden gleich.

100% der Landwirtschaft wurde vernichtet. 75 % aller Häuser zerstört. 50 % aller Straßen und Hafeneinrichtungen zerstört. Wasser-Elektrizitäts- und Telefonversorgung total zerstört.

Unter diesen Bedingungen fanden die Wahlen statt. Unter dem Deckmantel der Hilfe - das Land konnte sich selbst unmöglich ernähren - war es möglich, die Wahlen zu manipulieren. Es gab Verbindungen zu den USA. Barbados organisierte praktisch die Wahlen. Es gelang den Organisatoren, die Linke extrem zu schwächen. Außerdem kam es zu internen Problemen in der Linken, so daß die Rechte im Juli 1980 die Wahlen gewann.

Seitdem hat sich die Krise im Land immer mehr vertieft. Die Regierung versuchte sogar, liberale Reformen wieder rückgängig zu machen, beispielsweise das Landreformprogramm. Ferner brachte sie ein Gesetz durch, das Venezuela die Hoheitsrechte über Good (?) Island garantiert. Diese Insel liegt 90 Meilen westlich von Dominica und sie soll große Ölreserven haben. Venezuela beansprucht seit einigen Jahren diese Insel mit der Behauptung sie 1860 von Spanien zugesprochen bekommen zu haben. Nach den neuen Seerechtsbestimmungen fällt aber Dominica das Souveränitätsrecht über diese Insel zu, da es in der Nachbarschaft der nie kolonisierten Insel liegt.

Venezuela beansprucht aber nicht nur Good (?) Island, sondern es will praktisch die ganze Region der Karibik unter seine Kontrolle bringen. Es behauptet auch, daß Curacao und Aruba in venezolanischen Hoheitsgewässern liegen. Es macht aggressive Vorstöße gegen Trinidad und Tobago im Golf von Caripe. Es gibt Veröffentlichungen, in denen die Forderung aufgestellt wird, die karibische See in venezolanische See umzubenennen. Wir wissen heute, daß das ganze karibische Becken große Ölreserven birgt, die zwar heute wegen der schwierigen Erschließung vor der Küste noch nicht die Ausbeutung lohnen, die aber im kommenden Jahrzehnt ökonomisch von Bedeutung werden dürften. Die karibischen Ölreserven können auch, vielleicht um die Jahrhundertwende, als "bargaining power" gegen die arabischen Länder benutzt werden. Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch den sogenannten "Caribbean Basin Plan" (Hilfsplan) der USA sehen. In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß Venezuela außerdem Ansprüche auf die Essiquibo-Region in Guayana erhebt, d.h. auf 55 000 Quadratmeilen guyanesischen Territoriums. Diese Region gilt als die reichste Region Guyanas und vielleicht Südamerikas überhaupt. Geologen schätzen die dort ruhenden Bodenschätze auf 300 Milliarden Dollar. Dabei unterstützt Venezuela, besonders Campins COPEI Partei, reaktionäre Elemente in Zentralamerika und der Karibik. Venezuela spielt in dieser Region die Rolle des Sub-Imperialisten für den US-Imperialismus und es tut dies, indem es den karibischen Regierungen Hilfe für kleine Entwicklungsprojekte anbietet und rechte Parteien finanziert.

Zurück zu Dominica. Unsere Regierung tritt also Souveränitätsrechte über das Territorium von Good (?) Island unterwürfig an Venezuela ab, statt diese Frage vor die Vereinten Nationen und den Internationalen Gerichtshof zu bringen. Sie verleumdet und schikaniert politisch Unliebsame im Land, sie hat die Armee aufgelöst, die relativ progressiv war, ohne den Entlassenen Pensionen oder Jobs zu geben. Der Coup-Versuch der ehemaligen Militärs geschah aus Frustration darüber. Die Regierung benutzte den Coup-Versuch auch, um politisch Unliebsame umzubringen. Sie hat die Landreform rückgängig gemacht, Schulen sind wieder kostenpflichtig, auf Druck des Internationalen Währungsfonds wurden alle Zuschüsse für Wasser-, Elektrizitäts- und Telefonversorgung etc gestrichen, sie gewährt Steuererleichterungen für den privaten Sektor, der total deformiert ist, der nichts produziert und nur importiert und die Gewinne ins Ausland transferiert.

Die Arbeiterklasse in Dominica ist ziemlich klein und die Gewerkschaften, ausgenommen die National Workers Union, die den progressiven Kräften zuzurechnen ist, sind reaktionär. Die größeren Gewerkschaften sind zum Teil affiliert mit dem US-amerikanischen AFL/CIO und ihre Führer werden von der US Regierung bezahlt. Die Kleinbauern stellen z.Zt. die einzige revolutionäre Kraft dar und die führenden revolutionären Kräfte sind Intellektuelle aus der Mittelklasse, einige Arbeiter und Jugendliche. 65 % der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt. Die Mittelklasse in Dominica unterstützt im großen ganzen die Rechte, obwohl jetzt immer mehr zur progressiven Bewegung tendieren. Die Kapitalistenklasse, die Großgrundbesitzer, unterstützen natürlich die Regierung. Ebenso die größeren Geschäftsleute. Die mittleren Geschäftsleute tendieren allerdings mehr zu einer nationalistischen Orientierung und zeigen Sympathien für die progressive Bewegung. In dem Maße wie die Außenpolitik der Regierung den kleineren Geschäftsleuten keinen Nutzen brachte, tendieren sie zur progressiven Bewegung. Die Frauen unter den Kleinbauern werden immer aktiver. Sie machen die gleiche Arbeit wie die Männer, besonders in der Banananproduktion. Sie pflanzen und tragen die Bananen, sie arbeiten in der Verpackung. Die Frauen sind sehr aktiv.

Die Regierung erhielt Hilfe vom Internationalen Währungsfond nach den üblichen Bedingungen: Streichung von Sozialprogrammen, Abwertung etc. Diese IWF-Hilfe war äußerst schädlich. Sie wurde verwendet, um den Beamten höhere Gehälter zu zahlen, die sie für den Kauf importierter Waren verwendeten, während die Bauern und Arbeiter höhere Steuern zahlen müssen, um die Schulden zurückzuzahlen. D.h. eine kleine Minderheit von etwa 2000 Beamten profitiert, während die Bauern und Arbeiter dafür zahlen. Der IWF hat das Land in tiefe Schulden gebracht.

In den nächsten zwei Jahren wird sich die ökonomische und politische Situation in Dominica verschärfen. Die progressive Bewegung wird weiter wachsen und die nächste Konfrontationsrunde wird schwerwiegend sein. Im Innern des Landes gibt es bewaffnete Gruppen. Diese gibt es auf keiner andern Insel der Region. Die Zeiten der alten Politik, der britischen Tradition, sind in Dominica vorbei. Die Situation in Dominica unterscheidet sich von anderen ostkaribischen Inseln, wo noch liberale demokratische Politik gemacht wird. Letztes Jahr hatten wir in Dominica 17 Monate lang den Notstand, nun haben wir wieder Notstand. Teilnehmer von politischen Versammlungen werden verhaftet, auf Polizeistationen gebracht und geschlagen. Wir haben zwar keine Armee mehr, aber eine viel besser ausgerüstete Polizei. Ähnlich wie in El Salvador wurden kaltblütig Menschen erschossen in den Straßen der Hauptstadt Roseau vor den Augen von hunderten von Menschen. Das hat es noch nie gegeben, nicht in den englisch sprechenden karibischen Ländern.

## GUATEMALA

### Militärputsch in Guatemala

Am Dienstag, 23.3.82, erlebte Guatemala den 3. Staatsstreich seiner jüngeren Geschichte. Das Regime des General Lucas García wurde 2 Wochen nach den Präsidentschaftswahlen am 7.3. von einer Gruppe junger Offiziere gestürzt. Eine 3-köpfige Militärjunta übernahm die Macht. Zum neuen Präsidenten und Verteidigungsminister ernannte sich General Efraín Ríos Montt. Zusammen mit General Horacio Egberto Maldonado Schaad (Innenminister) und dem Coronel Jorge Luis Cordillo (Regierungssprecher) bildet er die neue Regierung. In den ersten Erklärungen wurden Friede, Arbeit und Garantie der Menschenrechte versprochen, aber auch hartes Vorgehen gegen die Guerilla.

Der Putsch war offensichtlich lange und gut vorbereitet. Morgens um 9 Uhr umzingelten Soldaten mit Panzer und schweren Geschützen den Nationalpalast im Zentrum von Guatemala Stadt. Gleichzeitig wurden das Hauptquartier der Nationalpolizei, der Flughafen und die wegen ihrer Grausamkeit berüchtigten "cuerpo de detectives" und "Comando 6" der Nationalpolizei umstellt und abgeriegelt. Alle Radiostationen des Landes sendeten Marchmusik, Nachrichten gab es keine. Schon vorher wurden in den wichtigsten Kasernen des Landes die Kommandanten von den aufständischen Offizieren kurzerhand abgesetzt. Nur in Quetzaltenango, der zweitgrößten Stadt Guatemalas ist es dabei zu einem kurzen Schußwechsel gekommen. Nach Stunden der Verhandlungen, in die sich auch der amerikanische Botschafter eingeschaltet haben soll, wurde die Macht an die neue Militärjunta übergeben. Einzelne mußten die Regierungsangestellten mit erhobenen Händen den Nationalpalast verlassen. Das Parlament wurde nach Hause geschickt, die Wahlen von 7.3. annulliert.

Die neue Junta rechtfertigt ihren Putsch mit Anklagen gegen das alte Regime. Die Regierung Lucas hätte eine korrupte und unwürdige Minderheit im Land repräsentiert. Nur durch Wahlbetrug in den Jahren 1974, 1978 und auch jetzt erneut hätte sie sich an der Macht halten können. Korruption, Gewalt, Verletzung der Menschenrechte - all das sei Grund für die internationale Isolierung Guatemalas, für Kapitalflucht, für den wirtschaftlichen Bankrott. Ehre und Glaubwürdigkeit der Armee stünden auf dem Spiel.

Was die Lucas-Clique hinterlassen hat, kommt in der Tat einer Bankrotterklärung gleich. Die Devisenbestände der "Banco de Guatemala" sind auf null gesunken. Auf dem Schwarzmarkt wird 15-20% über dem offiziellen Wechselkurs gezahlt. Die Wachstumsrate des Kaffee-Exports Guatemalas in den letzten 2 Jahren liegt unter der El Salvador's. Auf vielen Fincas haben die Arbeiter seit Monaten keinen Lohn mehr gesehen, nur Naturalien wurde "gezahlt". Oft trauen sich die Grundbesitzer aus Angst vor "ihren" Arbeitern nicht mehr auf das Land. Wer kann, bringt sein Geld in die USA, mit investieren ist nichts mehr. Seit 1978 sind mindestens 13.000 Leichen gefunden worden. Hinzu kommen die Tausenden von Verschwundenen, die nie wieder aufgetaucht sind. Angst und gegenseitige Mißtrauen kennzeichnen die Ara Lucas. Und die vielen Guatemalteken im Exil. Allein in Mexico sollen es 6.000 sein.

Versprochen wird von der neuen Junta, jetzt alles besser zu machen. Kein Ausnahmezustand, keine Verletzung mehr der persönlichen Freiheiten und die Wiederherstellung demokratischer Institutionen, Schluß mit Gewalt und Morden.

Neuwahlen werden angekündigt, ohne allerdings ein Datum zu nennen. Die Isolierung soll überwunden und wieder Investitionsanreize geschaffen werden. Eine "despistolización" des Landes soll eingeleitet werden, d.h. die Beschlagnahme aller im Privatbesitz befindlichen Waffen. Denn die verschiedenen paramilitärischen Banden hatten eine derartige Autonomie erreicht, daß das Gewaltmonopol der Armee in Frage gestellt war. "Nur das Militär darf Waffen tragen". Vor allem gilt dieser Aufruf aber der Guerilla. Sie solle doch, bitte, die Waffen abgeben. Wer sich widersetzt, werde in Zukunft standrechtlich erschossen und nicht mehr ermordet - so die neue Definition!

Nach den ersten knappen Informationen über den Staatsstreich herrschte in der Hauptstadt eine gespannte Abwarte-Stimmung. Niemand wußte etwas Genaueres. Es passierte auch nichts. Nur die Läden waren innerhalb von 2 Minuten geschlossen, die Innenstadt wie ausgestorben. Einige Neugierige wagten sich zu der Militärabsperrung um den Nationalpalast. Vereinzelt wurden auch Soldaten beglückwünscht. Als am Abend General Ríos Montt den geglückten Putsch im Radio bekanntgab, krachten in der ganze Stadt Knallkörper. Allgemeine Zufriedenheit über die Absetzung des verhaßten Lucas-Regimes. Aber auch Unsicherheit, ob tatsächlich was anders wird. Ein Vorfall gibt sehr deutlich die Stimmung vieler Guatemalteken wieder: Am Nachmittag des 23., als der Erfolg des Putsches noch nicht feststand, wurde das Haus von Donaldo Alvares Ruíz gestürmt. Vorher war seine Leibgarde von Militärs entwapnet worden, er selbst hielt sich allerdings in Miami auf. Ruíz, Ex-Innenminister und Vorsitzender der PID (Partei der institutionalisierten Demokratie), ist wohl der verhaßteste Mensch der alten Regierung. Mehrere Hunderte Menschen forderten vor seinem Haus "wir wollen den Kopf von Donaldo!" Und da dieser nicht zu bekommen war, räumten sie aus seinem Haus alles aus, was irgendwie zu transportieren war. Von Dutzenden Whiskyflaschen bis zu Kühlenschränk und Elektroherd.

Die Parteien, die den Wahlsieger vom 7.3. - Anibal Guervara - unterstützt hatten, hielten sich mit Stellung nahmen zurück. Die Präsidentschaftskandidaten der "Unión Opositora" und der ultrarechten MLN (Movimiento de la Liberación Nacional), Maldonado Aguirre und Mario Sandoval, waren erstaunlicherweise zufällig auf Reisen in den USA. Nach ihrer Rückkehr wetteiferten sie in der Huldigung der neuen Regierung. Auch die Unternehmer-Partei CAN (Central Auténtica Nacional) schloß sich dem an. Fast wörtlich gleichen sich die Erklärung der Christdemokratie und der MLN. Gemeinsam riefen sie ihre Mitglieder zu Jubeldemonstration auf, an denen jeweils etwa 5.000 Menschen teilnahmen.

Wer sind nun die neuen Machthaber Guatemalas? Der Putsch wurde vorbereitet von einer Gruppe junger Offiziere, die ihre Anzahl mit ca. 900 angibt. Unzufriedenheit herrschte innerhalb des Offizierscorps seit geraumer Zeit. Im August vergangenen Jahres erschien in der "Barricada" (Nicaragua) ein Interview, wo einige guatemaltekeische Offiziere ihren wachsenden Unmut über Korruption und Ineffizienz im Kampf gegen die Guerilla äußerten, Reformen forderten und auch schon damals einen Staatsstreich nicht ausschlossen. Doch als am Abend des 23.3. sich die neue, 3-köpfige Junta präsentierte, waren ihre Mitglieder alles andere als junge Offiziere:

Efraín Ríos Montt ist seit 10 Jahren Brigadegeneral. Seine militärische Ausbildung erhielt er u.a. in Fort Gulick (Kanalzone von Panama), Fort Bragg (North Carolina/USA) und in einem Trainingszentrum der italienischen Armee. Als Generalstabschef befahl er in den Jahren 1972/73 verschiedene Massaker an Indios im Hochland Guatemalas. 1974 war er Präsidentschaftskandidat der Christdemokratie, die damals nur durch Wahlbetrug scheiterte. Später wurde er als Militärattaché nach Spanien abgeschoben.

Die beiden anderen Junta-Mitglieder sind bisher wenig in Erscheinung getreten. Egberto Maldonado Schaad war Kommandant einer Kaserne und General der Ehrengarde. Coronel Luis Gordillo Martínez war Befehlshaber von Quetzaltenango. Militärisch wurde er ausgebildet in der Akademie "Agujas Negras" (Brasilien) und

als Dschungel-Experte in Fort Sherman und Gulick (Panamakanalzone).

Der Junta beigeordnet ist ein Beraterstab von 6 Offizieren. Viele der eigentlichen "Macher" des Putsches haben hier ihre Posten bekommen. Ein buntes Gemisch, darunter einige MLN-Aktivisten. Noch ist nicht genau durchschaubar, welchen Einfluß dieses Gremium auf die Regierungspolitik haben wird.

Die Glaubwürdigkeit der Junta wird sich u.a. daran erweisen, wieweit sie die alten Regierungs- und Repressionsstrukturen beseitigt. Heute, fast 2 Wochen nach dem Putsch, sind konkrete Anklagepunkte gegen die Ex-Regierung noch nicht erhoben. Der gestürzte Präsident Lucas Garcia, ebenso sein Bruder Benedito (ehemals Generalstabschef) befinden sich wohl auf in ihren Fincas. Den meisten Ex-Ministern und dem Fast-Präsidenten Guevara geht es ebenso. Zwar haben sie keine politische Bewegungsfreiheit mehr, wenigstens momentan, aber "wir wollen keine Revanche", so Ríos Montt, "was in den letzten Jahren geschehen ist, kann man nicht rückgängig machen". Der Chef der Nationalpolizei, General German Chapina, gilt als einer der größten Verbrecher. Tausende von Guatemalteken sind unter seinem Befehl entführt, gefoltert und ermordet worden. Die Junta hat nun diesen Mann in Ehren entlassen, ihn für seine wertvollen Dienste gedankt und genau den Coronel an seine Stelle gesetzt, den Guevara auch dafür vorgesehen hatte, Ponca Nitch.

Und neuer Kommandant des berüchtigten "cuerpo de detectives" wurde einer der ehemaligen Stellvertreter. Wesentliche Änderungen hat es also nicht gegeben, nur kosmetische Korrekturen fanden statt. So werden die Angehörigen einer der Zentralen für Mord und Folter, des "Comando 6" der Nationalpolizei, in Zukunft ihre Zivilkleidung ablegen und Uniformen tragen müssen.

Während man die dicken Fische weitgehend ungeschoren läßt, werden von der Regierung 50 Ex-Funktionäre gesucht, 20 befinden sich in Polizeigewahrsam. Meist sind es Leiter von Institutionen wie Bauämter, Wasserwerken, Elektrizitätsgesellschaften. Namen und Vergehen werden kaum genannt. Nur manchmal Vermutungen in der Presse, die das Ausmaß der Korruption ahnen lassen. So soll der ehemalige Chef der Zollverwaltung in den Handel mit harten Drogen von Südamerika nach den USA verstrickt sein. Aber meist heißt es nur, "Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung sollen den Gerichten übergeben werden". In Guatemala glaubt niemand so richtig, daß dabei was herauskommen wird.

Was die "despistolización" angeht, ist bislang nicht viel geschehen. In ein, zwei Häusern wurden Waffen und Munition beschlagnahmt. Aber bei wem? Nur der Ex-Minister Ruíz wurde namentlich erwähnt, in dessen Haus auch ein Kellergefängnis mit Folterinstrumenten ausgehoben wurde. Aber für die guatemaltekeische Presse war dies nur eine kleine Notiz wert. Von der "Todesschwadron" und der "Geheimen Antikommunistischen Armee" spricht niemand. Auch die Entwaffnung der Privatarmee von Mario Sandoval ist für die Junta kein Thema. Immerhin sind dies wohl mindestens 3.000 gut ausgebildete und -gerüstete Leute, mit Kampferfahrung auf der Seite der Nationalgarde Somozas. In dieser Hinsicht wollen die neuen Generäle wohl nicht "despistolizieren".

Trotzdem Entführungen und Morde sind seit dem Putsch spürbar zurückgegangen. Kaum gibt es noch Anzeigen von "Verschwundenen" in den Tageszeitungen. Das politische Klima, die offizielle Propaganda ist jetzt gegen die Mörder, die sich spürbar zurückhalten. Die Rückendeckung fehlt, und das schafft Unsicherheit. Die größten Auswüchse der Korruption und der Gewalt werden sicherlich einige Zeit unterbleiben. In begrenztem Rahmen werden auch demokratische Rechte zugelassen werden. Schon beginnen sich Interessen zu formulieren. Die das Lucas-Regime Überlebenden Reste von Gewerkschaften fordern höhere Löhne und garantierte Preise für Grundnahrungsmittel. Erstmals seit Jahren melden sich in Zeitungsanzeigen die "Central Nacional de Trabajadores" (CNT) und das "Comité Nacional de Unidad Sindical" (CNUS). Sie verlangen ein "Ende der Verhaftungen, Verfolgungen, Folter, Morde und Massaker, deren Opfer in der Vergangenheit Tausende von Gewerkschaftern waren". Fast alle Führer der CNT und der CNUS -soweit sie noch am Leben sind - befinden sich im Exil. Beide Organisationen

sind aktive Mitglieder der "Frente Democrático contra la represión" (FDR), was sie in den Anzeigen auch extra hervorheben. Die Junta hatte in den ersten Stellungnahme die Gewerkschaftsfreiheiten zugesichert, aber kurz danach folgte die Einschränkung: "solange sie sich nicht politisch engagieren".

Seit langer Zeit fand in diesem Jahr auch wieder in der Vorosterwoche der karnevalistisch-politische Umzug von Studenten der staatliche Universität San Carlos statt. Anlaß ist der traditionsreiche "huelga de dolores" (Schmerzensstreik), wo alles und jeder zur Kritik und Veräppelung freigegeben ist. Es war sogar möglich, die Streikzeitung ("No nos Tientes") auf den Strassen der Innenstadt relativ frei zu verkaufen, die an ihrer Sympathie für die Guerilla keinen Zweifel läßt.

Auf dieser Ebene wird es sicher ein vorsichtiges Anwachsen und Ausnutzen legaler Möglichkeiten geben. Die Gefahr dabei ist aber, daß in der Legalität unter guatemalteken Bedingungen die Aktivisten der Volksbewegung schnell die Leichen von morgen sein können. Trotz der Ankündigung von Ríos Montt in der mexikanische Zeitung "Exélsior", er sei bereit, eine Delegation von AI zu empfangen und sie einzuladen, um sich über die Menschenrechte in Guatemala zu informieren. Die Geschichte Guatemalas ist voll von Beispielen, wo junge Offiziere einmal an der Schaltstelle der Macht, schnell in das Fahrwasser der abgewirtschafteten Generalsclique kommen. Zum anderen ist auch die Möglichkeit eines Gegenputsches nicht ausgeschlossen. Zwar sind die Herrschaften um Lucas im Moment zum Schweigen verurteilt. Aber untätig werden sie die neue Entwicklung auf Dauer nicht mit ansehen wollen. Und sie werden bei der traditionell äußerst konservativen Armee Guatemalas wieder mehr Einfluß gewinnen, wenn sich herausstellen sollte, daß die neue Junta im Kampf gegen die Guerilla auch nicht mehr Erfolge vorweisen kann.

Dem Aufruf, die Waffen niederzulegen und sich wieder in die Gemeinschaft einzugliedern haben die Guerilla-Organisationen natürlich nicht entsprochen. Ein Kommuniké der EGP (Ejército Guerillero de los Pobres) bezeichnet den Putsch als eine Farce und einen Trick, womit das Heer der Reichen wieder Boden gewinnen will. Laut EGP sind die Offiziere und Soldaten vom 23.3. dieselben, die vorher mit Lucas unter einer Decke steckten. "Sie waren die Komplizen von Lucas, und jetzt wollen sie auf einmal Demokraten sein!"

Der Junta war wohl klar, daß ihr Friedensappell bloßpropagandistischen Wert hat. In keinem Moment seit dem Putsch hat das Militär ihre Aktionen ausgesetzt. Dialog oder Verhandlungen mit der Guerilla, davon ist keine Rede. Was sich aber ändern wird ist die Art und Weise des Vorgehens gegen die Subversion. Kritisiert wird an der alten Regierung, sie sei der Guerilla nur militärisch begegnet, habe aber verkannt, daß diese nicht nur mit den Waffen kämpfte. Die Junta will nun mit sozialen Veränderungen in den Gebieten beginnen, wo die Guerilla operiert. "Von heute an wird das Heer Aktionen durchführen, die Elend, Armut und soziales Unglück beseitigen". Damit wird auf ein Rezept zurückgegriffen, das schon einmal in Guatemala seine Anwendung gefunden hatte. Mitte der 60er Jahre bestand die Offensive des Militärs im Osten des Landes gegen die damalige Guerilla auch aus einer Kampagne der "acciones civicomilitares". Man versorgte die campesinos mit Nahrungsmitteln, Ärzte und Zahnärzte wurden ihnen geschickt, sowie Wege und Bewässerungskanäle gebaut. Doch abends kamen im Schutz der Dunkelheit Soldaten, verkleidet als Guerilleros, um die Menschen in den Dörfern zu mißhandeln und um zu töten. Schon tauchen heute in den Zeitungen wieder Berichte auf, die Guerilla hätte in verschiedenen Dörfern Frauen und Kinder getötet.

Abzuwarten bleibt, inwieweit die neue Junta eine demokratische Öffnung tatsächlich zuläßt. Und wenn, wird sich diese wohl mehr in der Hauptstadt bemerkbar machen. Auf dem Land dürfte es in dieser Hinsicht wohl kaum Veränderungen geben. In Guatemala-Stadt ist bis jetzt zumindest ein offeneres Klima zu merken. Kritik wird wieder geübt und gegenseitiges Mißtrauen beginnt sich aufzuweichen. Interessant wird es bestimmt.

## NICARAGUA

### Notstand in Nicaragua

In den LN 99 veröffentlichten wir einen ausführlichen Artikel über die Wirtschaftskrise in Nicaragua und die Disziplinierung der Gewerkschaft CAUS. In diesem Heft soll die Diskussion über Probleme der nicaraguanischen Revolution mit einem sehr persönlichen Bericht von Rose Gauger fortgesetzt werden.

Der Streit über die Einschätzung der sandinistischen Revolution muß weitergehen. Wir müssen uns mit ihren widersprüchlichen Zügen auseinandersetzen, und das scheint immer schwerer zu fallen, weil die Probleme nicht ab-, sondern zunehmen. Viele haben sich entschlossen, lieber zu schweigen als Zweifel und Kritik zu äußern. Ich halte diese Einstellung für falsch und meine, daß sie uns noch zu schaffen machen wird, sofern wir dabei bleiben.

In klarer Voraussicht der kommenden Ereignisse hatten die Sandinisten dem Jahr 1981 den Namen "Jahr der Verteidigung und der Produktion" gegeben. Von Anfang an zeichnete sich ab, daß die Feinde des Landes eine Taktik der Störung und Beunruhigung verfolgen würden. An den Grenzen, aber auch im Inneren des Landes sollten konterrevolutionäre Gruppen für eine ständige Verunsicherung sorgen, die Bevölkerung in dauernder Angst vor Überfällen und Angriffen halten. Die reaktionären Banden, die dieses Geschäft besorgen, werden von den USA aus unterstützt und teilweise dort ausgebildet. Ihr Vorgehen paßt zum Plan der Nordamerikaner, auf diese Art und Weise ein Klima zu schaffen, das auch ein größeres Eingreifen, bis hin zu einer Invasion, ermöglicht.

Die laufenden Angriffe an der Grenze behindern den Aufbau der neuen Gesellschaft, fördern den Erhalt und die Stärkung konterrevolutionärer Elemente, verlangen, daß Nicaragua in einem Maße aufrüstet, wie es seine Finanzen niemals erlauben und zwingen die Regierung zu äußerst fragwürdigen Maßnahmen, wie die Evakuierung der Indianer von der Grenze weg ins Innere des Landes. Der äußere Feind findet im Inneren Kräfte, die ihn eifrig unterstützen. Die Unternehmer und ihre Parteien sowie Industrieverbände sind noch immer nicht bereit, anzuerkennen, daß sie von keiner "Kubanisierung" bedroht sind. Alle Versuche sie zu gewinnen und das Projekt der gemischten Wirtschaft in die Tat umzusetzen, sind bisher gescheitert. Im März letzten Jahres rief die FSLN alle bürgerlichen Kräfte zu einem "Patriotischen Dialog" zusammen. Die Gespräche scheiterten, weil die Unternehmer wie bisher sofortige freie Wahlen und die Auflösung des Heeres, sowie der Milizen forderten. Auch die Gründung von Organisationen, in denen alle miteinander reden können, von links bis rechts, wie die "Frente Democrático de la Revolución" und die CNS (Dachverband aller Gewerkschaften) hat das Problem nicht gelöst, sie werden von den Rechten boykottiert.

Der ständige Druck durch die Bourgeoisie, ihr dauerndes Lamentieren, daß sie unter den gegebenen Umständen nicht investieren können, die Tatsache, daß sie nachweislich weiterhin Geld ins Ausland schaffen und oppositionelle Tätigkeiten finanzieren, macht den Spielraum für die Sandinisten, etwas für die Verbesserung der Lage des Volkes zu tun, äußerst eng. Dies führt auf dem Lande und in den Fabriken zu Unruhen.

### Agrarreform

Am 19. Juli 1981 wurde das Gesetz zur Agrarreform verabschiedet, welches eine Fülle bisheriger Bestimmungen zusammenfaßt und für Klarheit bezüglich der Besitzverhältnisse auf dem Lande sorgt. Dieses Gesetz beginnt mit einer Erklärung, in der

der private Grundbesitz garantiert wird. Landbesitz wird enteignet, wenn das Land brach liegt. Der Besitzer wird entschädigt und das Land an Kooperativen übergeben, die es kollektiv bewirtschaften sollen. Das Gesetz schiebt dem Pachtunwesen einen Riegel vor, denn viele Großgrundbesitzer hatten sich dadurch bereichert, daß sie ihr Land stückchenweise teuer verpachtet hatten. Das ist jetzt nur noch in kleinem Rahmen möglich. Die Agrarreform hebt darauf ab, daß mehr ländliche Kollektive und somit eine neue Form der Agrarwirtschaft entsteht. Diese Entwicklung ist noch sehr in den Anfängen. Fast alles Land ist entweder Privatbesitz oder wird in Form von großen Staatsgütern bewirtschaftet.

### Industrie

Die Regierung hatte für 1981, wie im Jahr zuvor, sehr hohe Produktionsziele für staatliche Betriebe erstellt. Die Arbeiter sollten in dem Grade höhere Löhne erhalten, in dem sich die Betriebe diesen Zielen näherten. In der Textilfabrik Fabritex erreichten die Arbeiter sehr bald ein äußerst günstiges Produktionsniveau. Trotzdem wurden ihnen höhere Löhne verweigert mit der Begründung, es sei kein Geld vorhanden. Im Jahr 1980 hatten sich die Arbeiter damit abgefunden, doch auf der Demonstration am 1. Mai 81 gaben sie bekannt, daß sie in diesem Jahr für Lohnerhöhungen kämpfen würden.

In Fabritex sowie in den übrigen Textilgewerkschaften ist die Gewerkschaft der Kommunistischen Partei (PC de N) CAUS führend. Es wurden Warnstreiks organisiert und die Forderungen publik gemacht. Nach langen heftigen Auseinandersetzungen mit der Regierung hat diese die Fabrik geschlossen und einige Zeit später unter anderem Namen wieder eröffnet. Die Gewerkschaftsführer wurden nicht wieder eingestellt. Sie führen jetzt einen Prozess, in dem sie fordern, daß der neue Betrieb als Nachfolger des alten anerkannt wird, so daß sie das Recht hätten, dort die Arbeiter zu vertreten.

Natürlich hat der Streit um die Lohnangleichung in Fabritex auch auf andere Betriebe übergreifen und eine heikle Situation geschaffen, da die Regierung bisher fest entschlossen ist, die Löhne nicht anzuheben.

Es ist nicht verwunderlich, daß auf diesen Konflikt hin am 9. September ein Gesetz des wirtschaftlichen Notstands verabschiedet wurde. Es faßte alle Bestimmungen zusammen, die bis dahin erlassen worden waren und die jede Art der Produktionsbeeinträchtigung (Sabotage, Unterproduktion, Preismanipulation usw.) verboten. Neu hinzu kam ein absolutes Streikverbot.

Die CAUS sowie die PC de Nicaragua wehrten sich heftig gegen diese Bestimmung und veröffentlichten Texte, in denen sie das neue Gesetz und eine Reihe anderer Verordnungen kritisieren, die gleichzeitig zur Steigerung der privaten Produktion verabschiedet worden waren. Die Regierung wollte damit den Privatunternehmern noch sehr viel günstigere Bedingungen schaffen. Bisher hatte jeder Unternehmer, der exportierte, vom Ministerium für Außenhandel seine Dollareinnahmen in Córdoba auszahlt bekommen. Jetzt kann er 20% in Dollar erhalten, wenn er etwas importiert, das seinem Betrieb zugute kommt. Außerdem bekommt er für die übrigen Dollars einen besseren Kurs als den offiziellen. Dazu kommt, daß für wichtige Importe Dollars billiger verkauft werden. Nur wer etwas unwichtiges, z.B. Luxusgüter einführen will, muß eine Steuer für die Dollars entrichten, mit denen er sein Importgut bezahlt.

Die Lage für die privaten Unternehmer ist, zeigt Sergio Ramirez in einer Rede, in der er ihnen vorrechnete, daß sie zusätzlich zu den Gewinnen, die sie sowieso machen konnten, aufgrund von Preistreiberei und Spekulation 1981 viele Millionen Córdoba Gewinn machen konnten, weil die Regierung ihren Manipulationen gegenüber immer sehr milde ist.

Doch all diese Nachsicht macht wenig Eindruck auf die Unternehmer. Als das Gesetz zum wirtschaftlichen Notstand veröffentlicht wurde, ließ der Unternehmerverband COSEP eine so verheerende und vernichtende Kritik an dieser "marxistischen Zwangsmaßnahme" los, daß einige ihrer Führer wegen staatschädigendem Verhalten eingesperrt wurden.

Gleichzeitig verhaftete man jedoch auch die Führer der PC de Nicaragua und der CAUS, die das Streikverbot, natürlich von einer ganz anderen Warte aus, ebenfalls kritisierten.

Es gibt in Managua mehrere Deutungen dieses Geschehens. Die eine sagt, man habe die Kommunisten nur verhaftet, damit man der Welt zeigen könne, daß kein Unterschied zwischen rechten und linken Staatsfeinden gemacht würde. Andere sehen die Sache grundsätzlicher und glauben, daß einfach keine Kritik geduldet werden könne. Sehr bedenklich ist die Sache auch deswegen, weil die COSEP-Leute sehr bald wieder frei waren - die Sozialistische Internationale soll sich für sie eingesetzt haben - während die Führer der PC bis Anfang April im Gefängnis saßen.

### Die Feinde der Sandinisten

Aufgrund der sich zuspitzenden Lage in Zentralamerika gerät Nicaragua ohne Zweifel unter immer größeren Druck. Die bürgerliche Presse und ihre Rundfunkanstalten haben die Situation bis jetzt weidlich ausgenutzt, um mit Hilfe von Falschmeldungen und Gerüchten ein Klima der Verunsicherung zu schaffen, das die Bevölkerung nicht unberührt lassen konnte. Die fatale Abhängigkeit von westlichen Krediten, der Einfluß der Sozialistischen Internationale, die auf eine Versöhnung mit den USA abzielt, und die freundschaftlichen Bande mit Kuba schaffen eine Situation, die einen Zickzackkurs provoziert und eine klare Linie fast unmöglich macht. So erklärt sich der widersprüchliche Umgang mit der Bourgeoisie, aber auch der Umstand, daß die linken Kritiker dieser gleichgesetzt werden.

Von Anbeginn an war es eine große Schwäche der Sandinisten, den rechten nicht vom linken Gegner unterscheiden zu können. Linke Gruppen wie die MAP und die KP haben in dem Maße das Recht erhalten, eine Organisation zu bilden und zu publizieren, in welchem diese Rechte den reaktionären Parteien auf Druck der Kreditgeber zugestanden werden mußten. Sie werden nur in die Verantwortung oder Diskussion gezogen, wenn die Sandinisten sich an alle, eben auch die Rechten, wenden.

Bisher gibt es noch kein Parteigesetz, aber ein solches ist in Vorbereitung. Es besagt, daß nur Parteien zugelassen sind, die den Kurs der Regierung unterstützen und tragen wollen.

Die Konterrevolution reicht natürlich weiterhin bis in das Innere der Behörden hinein. Immer wieder werden Gruppen aufgedeckt, die gegen die Regierung arbeiten und deren Mitglieder hohe Regierungsämter innehaben oder sogar zur FSLN gehören. Der Mangel an geeigneten Leuten und an Erfahrung wird hier deutlich. Der Umgang mit den Feinden zeigt, daß die Sandinisten weiterhin glauben, sie könnten sowohl die Bourgeoisie, als auch die Linken anderer Denkart zum Sandinismus bekehren, und sei es durch Hiebe oder Schmeicheleien.

### Das Notstandsgesetz

Alle in der Vorgeschichte benannten Elemente bilden die Voraussetzung dafür, daß am 15. März ein sogenanntes Notstandsgesetz verabschiedet wurde. Dieses setzt die verfassungsmäßigen Rechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit für zunächst einen Monat außer Kraft und ermöglicht es, daß die Regierung ohne Einschaltung der gesetzgebenden Versammlung Gesetze erlassen kann. Nach diesem Gesetz wird die Presse zensiert, alle Rundfunkstationen müssen eine Nachrichtensendung übernehmen, die der sandinistische Rundfunk ausarbeitet, andere politische Nachrichten als diese "Stimme Nicaraguas" sind verboten. Diese Maßnahme erreichte, daß die Serie von Falschmeldungen abbrach, die immer blühender geworden waren; sie ermöglichte eine klare und eindeutige Information über die sich häufenden Grenzkonflikte und die immer kritischer werdende Lage in El Salvador und Guatemala.

Als nächstes wurden Steuergesetze erlassen, um die extrem hohen Auslandsschulden, die die Abhängigkeit ständig weiter verschärfen, zu mildern und die Sicherheitsmaßnahmen, die die angespannte Lage erfordert, zu finanzieren. Jeder Bürger eine Abgabe von 25% Vermögenssteuer entrichten und zusätzlich 5% Lohnsteuer bezahlen, wer mehr als 5 000 Córdoba im Monat verdient (das sind 5% der Bevölkerung) zahlt 10%.

Für die Osterwoche wurden die Ferien gestrichen. Damit sollte erreicht werden, daß die Leute sich der schwierigen Lage noch mehr bewußt werden, daß sie sich bereit erklären, in dieser Woche zu produzieren, anstatt die üblichen Gelage am Meer zu feiern, wo der Alkohol gewöhnlich in Strömen fließt.

Natürlich haben Kirche und Bourgeoisie heftig gegen diese "unchristliche Verordnung" gewettert, und sie ist - allerdings erst im Nachhinein- auch sonst breit diskutiert worden, unter anderem auch, weil die Feiertage nicht -wie üblicherweise die Feiertagsarbeit- doppelt bezahlt wurden. Der ganze Streit ging damit zu Ende, daß der Karfreitag und Samstag dann plötzlich doch frei waren.

### *Die Abwehr des Feindes wird weiter organisiert*

Unter dem Eindruck des Notstands haben sich viele Nicaraguaner entschlossen, den Volksmilizen beizutreten und bei der Bewachung von wichtigen Gebäuden und Verkehrswegen, die jetzt verstärkt stattfindet, mitzumachen. Die Leute sind in weit höherem Maße als sonst bereit, etwas für die Verteidigung der Revolution zu tun, weil ihnen die Gefahr, in der sie sich befindet, äußerst drastisch vor Augen geführt wird. Dies geschieht nicht nur durch die sandinistischen Medien. Daneben finden ständig Veranstaltungen statt, auf denen die Führer der FSLN informieren. Sergio Ramfrez hat auch bereits angekündigt, daß mit den Notstandsmaßnahmen die Reihe der Einschränkungen noch lange nicht zu Ende sei. Momentan ist ein Plan in Vorbereitung, der für die kommenden Monate eine Art Kriegswirtschaft einläuten wird.

Die ersten Äußerungen zum Notstandsgesetz von Seiten der Bourgeoisie waren sehr zufriedenstellend. Oppositionsführer Robelo sagte, laut Barricada, er selbst hätte an Stelle der Regierung nicht anders gehandelt. Natürlich sieht auch er, daß keine Maßnahme ergriffen wurde, die die wirtschaftliche Position der Privatunternehmer verschlechtert, sie werden nicht zur Kasse gebeten. Sicher werden sie es sich nicht lange gefallen lassen, daß La Prensa zensuriert wird, aber es sieht auch nicht so aus, als ob diese Bestimmungen sehr lange aufrechterhalten würden. Wogegen sich die Bourgeoisie jedoch gleich heftig gewehrt hat, war der Vorstoß Nicaraguas vor der UNO. Dieser kluge Schritt an die Weltöffentlichkeit paßt weder den USA noch ihren Freunden. Sie wissen, daß Nicaragua in der UNO viele Freunde hat, deswhal wollen sie durchsetzen, daß die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) das Problem Nicaragua behandelt. Dort haben die reaktionären Länder wie Chile, Argentinien usw. die Mehrheit.

### *Weitere Schwierigkeiten*

Natürlich verschärfen sich durch die außenpolitischen Umstände, die das Jahr 1981 gekennzeichnet haben, alle ohnehin vorhandenen Probleme, von denen es immer noch sehr viele gibt. Die Einnahmen durch Exporte sind noch immer viel zu niedrig. Es wird in den staatlichen Betrieben weiterhin oft sehr bürokratisch und ineffektiv gearbeitet, die tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten der Privatunternehmer kann niemand kontrollieren. Auch mit den neuen Gesetzen zur Erleichterung der Devisenbeschaffung muß man abwarten, ob sich die Unternehmer so verhalten, wie sie sollten, ob sie auch wirklich investieren. Bei der letzten Baumwollernte wurde ein Verlust von 1,8 Mill. Córdoba gemacht, Der Kaffeepreis auf dem Weltmarkt ist sehr niedrig, der Goldpreis auf die Hälfte gesunken. Noch immer werden Waren zurückgehalten und wird mit den Preisen spekuliert. Die Devisenknappheit macht die Einfuhr von Rohstoffen zu einem riesigen Problem. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwächen ist jede Kritik eine Gefahr, weil jeder hundert Sachen aufzählen kann, die überhaupt nicht klappen und für die es eben momentan keinerlei Abhilfe gibt.

### *Der sandinistische Weg*

Die Sandinisten verfolgen weiterhin die Verwirklichung ihres dritten Weges. Sie glauben, daß in der 3. Welt eine Schicht von kleinbürgerlichen Revolutionären die Aufgabe hat, die Klassen, d.h. die Arbeiter und Bauern und die patriotischen Unternehmer (die im Land geblieben sind) zu versöhnen. Logischerweise sind dadurch die

Linken, die diesen Weg als nicht gangbar verwerfen, sehr viel gefährlichere Gegner als die Unternehmer, die ihn grundsätzlich befürworten, denen nur noch nicht genug dabei herauspringt.

Die Theorie der Klassenversöhnung durch eine dritte Kraft basiert auf der Überzeugung, daß in den unterentwickelten Ländern weder die Arbeiter noch die Bauern sich zu einer Klasse entwickeln konnten, die die Macht übernehmen kann. Deshalb müssen Intellektuelle, fortschrittliche Christen und andere Kleinbürger diesen "Ausgebeuteten" (so werden sie genannt), weil sie ja keine Klassen sind) zur Emanzipation verhelfen. Im Jahre 1980 hat Orlando Nunez, der zu den kritischen Theoretikern der FSLN gehört, diese These auf dem 4. Soziologenkongress vorgetragen, und damals wurde sie dort sehr kontrovers diskutiert.

Die Debatten laufen weiter. In der derzeitigen Situation vertreten Teile der Sandinisten die Position, daß das Projekt der "gemischten Ökonomie" gescheitert sei. Sie meinen, man müsse demnächst mit dem Imperialismus brechen, da dieser doch keine Kredite mehr gebe und seine Erpressungsmanöver untraglich geworden seien. Jetzt sei es Zeit, mit der Verstaatlichung zu beginnen und auf mehr materielle Hilfe aus den sozialistischen Ländern zu hoffen. Allerdings hätten diese auch wenig Geld und müßten vor allem Vietnam unterstützen. Ein Mitglied der FSLN, der mir gegenüber diese Meinung vertrat, ging leider nicht auf meine Einwände ein, dies widerspräche der politischen Praxis und den offiziellen Äußerungen. Er antwortete, die Wende bestehe bevor und die Mehrheit der Sandinisten sei sich darüber einig.

### *Perspektiven der Solidaritätsarbeit*

Diese Informationen mögen manchen Lesern negativ und viel zu kritisch erscheinen. Ich habe mich trotzdem entschlossen, diese Seite Nicaraguas darzustellen, vor allem, weil ich weiß, daß die vielen positiven Punkte, die Alphabetisierung, die Projekte zur Verbesserung der Ausbildung, die kulturellen Leistungen und alles was die letzten zweieinhalb Jahre an Fortschritt gebracht haben, sehr breit und ausführlich bei uns bekannt geworden ist.

Ich glaube, daß man sich bei uns zu schnell mit der Sonnenseite der Revolution zufrieden gibt und nicht sehen will, daß ihr Gelingen bis heute enorm gefährdet ist. Unter Gelingen verstehe ich nicht nur die außenpolitischen Bedingungen, obwohl dies natürlich die wichtigste Rolle spielen, da tatsächlich das Verhalten der USA über das Schicksal des Landes entscheidet. Zum Gelingen gehören für mich auch die Möglichkeit zu diskutieren und das Recht, eine andere sozialistische Meinung zu vertreten.

In Nicaragua werden gegenwärtig zu viele vorkonzipierte Reden gehalten und zu wenige Entscheidungen aufgrund breiter Debatten gefällt. So hätte man sicher in den Betrieben darüber diskutieren können, ob man die Ferien ganz oder nur teilweise streichen soll. Die Leute hätten mitentscheiden können, anstatt vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Meiner Kritik an der mangelnden Einbeziehung des Volkes in die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen kann man natürlich entgegenhalten, wie schwierig es sei, ein Volk zu emanzipieren, das bisher nur die Sklaverei gekannt hat. Andererseits sehe ich, daß viele von uns aus den Solidaritätskomitees auch Schwierigkeiten mit ihren Erfahrungen haben, die sie in Nicaragua machen, und mit den Informationen, die sie bekommen. Viele machen inzwischen lieber El Salvador-Arbeit, da hat man diese Probleme vorläufig noch nicht. Wer kümmert sich heute noch um Vietnam oder Portugal? Es sollte nicht unsere Devise sein, nur so lange mitzumachen, wie uns alles richtig erscheint, was in dem jeweiligen Land geschieht. Wenn, wie wir alle hoffen, die FDR/FMLN in El Salvador an die Macht kommt, werden wir vor den selben Problemen stehen, die heute lieber nicht ausdiskutiert werden. Auch dort werden Schwierigkeiten zutage treten, auf die wir uns besser heute als morgen vorbereiten sollten.

Momentan ist es selbstverständlich unsere dringendste Aufgabe, eine internationale Front gegen die Absicht der USA zu bilden, in Zentralamerika ihre Herrschaft durchzusetzen. Die neue Gesellschaft kann sich erst dann voll entfalten, wenn der äußere Druck gemildert ist.

# KOLUMBIEN

## Erster nationaler Indianerkongreß

"Unidad, tierra y cultura" - Einheit, Land und Kultur waren die Hauptforderungen des ersten nationalen Kongresses der Indianer Kolumbiens, der vom 24.-28. Februar in Bogotá stattfand. Ca. 500 000 der 25 Millionen Einwohner Kolumbiens sind Indianer. Sie leben verstreut in den unwegsameren Gebieten des Landes. Begleitet wurden sie von in- und ausländischen Sympathisanten und Beobachtern, sowie Vertretern von Indianerorganisationen aus Lateinamerika, darunter auch zwei Befreiungsbewegungen aus Guatemala. Die Solidarität mit den Völkern Guatemalas und El Salvadors war ein wesentliches Element des Kongresses.

### Vorgeschichte

Vorausgegangen waren diesem Kongreß 11 Jahre Arbeit an der Vereinigung. Im Jahre 1971 wurde der regionale Indianerrat des Cauca, CRIC, gegründet, die erste Organisation, die nicht nur die Interessen der Indianer als Campesinos, sondern auch ihre ethnisch-kulturelle Identität berücksichtigte. In den 70er Jahren folgten weitere regionale Organisationen in allen Teilen des Landes. 1980 organisierten die beiden stärksten Organisationen, der CRIC und der CRIT (Regionaler Indianerrat des Tolima) in Lomas de Hilarco / Tolima das erste nationale Treffen. Hier wurde eine provisorische Koordinationsgruppe mit Vertretern aus 9 Regionen gewählt, die auch diesen ersten Kongreß vorbereitete.

### Reaktion in der Öffentlichkeit

Verfolgung, Unterdrückung und Verleumdung der Indianer rissen auch während des Kongresses nicht ab. Die Regierung versuchte zunächst, den Kongreß zu verhindern, indem sie u.a. Räumlichkeiten verweigerte. Nur durch die Hilfe des von fortschrittlichen Christen geleiteten Colegio Claretiano, das Räume und Gelände der Schule zur Verfügung stellte, konnte der Kongreß in der Hauptstadt stattfinden. Nach dem zweiten Tag ließ die Regierung in der Presse verlautbaren, die Indianer seien von linken Gruppen verführt worden und müßten nun auf dem Gelände des Kongresses Hunger und Kälte erleiden. Eine aufgeschlossene, wahrheitsgemäße Berichterstattung über den Kongreß gab es in der kolumbianischen Presse fast nicht. Ein Großteil der Presse, so z.B. die größte Zeitung des Landes El Tiempo, nahm eine ablehnende Haltung ein, andere stellten den Kongreß als exotisches Ereignis dar.

Auch Besuche des Geheimdienstes B 2 blieben nicht aus. Um Zusammenstöße mit Polizei und Geheimdienst zu vermeiden, hatten die Organisatoren von Anfang an den Zutritt nur Personen mit unterschriebener Einlaßkarte gewährt. Den Indianern war außerdem empfohlen worden, das Gelände des Colegio nicht zu verlassen.

### Die Ergebnisse des Kongresses

Das wichtigste Ergebnis des Kongresses war die Gründung einer Nationalen Organisation der Indianer Kolumbiens, ONIC, sowie die Wahl eines Exekutiv Ausschusses, dem Vertreter aus allen Teilen des Landes angehören.

Die Arbeit des Kongresses vollzog sich im wesentlichen in 8 Kommissionen, deren Ergebnisse und Forderungen am Ende des Kongresses als "Schlußfolgerungen" bekannt gegeben wurden: Land- und Siedlerproblem, Gesetzgebung und neues Indianerstatut, Gründung von Kooperativen, Kultur und Religion, Gesundheit, Bildung, Beziehung zu anderen Volksorganisationen, politischer Standpunkt der nationalen Indianerorganisation.

LA TIERRA ES COMO LA MADRE - DIE ERDE IST WIE DIE MUTTER

Die Notwendigkeit der Verteidigung und Rückeroberung von Land rangiert unter den Ergebnissen an erster Stelle. Ohne Land, ohne Zugang zu den natürlichen Ressourcen sei die indianische Kultur verloren. Die Probleme und Gegner, mit denen sich die Indianer dabei konfrontiert sehen, sind von Region zu Region verschieden. In den meisten Fällen handelt es sich um Großgrundbesitzer, die im Laufe der letzten 400 Jahre die Indianer vom Land vertrieben oder - wie noch in den 50er Jahren während der "violencia", dem Bürgerkrieg - die Flucht der Indianer vor der Gewalt ausnützten, um sich den scheinbar unbewohnten Grund und Boden anzueignen.

### Militarisierung und Gewalt

Unterstützung fanden und finden die Großgrundbesitzer vor allem durch das Militär und die Polizei. Weite Teile der Gebiete, die von Indianern bewohnt werden, sind - weil sie unwegsam und damit auch für die Regierung unzugänglich sind - zugleich Rückzugsgebiete der Guerrilla. Sie wurden vielfach zu militarisierten Zonen erklärt. Das Militär geht allerdings nicht nur gegen die Guerrilla-Gruppen vor. Überall gibt es Kontrollen, die vor allem die Zivilbevölkerung betreffen. Indianerorganisationen werden vielfach beschuldigt, mit der Guerrilla zu kooperieren, ihre Führer werden immer wieder verhaftet und gefoltert. Militär und Polizei arbeiten mit bezahlten Killern der Großgrundbesitzer zusammen. Mehrere Fälle wurden bekannt, wo die Luftwaffe Felder und Dörfer bombardierte. Vielen Landbewohnern, etwa des Caquetá, einer Region im Süden des Landes, bleibt nichts anderes übrig, als vor der Gewalt in die Stadt zu fliehen. Landwirtschaft und Transport der geernteten Produkte in die Stadt - also die Überlebensgrundlage der Landbevölkerung - werden vom Militär verhindert oder zumindest sehr erschwert.

Neben den Großgrundbesitzern ließen sich aber auch arme Siedler auf dem Indianerland nieder, weil sie in vielen Fällen keine andere Möglichkeit zum Überleben sahen.

Neuerdings sind es auch nationale und internationale Konzerne, die durch den Bau von Stauwerken und Minen mit Zustimmung der Regierung die natürlichen Grundlagen (nicht nur) der indianischen Kultur zerstören.

### Die Politik der Regierung

Seit Jahren schon führen die Indianer den Kampf um die Verteidigung und Rückeroberung des ihnen zustehenden Landes mit Besetzungen und anderen Aktionen. Sie berufen sich dabei auf ein Gesetz aus dem Jahr 1890, in dem die Republik Kolumbien ihnen Besitztitel an dem von ihnen bewohnten und bearbeiteten Land zuspricht. Dieses Gesetz hat allerdings nicht das Eindringen von Großgrundbesitzern und Siedlern verhindert. Zu der fortgesetzten Wegnahme indianischen Landes hat auch die Regierung immer wieder beigetragen.

So hat das Naturschutzinstitut INDERENA bestimmte Gebiete zu Naturschutzparks erklärt. Statt den Zugang zu begrenzen, bedeutete dies aber den Umbau, z.B. der Thermalquellen von Puracé (Cauca) zu touristischen Attraktionen, für deren Betreten selbst die Indianer heute 10 Pesos zahlen müssen.

INCORA, die für die Landreform zuständige Institution des kolumbianischen Staates, kaufte z.B. im Rahmen der "Umverteilung" von den Großgrundbesitzern Land, für das die Indianer Rechtstitel hatten. Das für viel Geld vom Staat erstandene Land wurde dann an die Campesinos, vielfach eben diese Indianer - die eigentlichen Besitzer - verteilt.

*Das neue Indianerstatut*

Mit dem neuen Indianerstatut sollen diese rechtlichen Unklarheiten ausgeräumt werden. Die bestehenden Besitzverhältnisse, und damit der von den Großgrundbesitzern betriebene Landraub sollen legalisiert werden. Zugleich wird die Möglichkeit die Indianergebiete zu betreten, von der Zustimmung der Regierung abhängig gemacht. Dies war bisher nur in den Reservaten möglich. Die "resguardos" stehen zumindest rechtlich unter der Verwaltung der Cabildos, der Selbstverwaltungsorgane der indianischen Gemeinschaften. Während die "resguardos" sich auf Besitztitel aus dem Jahre 1890, also auf verbrieft Rechte, stützen, handelt es sich bei den Reservaten um Zonen, die die Regierung den Indianern in jüngerer Zeit zugestanden hat. Unter dem neuen Statut verschwinden diese Unterschiede. Es würde den Cabildos jedes Mitspracherecht nehmen. Der Entwurf des Statuts, der ohne die Beteiligung der Betroffenen zustande kam, wird von den Indianern abgelehnt. Sie wollen am bestehenden Rechtszustand festhalten, weil sie hier gegen die Eindringlinge wenigstens einige Rechte haben. Arme Siedler wollen die Indianer dann akzeptieren, wenn sie die Autorität der Cabildos anerkennen, Großgrundbesitzer wollen sie nicht mehr dulden.

*Kooperativen*

Weder in der Landwirtschaft noch im kulturellen Bereich wollen die Indianer nur an den alten Formen festhalten. Immer wieder wurde während des Kongresses betont, daß es nicht nur darum geht, die indianische Kultur zu verteidigen, bzw. zurückzuerobern, sondern auch darum, sie weiterzuentwickeln. Die Form, in der das in Bezug auf die Landwirtschaft geschehen soll, ist die der Kooperative. Innerhalb der "resguardos" soll es kein Privateigentum geben. Aller Landbesitz soll der Verwaltung durch die Cabildos unterliegen. Beteiligung der Regierung, d.h. konkret von INCORA, wollen die Indianer möglichst vermeiden, weil sie bisher oft genug in Kontrolle umgeschlagen ist. Derartige Kooperativen gibt es schon im Cauca. Gemeinsamer Ein- und Verkauf sichert die Indianer vor Wucher und überhöhten Preisen. Die neue nationale Organisation ONIC soll eine Vereinigung der lokalen und regionalen Kooperativen auf nationaler Ebene anstreben.

*Kultur, Medizin und Bildung*

Im kulturellen und religiösen Bereich soll der Raubbau durch nordamerikanische protestantische Sekten, die in Lateinamerika als Heilsbringer kapitalistischer Moral auftreten sowie neugieriger Anthropologen zurückgedrängt werden. Forschungsarbeiten sollen nur noch mit der Zustimmung der betroffenen indianischen Gemeinschaft durchgeführt und veröffentlicht werden dürfen.

Die staatlichen Gesundheitsprogramme erschöpften sich bisher im Senden von pharmazeutischen Produkten. Sie nutzten daher auch viel eher der Pharmaindustrie als den Betroffenen. Mehrfach wurde derartige medizinische Hilfe gänzlich abgewiesen. In ihren Schlußfolgerungen betonen die Indianer, daß ihnen mit dem Land auch die Grundlage der Ernährung und somit der Gesundheit genommen würde. Sie seien durchaus bereit, Elemente der westlichen Medizin aufzunehmen, sofern sie sich mit ihrer Kultur und ihrer Lebenssituation vereinbaren lassen. Wichtigstes Ziel sei aber die Weiterentwicklung ihrer eigenen Medizin, weil sie erstens angepaßt ist an ihre natürliche Umwelt und weil sie zweitens auch billiger ist. Sie fordern die Beendigung der Verfolgung ihrer Ärzte und die Errichtung einer Schule für indianische Medizin. Bekämpfen wollen sie ferner die Kommerzialisierung des Coca-Anbaus. Die Coca diene in der indianischen Medizin als Heilpflanze. Den Rauschgift-Mafias folgten nicht nur die Militärs, unter denen die Bevölkerung zu leiden habe, die Mafia entfremde die Coca auch ihren eigentlichen Zwecken und gefährde damit die kulturellen Traditionen.

Die Schule sei ein Mittel der Weiterentwicklung des Kampfes um die eigene Kultur und Freiheit. Dafür bedarf es aber anderer Schulen, mit indianischen Lehrern und mit Methoden und Programmen, die den Interessen der indianischen Gemeinschaft entsprechen.

Einflüsse von außen sollen also nicht generell abgelehnt werden. Sie sollen allerdings nicht mehr dazu dienen, die Betroffenen zu unterdrücken und auszubeuten. Die Indianer wollen durch ihre eigenen Vertreter und Selbstverwaltungsorgane selbst bestimmen können, was ihnen nützt und was nicht.

*Die neue Organisation*

Die neue Organisation reiht sich in diesem Sinn in die Kämpfe derjenigen ein, die in Kolumbien und Lateinamerika überhaupt um Freiheit und Selbstbestimmung kämpfen. "Die Indianer können heute nicht mehr allein ihre Freiheit erreichen." Allerdings wollen sie sich auch nicht in Parteienstreiterei und -spaltungen verwickeln lassen, was bei der Zerstrittenheit der kolumbianischen Linien eine durchaus reale Gefahr ist.

Der CRIC bildet als stärkste regionale Organisation sozusagen das Rückgrat der ONIC. Die Schlußfolgerungen des Kongresses entsprechen in vielen Punkten auch dem, was der CRIC bisher vertreten hat. In den meisten anderen Regionen sind die Organisationen weit weniger entwickelt.

Die regionalen, sprachlichen und kulturellen Unterschiede, die verschiedenen Probleme und Gegner, der unterschiedliche Grad der Integration in den kolumbianischen Staat und den kapitalistischen Markt bilden die größten politischen und sozialen Probleme bei der Integration. Daneben bleiben die scheinbar rein organisatorischen Schwierigkeiten: die weiten Entfernungen, der schlechte Informationsfluß, unter den verstreuten Indianergemeinschaften ... Auf die ONIC wird somit noch viel Arbeit an dem Vereinheitlichungsprozeß zukommen.

Nach 400 Jahren Repression bleibt die Gründung einer nationalen Organisation trotz aller Schwierigkeiten ein bedeutender historischer Schritt.

# CHILE

## Gewerkschafter und Unternehmer im taktischen Bündnis?

Eben drei Wochen, nachdem Pinochet sich als zufrieden mit der Arbeit seiner Regierung gezeigt hatte, ist sein Kabinett geschlossen zurückgetreten, um ihm freie Hand bei der Neubildung zu lassen. Bis Redaktionsschluß ist die neue Kabinettsliste nicht bekannt, um daraus Schlüsse zu ziehen. Die Schlüsselfrage ist, ob Pinochet seinen Finanzminister auswechselt: er wurde in den letzten Wochen Zielscheibe auch aus Sektoren, die politisch-ideologisch durchaus auf der Linie der Diktatur liegen.

Monatelang hatten die Verfechter des ultraliberalen Wirtschaftsmodells erklärt, die "Selbstheilungskräfte" des Marktes würden ausreichen, die Rezession ohne staatliche Eingriffe zu meistern (vgl. zur wirtschaftlichen Entwicklung LN 101); bisher aber zeichnet sich nur ab, daß die Rezession sich verschärft. Anfang März wurde klar, daß auf Grund vermindelter Steuereinnahmen auch der Haushalt '82 ein Defizit nach jetziger offizieller Schätzung von 1,6 Mrd. Dollar haben wird, dem die Regierung mit Senkung der Staatsausgaben und gleichzeitiger Steuererhöhung begegnet.

Für die Arbeiter wirkt sich die Rezession bislang in Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit aus - die chilenische Wochenzeitung HOY beziffert den gegenwärtigen tatsächlichen Stand der Arbeitslosigkeit einschließlich des Notstandsprogramms PEM mit ca. 20%. Weiterhin aber geht die einheimische Industrie pleite - die industrielle Produktion sank von Januar '81 bis '82 um 16%, die Kette der Konsumkurse reißt nicht ab.

Vor diesem Hintergrund sind die Kontakte zu sehen, die sich in den letzten Wochen zwischen Gewerkschaftsführern, mittelständischen Unternehmern und berufsständischen Verbänden angebahnt haben. Symbolisch für diesen Annäherungsversuch steht der Ende Februar ermordete Gewerkschaftsführer der öffentlichen Angestellten (ANEF) Tucapel Jiménez (vgl. LN 102); mit dieser Personalisierung ist auch z.T. das Präkäre dieser Konstellation bezeichnet.

Jiménez war es gelungen, nicht nur zwischen Gewerkschaftsverbänden unterschiedlicher politischer Orientierung zu vermitteln, sondern auch Kontakte zu mittelständischen Arbeitgebern herzustellen. Der Aufruf zur Einheit an die chilenischen Männer und Frauen, an dem er arbeitete, richtete sich an Arbeiter, Angestellte, Akademiker, Fuhrunternehmer und Taxifahrer, Kaufleute, Kunsthandwerker und andere. Jiménez wußte, daß er vom Geheimdienst beschattet wurde, die Observierung war teilweise so offen, daß er seine Verfolger zu begrüßen pflegte. Am Tage, als er sich mit dem Präsidenten der Nationalen Gewerkschaftscoordination CNS treffen wollte, um noch offene Fragen zu klären, wurde er ermordet.



Begräbnis von Tucapel JIMENEZ  
Auf der Fahne: Nationale Gewerkschaftscoordination  
-Frauenorganisation. -"Tucapel, wir folgen Deinem  
Vermächtnis für die Einheit."

Ende März veröffentlichte die Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten ANEF den Aufruf zur gewerkschaftlichen Einheit und zu einer "nationalen Begegnung", sozusagen als Vermächtnis von Tucapel Jiménez. Bisher hat der christdemokratische Verband UDT positiv darauf reagiert, eine offizielle Stellungnahme der CNS, die als linker gilt, steht noch aus: sie plante für Mitte April ein Delegiertentreffen, von dem wir nicht wissen, ob es stattfinden konnte.

Darüberhinaus aber hat auch der Verband der Transportunternehmer sein Interesse an der nationalen Begegnung bekundet; auch die berufsständischen Verbände sind aufgerufen ... Was Gewerkschafter, ein Teil der Unternehmer und die Berufsverbände aint, ist einzig ihre Situation als Opfer der gegenwärtigen Wirtschaftskrise; darüberhinaus trennt sie alles.

Schon die chilenischen Gewerkschaftsbewegung ist aufgespalten in verschiedene Verbände, deren Ruf nach Einheit einerseits politisch-ideologische Differenzen und andererseits (teilweise persönliche) Führungsansprüche gegenüberstehen. Diese wechselseitigen Vorbehalte zu überwinden und die Gewerkschaftsführungen dazu zu bringen, sich überhaupt um eine gemeinsame Plattform zu bemühen, war das Verdienst von Tucapel Jiménez; daß diese Arbeit aber wesentlich an seiner Person hing, macht plausibel, warum er zu diesem Zeitpunkt ermordet wurde, läßt aber auch für die Beständigkeit dieses Einigungswerks schon auf gewerkschaftlicher Ebene fürchten.

Diese politischen Differenzen sind natürlich noch größer, was Verbände wie die Taxifahrer oder Transportunternehmer angeht: sie waren es, die durch Streiks und Boykott vor dem Putsch 1973 gegen Allendes Regierung das "Chaos" produzierten, aus dem die Militärs sie vor dem "Marxismus" retten sollten... Natürlich ist es nicht ohne Ironie, wenn jetzt teilweise dieselben Verbandsvorsitzenden wiederum ihre "nationalen Forderungen" erheben, und, angesichts der Wirkungslosigkeit ihrer bisherigen Beschwerden, nun darauf hoffen, gemeinsam mit Gewerkschaften soviel gesellschaftlichen Druck zu erzeugen, daß die Regierung einlenkt, gleichzeitig aber auch nicht mehr, um nicht einen von ihnen nicht mehr kontrollierbaren Prozeß der Radikalisierung in Gang zu setzen, der das System in Frage stellen könnte.

Genau dies ist der Punkt, an dem auch ein Sektor der Großbourgeoisie offenkundig Befürchtungen hegt, die der MERCURIO, Sprachrohr großbürgerlicher Interessen, in einem Leitartikel am 28. März formulierte. Er sieht einen Vertrauensschwund gegenüber der Regierung auch im eigenen Lager, und zwar nicht nur aufgrund der Rezession und ihrer politischen Handhabung, sondern auch vor allem wegen der mafähnlichen Zustände unter den "Ordnungskräften" (vgl. LN 102). Der MERCURIO rät zu Retuschen, um das System zu erhalten. Pinochet erklärte in einem Gespräch mit Journalisten unbeeindruckt, es bestehe kein Grund, die Politik zu ändern, vier loyale Anhänger seien ihm lieber als 4 000, die bei erster Gelegenheit die Fahne wechselten ...

Das Ergebnis der Kabinettsumbildung wird zeigen, ob er diesen Kurs durchhält.

## SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE



Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108  
Kennwort: Hilfe für Chile

# CHILE

## Wird das Kupfer den Poncho ablegen?

### Die zweite Unabhängigkeit

Seit Anfang des Jahres hat Chile eine neue Gesetzgebung, die die Ausbeutung seiner Bodenschätze regelt und dabei den ausländischen Konzernen äusserst günstige Bedingungen einräumt. Wie kam es dazu?

Vor nun fast 11 Jahren beschlossen unter der Regierung der Unidad Popular alle Parteien einstimmig die Nationalisierung der chilenischen Bodenschätze. Dieses war der vorläufige Schlusspunkt eines jahrelangen, bereits unter den Christdemokraten begonnenen Prozesses, in dem Chile nach und nach die Verfügungsgewalt über seine reichen Bodenschätze gewann - insbesondere das Kupfer, dessen Ausfuhr über die Hälfte des Gesamtexportes ausmacht. Allende rief, dass sich nun "das Kupfer den Poncho umgeworfen habe". Die Presse sprach von der Rückgewinnung der nationalen Würde, von der zweiten Unabhängigkeit Chiles. "Der Staat hat die absolute, ausschliessliche, unveräusserliche und unbeschränkte Verfügungsgewalt über die Minen..." begann der Gesetzestext.

### Kupferproduzent Nummer eins

Chile ist mit 25-30% der Weltreserven der Kupferproduzent Nr.1 der Welt. Andere wichtige Rohstoffe sind Eisen, Gold, Silber, Molybdän, Jod, Uran, Lithium u.a.m. Durch die leichte Zugänglichkeit sowie die hohe Konzentration der Vorkommen bestehen auch Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Staaten. Das staatliche Unternehmen CODELCO leitet die "gran minería", die 4 grössten Minen des Landes: Chuquibambilla, El Teniente, El Salvador und La Andina. Hier werden ca. 900000 Tonnen pro Jahr produziert. Der mittlere und kleine Bergbau wird von der staatlichen ENAMI betrieben. Etliche Minen sind jedoch in den letzten Jahren privatisiert worden, wie "Las Bronces", die 1978 an die EXXON verkauft wurde. Codelco ist ein Beispiel für einen staatlichen Betrieb, der mit Gewinn arbeitet; aus den Überschüssen werden ausländische Kredite zurückbezahlt und 10% sind für Waffenkäufe bestimmt.

In den letzten Jahren kam es zu einer Stagnation der Ausfuhren: der Gesamtexport ging von 1,06 Mio. Tonnen 1979 auf 1,05 Mio. Tonnen 1981 leicht zurück, vor allem durch Produktionsrückgang in den mittleren und kleinen Minen. Aber Codelco will mit ca. 1,8 Milliarden Dollar Investitionen die Produktion bis 1985 auf 1,33 Mio. Tonnen steigern, wird jedoch von Regierungsseite behindert. General Frej, Vizepräsident der Gesellschaft, beklagt, dass die Regierung weder die Investitionen bewilligt noch gestattet, dass Codelco im Ausland Kredite aufnimmt und insofern privaten Unternehmen gegenüber benachteiligt ist.

## Der Kupferbergbau in der Krise

Verschiedene Faktoren sind für die derzeitige Krise des Kupferbergbaus verantwortlich: zum einen die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die zwar einen Rückgang der Inflation auf sogar -0,7% im Februar 1982 erreicht hat, aber zugleich eine Rezession nicht gekanntes Ausmasses bewirkt hat. Ein Punkt ist der seit über 2 Jahren fix gehaltene Wechselkurs zum Dollar, der Importe immer billiger werden ließ und die Exporte erschwerte. Da anfangs die heimische Inflation weit über dem US-Niveau lag, wurde der Peso zunehmend überbewertet. Die Kosten im Land stiegen, während der Ertrag immer gleichbleibend in Dollars gezahlt wurde. Ein Ex-Direktor der staatlichen Zentralbank schätzt die Verluste, die Codelco allein dadurch entstanden sind, auf 800 Millionen Dollar.

Ein anderer Faktor für die Krise des Bergbaus ist der auf Grund der weltweiten Rezession gesunkene Kupferpreis; vor 1 1/2 Jahren wurden noch bis zu 1,20 Dollar für das englische Pfund Kupfer bezahlt, jetzt nur noch 70 Cents. Besonders hart getroffen ist hier der mittlere und kleine Bergbau, dessen Selbstkosten nach Angaben des Präsidenten der Vereinigung der Bergbauunternehmer bei 98 cents pro Pfund Kupfer liegen. Und erst ab 1,20 Dollar sei das Geschäft derzeit rentabel. Der kleine Bergbau sei vollständig paralysiert, und bereits 200 mittlere Minen seien stillgelegt worden. Man rechnet hier mit einem Verlust von 50.000 Tonnen pro Jahr. Ganze Orte werden arbeitslos, so etwa "Cerro Negro", wo 850 Menschen leben. Seit Generationen wurde hier Kupfer gefördert; jetzt ist die Mine pleite. Die Schule hat bereits geschlossen und die Familien werden die werkseigenen Wohnungen verlassen müssen.

## Wie kommt das Öl zum Kupfer?

Mitte letzten Jahres wurde bekannt, dass etliche Erdölkonzerne an Investitionen im chilenischen Bergbau interessiert sind. EXXON will mit 200 Mio Dollar die Produktion in "Las Bronces" auf 245.000 Tonnen steigern, ROYAL DUTCH SHELL die Konzessionen für "Los Pajonales" erwerben, ATLANTIC RITCHFIELD (Tochter von ANACONDA) untersucht, in "Los Pelambres" 500 Mio. Dollar zu investieren, SUPERIOR OIL die gleiche Summe in "Quebrada Blanca", die STANDARD OIL OF INDIANA führt zusammen mit der GETTY OIL Explorationen durch.

Chile hat in den letzten Jahren reichlich ausländische Kredite erhalten, aber nur wenige Direktinvestitionen, die wiederum zu 83% im Bergbau realisiert wurden. Aber bislang wurden nur etwa 12% der geplanten Investitionen durchgeführt, was, wie die Regierungswirtschaftler meinen, nicht zuletzt daran lag, dass die Gesetze noch nicht "modernisiert" waren. Das Anziehen weiteren ausländischen Kapitals, mit dessen Hilfe man die gegenwärtige Rezession zu überwinden hofft, ist der Angelpunkt der neuen Bergbaugesetze.

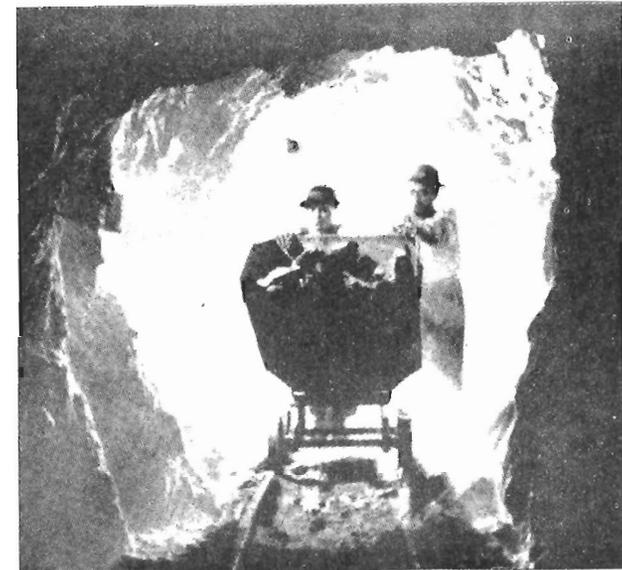
Die Logik des Bergbauministers José Piñera, aus dessen Feder bereits die neue Arbeitsgesetzgebung und die Rentenreform stammen, ist einfach: Erz, das in der Erde liegt, hat keinen Wert. Geld, das heute verdient wird, ist mehr wert, als das, was morgen verdient wird. Und oberstes Ziel ist, die wirtschaftliche Wachstumsrate zu maximieren. Codelco wird auch in Zukunft staatlich bleiben (ein Verkauf wäre derzeit politisch nicht durchsetzbar, nicht zuletzt wegen des Widerstandes seitens der Militärs.) Aber alle neuen Minen müssen privat sein. Ausländische Firmen müssen ihre -frei transferierbaren- Gewinne genauso wie nationale Unternehmen mit 49,5%

versteuern. (Früher mussten die Ausländer 70% zahlen). Bei Enteignung - das Wort Nationalisierung ist gestrichen - erhält der Besitzer den Marktwert des gesamten, noch in der Erde liegenden Metalls.

Besonders dieser letzte Passus ist wohl einmalig in der Welt und weit mehr, als die Konzerne bei früheren Enteignungen auch nur gewagt hätten zu verlangen. Damals wurden höchstens die Investitionen vergolten. Ausnahmen macht das Gesetz nur für Erdöl und Lithium, die staatlich bleiben werden, sowie für Vorkommen in militärisch wichtigen Gebieten. Diese Gesetze waren mit grosser Heimlichkeit ausgearbeitet worden und riefen bei ihrer Veröffentlichung stürmische Kritik von allen Seiten hervor, denn hier geht es auch um nationalen Stolz. Man warf der Regierung Ausverkauf nationaler Interessen vor und die zu hohen Vorteile für ausländische Konzerne. Aber auch dogmatischen Extremismus, da nun der Staat auch in lohnende Vorkommen nicht mehr investieren dürfe - ganz so, wie es die neoliberale Theorie empfiehlt.

## Kommen die Gringos zurück?

Dennoch bleibt fraglich, ob die erhofften Investitionen auch kommen werden. Der ehemalige Bergbauminister A.Hales meint, dass es gerade diese allzu günstigen Bedingungen seien, die die ausländischen Konzerne stutzig machten. Diese würden weniger auf die Gesetze schauen, die ja auch nur Papier seien, als auf den nationalen Konsens. Investitionen in den Bergbau sind langfristiger Natur, sie beginnen erst nach 10-15 Jahren Gewinn abzuwerfen. Und ein nationaler Konsens, der die Rückkehr der Gringos in den Bergbau befürwortet, ist in Chile sicher nicht gegeben. Eine weitere Unsicherheit ist, ob das Kupfer auf lange Sicht seine derzeitige Bedeutung beibehalten wird, oder nicht zunehmend durch andere Materialien ersetzt werden wird. Es wird sich an diesen Investitionen zeigen, für wie stabil die Konzerne die gegenwärtige Regierung halten. Der arbeitslose Bergarbeiter mag sich derweil mit folgendem trösten: Im August 1981 wurden die Importbeschränkungen für bestimmte Luxusgüter aufgehoben, darunter Kaviar, Edelsteine, rohe Perlen; diese sind heuer dank des günstigen Wechselkurses spottbillig zu erwerben.



# HONDURAS

## Honduras auf dem Weg zur Demokratie

Am 27. Januar fand im Nationalstadion von Tegucigalpa die Amtseinführung des neuen honduranischen Präsidenten, Dr. Roberto Suazo Córdoba, statt. Er ist damit der erste zivile, gewählte Präsident nach achteinhalb Jahren Militärherrschaft und einer an die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im April 1980 anschließenden zivil-militärischen Übergangsregierung. (vgl. LN 85,88, 96). Bei den Kongreß- und Kommunalwahlen vom 29. November 1981 konnte Suazos Liberale Partei (PL) mit 53% der abgegebenen Stimmen ihren Sieg vom Vorjahr noch erheblich ausbauen. Sie hält mit 44 von 82 Abgeordneten im Parlament die absolute Mehrheit (vgl. Tabelle). Die noch konservativere Nationale Partei (PN), die traditionell besonders in den ländlichen Regionen ihre stärkste Basis gehabt hatte (gestützt auf die Macht der Großgrundbesitzer, die "ihre" Campesinos auch politisch kontrollieren, konnte sich diesmal nur in vier von achtzehn Departamentos behaupten, und zwar bezeichnenderweise in den ökonomisch zurückgebliebensten Regionen.

Im Vergleich zu den beiden traditionellen Oligarchieparteien schnitten die neuen Parteien schlecht ab. Die "Erneuerungs- und Einheitspartei" PINU fand wohl einen gewissen Anklang unter dem "aufgeklärten" mittleren Bürgertum der Städte, konnte aber unter Arbeitern und Bauern kaum Fuß fassen. Dies hätte man auch eher noch von den Christdemokraten erwartet, die seit jeher eng mit Teilen der Gewerkschafts- und Campesinobewegung liiert sind und erstmals zu Wahlen zugelassen worden waren.

Die Frente Patriótico Hondureño (FPH), ein Bündnis der 3 Linksparteien (Kommunistische, Marxistisch-leninistische, Sozialistische) hatte sich, nach dem Scheitern ihres Boykottaufrufes vor den Aprilwahlen des Vorjahres, zur Aufstellung gemeinsamer unabhängiger Kandidaten in einigen Departamentos entschlossen. Sie konnte aber im Bezug auf die Gesamt-Wählerschaft nur 0,3% und im Verhältnis zu den Stimmen in den betr. Provinzen niemals mehr als 1,5% erzielen.

Wie im Vorjahr, so verlief auch diesmal die Wahl selbst, d.h. der Abstimmungsvergung, relativ "sauber". Im Vorfeld war es aber zu zahlreichen Behinderungen gegen Kandidaten der Christdemokraten und vor allem der Patriotischen Front gekommen. Letztere wurden mehrfach verhaftet, an der Abhaltung von Versammlungen gehindert. Höhepunkt dieser Repressionswelle war die Entführung des Spitzenkandidaten der FPH und Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Virgilio Carias, der gemeinsam mit einem Genossen kurz vor dem Einschreibungsstermin ins Kandidatenregister zum "Verschwinden" gebracht wurde. Nach brutalem Folterungen wurden die beiden zwar 14 Tage später halb tot wieder freigelassen, Carias mußte aber seine Kandidatur zurückziehen, und die FPH trat damit nur in drei Departamentos an.

### Einschätzung des Wahlergebnisses

Das schlechte Abschneiden der Linken bzw. die anscheinend unangefochtene Stellung der traditionellen Parteien sowie die mas-

senhafte Wahlbeteiligung (über 80%) sind aber sicher nicht nur auf solche Behinderungen, sondern auch auf strukturelle Ursachen zurückzuführen, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann (vgl. LN 80,85). Kurz gesagt, ist das politische Regime (auch in seiner Form als Militärherrschaft) in den Augen des Volkes allenfalls durch Korruption, aber nicht durch eine derartig systematische und brutale Repression diskreditiert wie in den Nachbarländern. Selbst in Zeiten der Reaktion gab es immer noch gewisse Spielräume für die Volksbewegungen, wurde ein Teil ihrer Forderungen von den Herrschenden aufgenommen, so daß das Gros der organisierten Massen bisher nicht über reformistische Positionen hinaus zu einer grundsätzlichen Infragestellung des ökonomischen und politischen Systems gezwungen wurde. Der Gegner, das ist für die Mehrheit des Volkes heute die korrupte Allianz von rechten Militärs und Nationaler Partei, und sie setzt ihre Hoffnung auf die Liberalen als "kleineres Übel", da diese noch immer von dem reformistischen Image aus den Zeiten der Regierung Villeda Morales (1957-63) zehrt, die durch einen blutigen Militärputsch gestürzt worden war.

Die hohe Wahlbeteiligung und der Sieg der Liberalen sind wohl auch z.T. zu erklären aus der untergründigen Angst der Bevölkerung vor den entsetzlichen Schrecken eines Befreiungskrieges, wie sie ihr täglich in den Berichten über Guatemala und El Salvador vor Augen geführt wird. Niemand wird den Honduranern verdenken können, daß sie eine zwar elende, aber noch vergleichsweise "friedliche" Situation - mit der vagen Hoffnung auf Besserung unter einer neuen Regierung - derartigen lebensbedrohlichen Zuständen vorziehen.

### Honduras: Eckstein der US-Interventionsstrategie

Kann man angesichts des "Erfolges" der Wahlen behaupten, das Kalkül der USA, die historische Sonderentwicklung des Landes auszunutzen, um einen "westlich-demokratischen Schaukasten" inmitten einer von "kommunistisch-totalitären Umtrieben" gefährdeten Region aufzubauen, sei bereits aufgegangen? Dies muß stark bezweifelt werden, nicht zuletzt aufgrund der anderen, der militärischen Komponente der US-Strategie, die darauf hinausläuft, Honduras langfristig immer stärker in die Konflikte der Nachbarländer hineinzuziehen. Da sind zum einen die schon sehr weit gediehenen Destabilisierungspläne gegenüber Nicaragua, für die Honduras die Basis abgibt: Nach den Berichten über die permanenten Überfälle von Ex-Guardias auf das nicaraguanische Grenzgebiet, über die Ausbildung von 2 bis 3000 nicaraguanischen Misquito-Indianern auf honduranischem Gebiet für eine Invasion in ihr Heimatland, deckte kürzlich die nordamerikanische Presse einen mit 19 Mio. US-Dollar veranschlagten, großangelegten Sabotageplan der CIA auf, die in Honduras 500 Paramilitärs (vor allem Argentinier und Venezolaner) auf "Spezialaufgaben" wie die Zerstörung von Kraftwerken und Brücken in Nicaragua vorbereitet. All dies geschieht in Zusammenarbeit mit dem honduranischen Militär oder zumindest mit dessen Billigung. Nach Angaben der KP-Zeitung "Patria" sollen Anfang vorigen Jahres etwa zweihundert CIA-Agenten (zumeist Puertoricaner) zu verschiedenen Zwecken nach Honduras eingeschleust worden sein.

Im Zuge der "Sandwich-Strategie" zur Einkreisung der salvadoranischen Befreiungskämpfer im an Honduras angrenzenden Bergland, wurde vor kurzem die Zwangsumsiedlung mehrerer tausend Flüchtlinge aus den Lagern in unmittelbarer Grenznähe ins Landesinnere abgeschlossen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich mit einem Betrag von 800000 DM an dieser Maßnahme, die einer Sättigungsaktion

zur Vorbereitung auf großangelegte militärische Operationen gleichkommt.

Die Umsiedlung und die Leitung des neuen KZ-ähnlichen Lagers "Mesa Grande" liegt in Händen der nordamerikanischen "Hilfs"-Organisation "World Vision", einer CIA-Farnagentur; die Organisationen (CEDEH, GARITAG), die bisher die Flüchtlinge hauptsächlich betreut hatten, wurden kurzerhand wegen ihrer solidarischen Haltung zu ihren Schützlingen ausgebootet (vgl. FAZ, 16.3.82). Die Strategen des Pentagon, das mehrere Militärberater in die Grenzregion geschickt hat, um die Aktionen von salvadoranischem und honduranischem Militär zu koordinieren, waren allerdings bisher klug genug, um eine massive Beteiligung honduranischer Streitkräfte an den Kämpfen in El Salvador selbst zu vermeiden. Diese kam wohl nur in einigen Ausnahmefällen vor. So berichtete Radio Venceremos, daß während der Großoffensive gegen die Guerilla in Morazán Ende November/Anfang Dezember drei oder vier honduranische Soldaten in Salvador gefallen seien. Dagegen finden routinemäßig "Exkursionen" salvadoranischer Regierungstruppen und Paramilitärs auf honduranisches Territorium statt, wie Ende November, als in Gegenwart einer internationalen Untersuchungskommission 40 Insassen aus dem Flüchtlingslager bei La Virtud verschleppt wurden.

Wie stehen nun innerhalb Honduras' selbst die Interessen- und Kräfteverhältnisse im Bezug auf die Instrumentalisierung des Landes im Rahmen der Reagan'schen Interventionsstrategie? Eine massive Verwicklung, vor allem in einen Krieg mit Nicaragua, wird außer von den organisierten Volksektoren auch von einer wichtigen Fraktion der Bourgeoisie und sogar einigen Militärs entschieden abgelehnt, da sie zum einen eine militärische Niederlage, zum anderen eine rasche Destabilisierung im eigenen Land befürchten. So wurde verschiedentlich gemunkelt, daß ein Krieg gegen die Sandinistische Revolution von der erreaktionären Militärfraktion als willkommener Vorwand für einen Rechtsputsch ausgenützt werden würde, der die Versuche, das Land auf dem Wege der "friedlichen", bürgerlich-demokratischen Entwicklung zu halten, von vorneherein zunichte machen würde. - Der Streit zwischen den Kräften, die für Neutralität im salvadoranischen Konflikt und gutnachbarliche Beziehungen zu Nicaragua plädieren, und der Reaktion in Gesellschaft und Militär, die eine Ausrottung des revolutionären "Bazillus" unterstützt, bevor er auf den eigenen Herrschaftsberzich übergreift, ist noch nicht endgültig ausgetragen. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß das Pentagon, sollte es auf das honduranische Militär als direktes Interventionsinstrument zurückgreifen wollen, auf keinen ernsthaften Widerstand innerhalb der herrschenden Klasse stoßen würde. Momentan begnügt es sich allerdings damit, Honduras als Basis für eigene Operationen zu benutzen, ohne die einheimischen Streitkräfte außerhalb des honduranischen Territoriums allzu stark einzuspannen. (Ob dies im Falle eines Falles ein sehr zuverlässiges und schlagkräftiges Werkzeug wären, daran sind im Übrigen auch noch einige Zweifel angebracht.)

Klar und alarmierend ist aber die unverkennbare Tendenz zur Ausrüstung und Professionalisierung der honduranischen Streitkräfte: Für 1982 hat Washington 10 Mio. Dollar an Verkaufskrediten und Darlehensgarantien für militärisches Gerät angesetzt (1981: 5 Mio.) darunter vor allem mehrere Flugzeuge, ein Patrouillenboot, Artilleriegeschütze. Hinzu kommen 700 000 Dollar für die Ausbildung von 200 Soldaten und Offizieren und eine Ausfuhrerlaubnis für Wafenkäufe der honduranischen Regierung bei US-Firmen in Höhe von

2 Mio. Dollar.

Bezeichnend dabei vor allem die Tendenz: Die Waffenhilfe der drei Jahre 1978-80 entspricht 40% der Kredite, die im gesamten Zeitraum von 1950 bis 1980 vergeben wurden. Der langfristige Durchschnitt in diesem Zeitraum betrug 550 000 Dollar pro Jahr. (vgl. AIB Okt. 1981) Vor kurzem kam Honduras als Standort für zwei US-Marinestützpunkte ins Gespräch, wovon einer im Golf von Fonseca (Pazifikküste) und einer in Puerto Lempira (Karibik, an der nicaraguanischen Grenze) errichtet werden soll.

Auf derselben Linie liegt der vom Pentagon betriebene stete Machtzuwachs der ultrareaktionären Fraktion innerhalb des Militärs, für den vor allem die Ernennung von Oberst Gustavo Alvarez Martínez zum Chef der Streitkräfte ein besorgniserregendes Indiz ist. Der erst 44-jährige Alvarez, Absolvent der Militärhochschule, war zuletzt Oberbefehlshaber der Polizeitruppe (FUSEP) gewesen, und als solcher Hauptverantwortlicher für die Repression, die im letzten Jahr deutlich angestiegen war. Schon vorher war er bekannt für seinen fanatischen Antikommunismus und verschiedene Militärüberfälle auf Gewerkschafts- und Bauernorganisationen.

Seine Wahl Ende Januar durch den Kongreß erfolgte einstimmig bei Stimmenthaltung des christdemokratischen Abgeordneten. Alvarez hat vor und nach seiner Ernennung öffentlich ein schärferes Vorgehen gegen die "Subversion" gefordert und dabei ausdrücklich die Bekämpfung sowohl "ungerechtfertigter" Streiks und Demonstrationen als auch der Verbreitung "fremder" Ideologien an Schulen und Hochschulen angekündigt. Allerdings ist er intelligent und geschickt genug, um - verbal - seinen Respekt vor den zivilen und demokratischen Institutionen zu bekunden, so daß einer funktionierenden "Arbeitsteilung" zwischen diesen und dem Militär, das hinter der parlamentarisch-konstitutionellen Fassade die "Drecksarbeit" besorgt, vorläufig nichts im Wege zu stehen scheint. Daß die reale Macht nach wie vor beim Militär (bzw. der US-Wirtschaft) liegen wird, war wohl auch den Kongreßabgeordneten klar, die widerstandslos dem "Starken Mann" die Schlüssel zum Oberbefehl aushändigten.

Was die "Drecksarbeit" angeht: Die Repression hat im zurückliegenden Jahr Formen und Ausmaße angenommen, die im Verhältnis zu den Nachbarländern zwar noch geringfügig erscheinen, jedoch in Honduras lange Zeit unbekannt waren. Die Zahl der in diesem Zeitraum aus politischen Gründen Inhaftierten und Gefolterten wird auf über 300 geschätzt, von denen ein Großteil zwar wieder freikam, aber etwa 80 blieben bisher "verschunden". Das vor wenigen Monaten gegründete Menschenrechtskomitee (Comité de Derechos Humanos - CODEH) veröffentlichte Ende Januar eine Liste mit 52 namentlich genannten Vermissten, darunter 21 Salvadoraner, deren Verhaftung in der Mehrzahl der dem Militär unterstehenden Kriminalpolizei DNI (Dirección Nacional de Investigaciones) zur Last gelegt wird. Seitdem sind weitere Fälle bekannt geworden. Im Januar und Februar wurden an mehreren Orten erstmals geheime Friedhöfe mit bisher nicht identifizierten Leichen entdeckt.

### Neue Regierung in der Wirtschaftskrise

Die schwerwiegendsten Probleme, denen sich die neue Regierung gegenüber sieht, resultieren aus der tiefen ökonomischen Krise, in der das Land gegenwärtig steckt. Nach Wachstumsraten von sieben und mehr Prozent in den siebziger Jahren ist der Zuwachs des Bruttosozialprodukts 1980 auf 2,5% zurückgegangen, 1981 sogar auf

null. Entscheidend ist dabei zum einen die langfristige Verschlechterung der Austauschbedingungen am Weltmarkt, zum anderen die damit zusammenhängende hohe Auslandsverschuldung, die gleichzeitig das Scheitern einer Entwicklungspolitik markiert, die auf Ausdehnung des Staatsapparates und Kreditaufnahme im Ausland setzt, um Investitionen in überdimensionale Großprojekte durchzuführen. Letztere wurden schon bald zu einem Faß ohne Boden, angesichts der grassierenden Korruption; den ins Land geflossenen Milliarden steht kaum ein entsprechender Zuwachs an realen Produktionskapazitäten gegenüber.

Ein paar Zahlen: Vor zehn Jahren konnte Honduras noch ein Faß Rohöl für den Erlös von 3 Pfund Kaffee oder 57 Pfund Bananen kaufen, heute müssen die Importeure dafür den Gegenwert von 24 Pfund Kaffee oder 440 Pfund Bananen hinlegen. Die rapide steigende Ölrechnung (angeheizt außerdem durch die forcierte Motorisierung) und der Import teurer Konsumgüter im Interesse einer kaufkräftigen Minderheit lassen kaum noch etwas von den Exporterlösen für die Investition in Produktionsmittel übrig. Private Investitionen und mittlerweile auch schon 68% (!) des laufenden Staatshaushaltes müssen deshalb aus einer ständigen Zufuhr von ausländischem Kapital finanziert werden. Die wichtigsten Geber von Neukrediten waren 1981 die US-AID (37 Mio. \$), die Interamerikanische Entwicklungsbank (17 Mio. \$), die Zentralamerikanische Integrationsbank (20 Mio \$), und die Schweizer Regierung (21 Mio \$).

Das Leistungsbilanzdefizit beträgt gegenwärtig 300 Mio \$, die jährlichen Deviseneinnahmen aus Exporten 575 Mio \$ (wovon allein 1/8 für die Schuldentilgung gleich wieder drauf geht). Die gesamte Auslandsverschuldung hat etwa 1 Mrd. Dollar erreicht, was etwa der Hälfte des Bruttosozialprodukts entspricht. Nach Angaben des Finanzministeriums betrug die Kapitalflucht von 1979 bis 1981 rd. 480 Mio Dollar. 1981 nahmen die Devisenvorräte der Zentralbank um 60 Mio Dollar ab. (Angaben nach Presseberichten und einer Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialforschungsinstituts der honduranischen Universität) Erstmals seit Jahrzehnten der konstanten Parität gegenüber dem Dollar geriet der Lempira 1981 ernsthaft in Abwertungsgefahr. Die alte Regierung konnte sich zu einem derart blamablen Entschluß nicht mehr durchringen, obwohl langfristig kaum eine andere Lösung offenbleiben wird.

Angesichts der desolaten Situation werden die Bedingungen, die der Weltwährungsfonds für eine kurzfristige Refinanzierung auf dem internationalen Kapitalmarkt setzt, jetzt auch für die honduranische Regierung zum unumstößlichen Diktat. Schon im April 1981 wurde auf Druck des JWF eine 10%tige Importsteuer erlassen, durch die die Nachfrage nach Einfuhren gebremst werden sollte, und die zu einem regelrechten Handelskrieg mit Guatemala führte. Im Herbst setzte der Fonds Honduras auf die Liste der "unsicheren" Kreditnehmerländer, hat aber gegen Ende des Jahres seine weitere Unterstützung an, unter der Voraussetzung einer strikten Austeritätspolitik (Reduzierung der Staatsausgaben), Inflationskontrolle, Auflösung einer Reihe halbautonom staatlicher Institutionen, (denen Ineffizienz vorgeworfen wird) sowie Herstellung der Währungsparität (was immer das heißen mag).

Noch weiter gehen die "Empfehlungen", die eine US-Kommission unter Leitung des Sonderbeauftragten des Weißen Hauses, Thomas Endero, im Anschluß an einen Besuch in Tegucigalpa im November erarbeitete, und die als Vorbedingungen für eine Berücksichtigung im Rahmen des Reagan'schen Entwicklungsfonds für den Karibischen Raum

(Caribbean Basin Initiative) gelten. Entsprechend den monetaristischen Konzepten wird ein drastischer Abbau der staatlichen Wirtschaftregulierung, so u.a. die Aufhebung von Preiskontrollen, die Senkung "investitionshemmender" Steuern und Ausfuhrzölle usw. gefordert, um nur einige Punkte zu nennen (vgl. Boletín Informativo, No.9). Auf diese Weise sollen Multis angeregt werden, in Honduras zu investieren.

Prompt wurde Ende des Jahres die Preisbindung für verschiedene Waren des Grundbedarfs aufgehoben, was deren Preise in die Höhe schnellen ließ und wegen der einsetzenden Spekulationswelle sogar zu einer zeitweiligen Verknappung in den Geschäften führte. Gleichzeitig wurde eine Anhebung der Einkommenssteuer verkündet; die hauptsächlich die Mittelklasse treffen wird.

Die "Belohnung" folgte auf dem Fuße: Am 6. Januar kam eine Zusage des JWF über 27,8 Mio \$ aus dem Ausgleichsfonds für Exportausfälle. Gleichzeitig vergab die Weltbank einen neuen Industrieentwicklungskredit in Höhe von 30 Mio Dollar.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung, die bis auf den Verteidigungsminister aus Zivilisten besteht, von denen alle außer einem der Liberalen Partei angehören, läßt erwarten, daß dem Wunsch der amerikanischen Freunde nach maximaler Berücksichtigung privater Kapitalinteressen nichts im Wege stehen wird: Vertreter der Bourgeoisie haben Schlüsselstellungen inne, so ist der Minister im Präsidentschaftsamt, Carlos Flores Facussé, Mitglied einer der reichsten honduranischen Industriellenfamilien; der Finanzminister ist ehemaliger Generalsekretär der Unternehmervereinigung COHEP, der Arbeitsminister war Berater der reaktionären Großgrundbesitzerorganisation FENAGH. Auch die übrigen Kabinettsmitglieder gehören der konservativen "rodistischen" Fraktion der Liberalen Partei an. Der sozialdemokratische Minderheitsflügel ALIPO wird wohl auch bei der jetzt laufenden Besetzung von Verwaltungsstellen leer ausgehen.

Welche Taktik die neue Regierung gegenüber den Volksorganisationen einschlagen wird, die sich mit einer Reihe konkreter Forderungskataloge zu Wort gemeldet haben, ist momentan noch nicht abzusehen. Klar ist aber, daß die angekündigten Kürzungen im Staatshaushalt vor allem den Sozialen Bereich betreffen werden, was sich gemeinsam mit der Verteuerung der Lebenshaltung, der steigenden Arbeitslosigkeit usw. früher oder später über eine wachsende Unzufriedenheit in einem Ansteigen der Klassenkämpfe niederschlagen wird. Leider scheint die Repressionsmaschinerie inzwischen für diesen Fall schon gut vorbereitet zu sein.

(Quellen: La Tribuna, Tiempo, Boletín Informativo, TAZ)

## Offener Brief

Managua, Nicaragua März 1982

Nachrichtlich an: Botschaft von Nicaragua libre in Bonn, Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal, Presse in der Bundesrepublik Deutschland.

An den Herrn  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Rainer Offergeld  
Postfach 120322  
5300 Bonn 12

Sehr geehrter Herr Minister Offergeld,

wir begrüßen es, daß Sie nach Nicaragua gekommen sind. Wir sind eine Gruppe von Bundesbürgern, die in Nicaragua leben und arbeiten. Wir begrüßen Ihren Besuch, weil wir meinen, daß bei der bekanntlich derzeit politisch und wirtschaftlich schwierigen Situation in Nicaragua eine Unterstützung durch die Bundesrepublik wichtig ist: Nicht nur finanzielle, sondern gerade auch politisch-moralische Unterstützung. Wir begrüßen es, wenn der in Nicaragua eingeschlagene Weg anerkannt und ernst genommen wird und wenn sich die Bundesregierung mit diesem Weg vorurteilsfrei auseinandersetzt.

In diesem Zusammenhang fühlen wir uns zutiefst betroffen davon, daß sich die Bundeswehr an dem NATO-Manöver in der Karibik beteiligt, das vom 8.-18. März '82 stattfindet. Laut Grundgesetz ist die Bundeswehr auf einen rein defensiven Handlungskarakter festgelegt. Wir sind entsetzt zu hören, daß diese Bundeswehr nun in Gewässern, in denen sie mit Sicherheit nichts zu verteidigen hat, an militärischen Aufmärschen teilnimmt.

Der Zeitpunkt dieses Manövers ist wegen der angespannten politischen Situation in Zentralamerika und der Karibik nicht als "ungünstig", sondern schlicht als offen provokativ zu bezeichnen. Damit läßt sich die Bundesregierung für die aggressive Politik der Reagan-Administration in diesem Raum einspannen.

Angesichts der mit aktiver Unterstützung der USA über die Nordgrenze Nicaraguas einfallenden Mörderbanden, angesichts wiederholter direkter Interventionsankündigungen aus Washington reiht sich dieses Manöver in die Kette brutaler militärischer Bedrohung für Nicaragua und andere zentralamerikanische und karibische Länder nahtlos ein. Diese Länder werden dadurch gezwungen, sich zu bewaffnen, ihre Verteidigungsmaßnahmen in außerordentlichem Maße zu verstärken. Ihre Regierung, Herr Offergeld, trägt dazu bei!

Die Politik der Bundesrepublik Deutschland ist unglauwbüdig, wenn einerseits in lauten Tönen über militärische Hochrüstung in Nicaragua geklagt wird, andererseits die Stärke der eigenen Rüstung direkt vor der Haustür der Beschuldigten massiv demonstriert werden soll.

Wenn in der Bundesrepublik Deutschland Steuergelder aus dem sozialen Bereich abgezogen werden, um z.B. Manöver in der Karibik zu finanzieren,  
wenn das außerdem eine Bedrohung für die Länder der Karibik und vor allem für Nicaragua bedeutet,  
wenn hier Gelder für die Verteidigungsbereitschaft eingesetzt werden müssen, die z.B. im sozialen und im Bildungsbereich dringend benötigt würden,  
dann müssen wir aus unserer Solidarität mit Nicaragua heraus Sie, Herr Minister Offergeld, nachdrücklich auffordern, sich im Kabinett, im Parlament und in Ihrer Partei dafür einzusetzen, daß in der Politik der Bundesrepublik Deutschland für diese und zukünftige Provokationen kein Platz ist.

## Offener Brief

an den Botschafter von El Salvador in der Bundesrepublik Deutschland,  
Dr. Horacio Trujillo, Bonn

Bielefeld, den 22. März 1982

Horacio,

in meiner Eigenschaft als Betreuerin Deiner Doktorarbeit, also gewissermaßen als Deine "Doktormutter", darüberhinaus als eine von denen, die Dein Land kennen - und dessen Bevölkerung besonders schätzen gelernt haben (auch ich habe ja meine Doktorarbeit u.a. über El Salvador geschrieben), und schließlich als eine von denen, die Du durchaus einmal zu Deinem "Bielefelder Freundeskreis" zählen konntest, möchte ich Dir in öffentlicher Form einige Fragen stellen.

Sie sind das Ergebnis von Diskussionen, die wir, Du und ich, miteinander hatten, und den Widersprüchen, die sich dazu aus Deiner jetzigen Funktion sowie Deinem kürzlichen sehr merkwürdigen Auftritt in den Redaktionen der Bielefelder Lokalpresse ergeben.

Daß Du die Tatsache, hier in Bielefeld den Dokortitel mit einer Arbeit über Dein Land erworben zu haben, für politische Zwecke mißbrauchst und zwar für nichts Geringeres als den Versuch, ein wahrlich im Blute watendes Regime von seiner Verantwortung reinzuwaschen;

daß Du so tust, als sei "die Wissenschaft" dabei auf Deiner Seite und durchaus den Glauben an ein politisch "neutrales, sachlich-humanes Expertentum" für Dich und die Politik Deiner Regierung auszunutzen versuchst;

daß Du ehemalige persönliche Freunde, Bekannte und auch Personen, die mit Dir gar nichts zu tun hatten, auf diese Weise ungefragt in den Dreck zu ziehen versuchst, der Dich heute offenbar umgibt;

all das enttäuscht, erstaunt und stößt mich ab wie alle Deine Bielefelder "Freunde", und es hat mich auch persönlich sehr getroffen.

Ich schreibe Dir daher auch persönlich, aber auch genauso öffentlich, wie Du mit mir und uns hier in Bielefeld verfahren bist.

Im Gegensatz zu anderen, die heute meinen, Du seist immer schon ein - wenn auch vielleicht verkappter - "Rechter" gewesen, bin ich anderer Ansicht. Für mich bist Du der Fall eines sogenannten "Linken", der eine rechte Karriere macht. Jeder, der Deine Doktorarbeit auch nur auszugsweise gelesen hat, wird sich dieser Meinung anschließen müssen. Nicht umsonst soll Deine Arbeit ja auch bei einem linken Verlag in San Salvador erscheinen, dessen Mitarbeiter - die ich zum Teil ebenfalls kenne - genau zu eben jener Linken gehören, die für Akademiker-Kreise in Lateinamerika (und anderswo) so typisch ist, und zu denen auch einer Deiner heutigen "Gegenspieler", Guillermo Manuel Ungo, Führer der Opposition Deines Landes gehört (und mit dem ich übrigens noch 1977 im Namen des Universitätsschwerpunkts Lateinamerikaforschung der Bielefelder Universität ein Kooperationsabkommen über den Austausch wissenschaftlicher Arbeiten vorbereitet habe). Meine erste Frage lautet also:

Kannst Du wirklich auf Deine wissenschaftliche Arbeit über El Salvador verweisen, um Dein heutiges Verhalten zu begründen und gar noch zu rechtfertigen? Wenn das möglich sein sollte, ja gar plausibel zu machen wäre, dann hätte die "linke Theorie" in der Tat ausgedient. Denn eine linke Theorie, die gut ist für die Legitimation einer solchen Praxis, ist keine linke, sondern eine rechte The-

orie. Ich glaube tatsächlich, daß wir uns mit dieser unangenehmen Frage alle auseinandersetzen müssen, nicht nur Du. Du erinnerst Dich sicherlich an entsprechende Diskussionen, die wir in diesem Zusammenhang hatten, nämlich z.B. über das Phänomen linker Staatsgläubigkeit als einer Form von Fortschrittsgläubigkeit, die auch dann nicht hinterfragt wird, wenn von den positiven Errungenschaften dieses Staates - als einem Sinnbild der "Moderne" gerade in der 3. Welt - systematisch die Mehrzahl der Menschen ausgenommen ist, insbesondere die Armen in Stadt und Land und die Frauen. Sind sie dadurch nicht prinzipiell als "vogelfrei" gesetzt und im Zweifel "zum Abschluß freigegeben", daß sie auch in "normalen Zeiten" nicht als volle Staatsbürger und damit als vollwertige Menschen gelten und behandelt werden? Kann selbst eine "linke" Staatstheorie - und diese ist Hauptthema Deiner Arbeit - eben weil sie die Kritik am Staat nicht auf dieser Tatsache des relativen Ausschlusses der Mehrheit aufbaut, nicht auch für die Legitimation des Genozids benutzt werden?

Du weißt, daß wir uns in dieser Frage und in den Konsequenzen, die sie für Deine Arbeit gehabt hätte, nicht einigen konnten. Wir waren uns aber wohl darin einig, daß gerade Dein Land schon länger und viel mehr noch als andere Länder potentiell vom Genozid bedroht ist, weil es gleichzeitig in großem Maße jene sog. "Überbevölkerung" hat, die ökonomisch und politisch überall auf der Welt als so schlecht "integrierbar" gilt, und weil eine ökonomische Lösung der Probleme El Salvadors viel mehr als nur "Reformen" benötigen würde, ja selbst eine "Revolution", also etwa die Rückgabe der Produktionsmittel, vor allem des Bodens, an die Bevölkerung, dafür kaum ausreichen würde, zumal im lediglich nationalen Rahmen.

Obwohl Du gesehen hast, daß dieses Dilemma gerade die Situation in El Salvador besonders deutlich kennzeichnet - und es ist letztlich das Dilemma heutiger Weltwirtschaft und -politik überhaupt - hast Du es vorgezogen, eine "traditionelle" linke (aber nicht einfach eine rechte) Position beizubehalten und Dich auf die Suche nach einem "progressiven" Staat und dessen Aufbau zu machen.

Ist es gerade diese Position, die Dich auch in Deiner jetzigen Stellung motiviert und legitimiert, wie Du - inzwischen kann man wohl sagen, vergeblich - zu hoffen scheinst?

Wie anders ist es sonst zu erklären, daß Du Deine Entscheidung, zum jetzigen Zeitpunkt Botschafter Deines Landes zu werden und es zu bleiben, immer noch stereotyp damit begründest, nur der Weg zwischen "Links- und Rechtsradikalen" biete eine realistische Chance zur Errichtung demokratischer Verhältnisse als Vorbedingung für die Lösung aller überrigen Probleme, und genau diesen Weg ginge Deine Regierung?

Es stimmt, und da befindest Du Dich in "guter Gesellschaft", auch Dein Chef, Napoleón Duarte, war einmal ein Linker, als er nämlich für die oppositionellen Christdemokraten Bürgermeister von San Salvador war (wobei ich auch ihn kennenlernte) und sich 1972 nach den von oben gefälschten Wahlen am Umsturzversuch der vereinigten Opposition samt KP u.a. beteiligte, der dann scheiterte und ihn, wie andere Linke auch, jahrelang ins Exil brachte.

Auch er, Duarte, argumentiert ja immer mit diesem ominösen "dritten Weg", der übrigens auch in der linken lateinamerikanischen Diskussion praktisch und theoretisch längst als gescheitert gilt, das weißt Du ebenso. Dabei könnte man ja erneut darüber diskutieren, z.B. auch bezüglich dessen, was im Nachbarland Nicaragua passiert, dessen Beispiel ja nicht ganz unwichtig für El Salvador ist. Das würde aber voraussetzen, daß es sich um den ehrlichen Versuch handeln müßte, einen solchen 3. Weg wirklich zu suchen und zu gehen und nicht nur um eine fadenscheinige Rechtfertigung für den eigenen Opportunismus oder typisch patriarchalischen Machthunger, der in eine sentimental-naive Selbstaufopferungs-Ideologie verpackt wird. Zur Klärung dieses Sachverhalts gibt es angesichts der Situation in Deinem Land meiner Meinung nach nur drei Fragen zu beantworten, und ich kann mir nicht vorstellen, daß Du sie Dir noch nicht gestellt haben solltest:

- Hat sich Deine Regierung an Massakern beteiligt oder nicht?
- Was hat Deine Regierung getan, um die angeblich unkontrollierbare "Rechte", die angeblich nur von "privater Seite" finanzierten und organisierten paramilitärischen Terrorbanden unter ihre Kontrolle zu bringen? Schließlich sind diese Banden, z.B. ORDEN, seinerzeit mit ausdrücklicher Billigung seitens der damaligen

Regierung überhaupt erst gegründet worden und treiben ihr Unwesen nicht erst seit Ausbruch des gegenwärtigen Bürgerkrieges.

- Ist Deine Regierung gegen diese Rechten und ihre Finanziers jemals eingeschritten, wenn sie mit deren Politik nicht einverstanden ist, wie sie behauptet?

Ich glaube, die Antworten auf diese Fragen sind nicht schwer zu geben. Das Resultat ist in jedem Falle, daß unter dem Namen Deiner Regierung und damit auch unter dem Deinen, da Du ja die Politik dieser Regierung hier vertrittst, genau jener Genozid abläuft, von dem bereits die Rede war und vor dem einem nur grauen kann.

Wenn Du durch Deine Position - wie Dein Chef Duarte selbst - nicht die Macht hast, dieses Töten zu verhindern (vorausgesetzt, Du bist dagegen), warum gibst Du dann immer noch Deinen Namen dafür her? Warum bietest Du Dich an als Maske, hinter der sich die Schlächter verbergen und davonstehlen können? Denn Leute wie Du, niemand sonst, wird hinterher die Verantwortung dafür zu tragen haben.

Wenn Du jetzt immer noch mit Deinen "guten Absichten" argumentierst, deren Vorhandensein ich zunächst und am Anfang Deiner Tätigkeit gar nicht in Abrede stellen möchte, dann ist das wohl inzwischen blanker Hohn - und nicht zuletzt Dir selbst gegenüber.

Du weißt, "es ist nie zu spät". Daher meine letzte Frage: Wann trittst Du endlich zurück?

Deine ehemalige Freundin  
Claudia von Werlthof



## DER SPRÜHER-PROZESS IN STUTTGART

Stuttgart, März 1982

Im Januar dieses Jahres standen wir, vier Leute aus Stuttgart, ein 2. Mal vor einem deutschen Gericht. Vorwurf der Staatsanwaltschaft: wir sollen 28 Parolen an Hauswände und öffentliche Hauswände und öffentliche Einrichtungen gesprüht haben, "in denen für freiheitliche Verhältnisse in El Salvador geworben, die Politik der USA als verbrecherisch hingestellt und Kritik an der BRD zum Ausdruck gebracht wird" (zitiert aus der Anklageschrift). Die Parolen lauteten beispielsweise "Freiheit für El Salvador", "Kampf dem US-Imperialismus in El Salvador" und "Waffen für El Salvador". Wir bestritten die "Tat" nicht, machten aber auch keine Aussagen. Nach zwei Verhandlungstagen wurden wir vom Landgericht Stuttgart wegen "Sachbeschädigung" für 7 Parolen zu je einer Geldstrafe von 1600 EM, insgesamt 6400 EM, verurteilt.

Diese harte Geldstrafe war, wie anfangs erwähnt, das 2. Urteil im Stuttgarter Sprüherprozess. Bereits im Juli '81 wurden wir vom Amtsgericht Stuttgart für 15 Parolen zu je einer 4-monatigen Freiheitsstrafe, auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt, verurteilt. Der Staatsanwalt forderte damals ein halbes Jahr Gefängnis! und legte mit dieser Forderung Berufung vor dem Landgericht ein. Wir gingen ebenfalls in die Berufung mit der Forderung nach Freispruch.

Dieses erste Urteil des Amtsgericht löste eine breite Protestwelle aus. Einmal war die Beweislage haarsträubend: der einzige angebliche Tatzeuge war unauffindbar (übrigens auch für die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht), wir wurden für Parolen verurteilt, für die nicht einmal Strafanzeigen vorlagen (was Voraussetzung ist für die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens!), ein angefertigtes Schriftgutachten trug nichts zur "Wahrheitsfindung" bei - das einzige Indiz war eine beschlagnahmte Farbspraydose. Diese wurde uns bei unserer Festnahme abgenommen.

Zum anderen wurde das bewußt auf Abschreckung zielende harte Urteil ausschließlich mit der politischen Motivation der Tat/Täter begründet. Der Staatsanwalt meinte in seiner Berufungsbegründung gar, "daß es aufgrund des ideologischen Hintergrunds der Tat nicht zu erwarten sei, daß sich die Angeklagten zukünftig straffrei führen würden" und forderte zur Abschreckung 6 Monate Knast. Denn, wer "Freiheit für El Salvador" sprüht, in dem/der steckt so viel kriminelle Energie, daß die Allgemeinheit vor diesen Verbrechern geschützt werden muß.

Nachdem wir in 1. Instanz zu diesem Terrorurteil verknackt wurden, traten wir an die Öffentlichkeit und verfassten eine Resolution gegen das eindeutig politische Urteil, die von 30 politischen Organisationen unterstützt wurde - Infostelle El Salvador, München, Jungdemokraten Baden-Württemberg, Aktion Selbstbesteuerung, AK Entwicklungspolitik im BDKJ u.a.

Im Süddt. Rundfunk nannte der ehemalige Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch das Urteil und seine politische Begründung verfassungswidrig und einen Verstoß gegen die Menschenwürde. Massenweise wurden Protestbriefe ans Landgericht geschrieben - so vom Komitee

für Grundrechte und Demokratie, der Gustav-Heinemann-Initiative und der SPD-Europaabgeordneten Heidemarie Wiczorek-Zeul, die sich selbst im Rahmen einer Delegationsreise des Europ. Parlaments von den "freien" Verhältnissen in El Salvador überzeugen konnte und es daher "unerträglich fand, daß ein bundesdeutsches Gericht ein solch unerhörtes Urteil fällen konnte". Die baden-württembergische Landtagsabgeordnete der Grünen, Elsbeth Moraw, richtete einen Brief an den hiesigen Justizminister Eyrich (CDU) und forderte ihn auf, die Ermittlungspraxis der Staatsanwaltschaft in diesem Falle zu überprüfen. Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz schloß sich den Äußerungen Martin Hirschs an.

Auch in der Presse (z.B. in der Frankfurter Rundschau, Konkret, Südwestpresse) wurde das Urteil breit aufgegriffen.

Unter dem Druck dieser mobilisierten Öffentlichkeit und zahlreich anwesender Presse fand nur die 2-tägige Berufungsverhandlung vor dem Landgericht statt. Diesmal versuchte das Gericht, fast peinlich anmutend, jeglichen Eindruck eines politischen Verfahrens von vornherein zu vermeiden. So wurde uns auch das Verlesen einer mehrstündigen Prozeßerklärung gestattet, inder wir auf die Zustände in El Salvador, den Befreiungskampf des Volkes dort, den Imperialismus der USA und BRD und deren Verbrechen eingegangen sind und deutlich gemacht haben, daß wir das Sprühen von Parolen als Mittel zur Herstellung von Gegenöffentlichkeit sehen und voll dahinter stehen. Die "Verletzung" einer Hauswand ist lächerlich angesichts des Völkermords in El Salvador.

Die Zurückhaltung des Gerichts (übrigens: der vorsitzende Richter Breucker ist einschlägig bekannt aus dem Stammheimer Prozeß um Baader/Meinhof) ging sogar soweit, daß es bereits am 1. Verhandlungstag vorsorglich schon mal 8 Parolen aus dem 1. Urteil fallen ließ, da für diese keine bzw. ungültige Strafanzeigen vorlagen - schließlich sollte es diesmal, nach außen wenigstens, "rechtsstaatlich" zugehen. Der Staatsanwalt zog daraufhin völlig überraschend seine Forderung von 6 Monaten Knast zurück und begründete dies mit der "veränderten Sach- und Rechtslage". Beide, Gericht und Staatsanwaltschaft, beteuerten, daß "die Flut von Kritik" keinen Einfluß auf dieses Verfahren gehabt hätte.

Dieser Linie folgend "würdigte" das Gericht in seiner Urteilsverkündung sogar ausdrücklich unser Engagement für die Menschenrechte in El Salvador, nur hört dieses auf, wenn fremdes Eigentum verletzt wird ("Hinrichtung von Hauswänden - Erschießung des Privateigentums?"). Und Parolensprühen ist nach herrschendem Recht Sachbeschädigung und die muß bestraft werden. Sachbeschädigung ist Sachbeschädigung und Völkermord ist Völkermord. Klare Linie, wie gehabt.

Deshalb wurden wir letztendlich für 7 Parolen zu einer Gesamtgeldstrafe von 6400 EM verurteilt.

Wer jetzt allerdings der Meinung sein sollte, daß mit der Umwandlung einer 4-monatigen Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe (ach wie gnädig!) der "Rechtsstaat" gesiegt und Milde bewiesen hätte, dem sei folgendes gesagt: die Beweislage hat sich nicht geändert, nachwievor blieb eine Spraydose einziges Indiz (wir wurden ja nicht einmal beim Sprühen direkt festgenommen). Das Gericht verurteilte trotzdem, sich dabei auf seine "freie Beweisführung" stützend, zu der hohen Geldstrafe. Das Prinzip "Im Zweifel für den Angeklagten" wurde hier bewußt nicht angewendet, schließlich ging es hier darum, Leuten, die unbequeme Meinungen äußern, indem sie den Völkermord in El Salvador anprangern und die Drahtzieher USA/BRD beim



Eine Kopie der Briefe an:  
Botschaft der Föderativen Republik Brasilien  
Kennedyallee 74  
5300 Bonn 2

Um einen Überblick über die Effektivität der Aktion zu bekommen,  
bittet AMNESTY INTERNATIONAL um eine kurze Nachricht über die Anzahl der abgeschickten Briefe an die

amnesty international  
Brasilienkoordinationsgruppe

Franzstr.42  
5000 Köln 41

Musterbrief (deutsche Übersetzung)

Eure Exzellenz!

Mit großer Sorge habe ich vom Schicksal der beiden französischen Priester Priester Aristide Camio und François Gouriou erfahren, die am 31. August in Sao Geraldo do Araguaia verhaftet wurden und mittlerweile vor dem Militärgericht in Belem angeklagt sind. Die Priester sind der Aufhetzung von 13 Kleinbauern angeklagt, die am 13. August 1981 in einem Landkonflikt einen Mann erschossen haben sollen. Die Anklage stützt sich dabei auf das Gesetz zur nationalen Sicherheit, das Anstiftung zum 'kollektiven Ungehorsam gegen die Gesetzé' und zum 'gewaltsamen Klassenkampf' (Art.36, §§ II und IV) unter Strafe stellt.

Nach den mir vorliegenden zuverlässigen Informationen haben die Priester jedoch die Bauern lediglich zur Verteidigung ihrer Rechte angeleitet und weder Gewalt angewendet noch zur Anwendung von Gewalt aufgerufen. Ich möchte außerdem darauf hinweisen, daß die Anklage sich auf Zeugenaussagen stützt, die offensichtlich unter Zwang von den Bauern gemacht wurden. Die örtlichen Behörden haben auf diese und andere Vorwürfe nicht reagiert.

Die Brasilianische Bischofskonferenz hat in einer Erklärung die Vorwürfe gegen die Priester zurückgewiesen. In der Bundesrepublik Deutschland glaubt man, daß der Prozeß gegen die Priester der Auftakt einer Kampagne gegen die pastorale Praxis in Brasilien ist.

Die fortgesetzte Inhaftierung der beiden Priester stellt eine Verletzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und international anerkannter Menschenrechtsnormen dar.

Ich appelliere daher an Eure Exzellenz, sich mit der ganzen Autorität Ihres Amtes für die unverzügliche Freilassung der beiden Priester einzusetzen und verbleibe

hochachtungsvoll

V. Excelência,

fiquei muito preocupado ao saber do destino de dois padres franceses, Aristide Camio e François Gouriou, que foram presos no dia 31 de Agosto 1981 em São Geraldo do Araguaia e que entretanto foram levados ao tribunal militar em Belém. Os padres são acusados de terem instigado 13 posseiros os quais são alegados de terem morto a tiro um homem num conflito de terra no dia 13 de Agosto 1981. A acusação baseia-se na 'Lei de Segurança nacional', que penaliza a incitação 'à desobediência coletiva às leis' e 'à luta pela violência entre as classes sociais' (art.36, §§II e IV)

Segundo as minhas informações fidedignas os padres apenas orientaram os camponeses a defender os seus direitos e nem utilizaram violência. Além disso quero referir-me ao fato de a acusação apoiar-se em depoimentos de testemunhas, feitos evidentemente sob pressão pelos posseiros. As autoridades locais não reagiram nem a éstas nem a outras repreensões.

A Conferência Nacional dos Bispos Brasileiros reprovou numa declaração as acusações levantadas contra os padres. Na Alemanha Federal crê-se que o processo contra os padres representa o início duma campanha contra a prática pastoral no Brasil.

A prisão prolongada dos dois padres representa uma violação à Declaração Universal dos Direitos Humanos e aos princípios fundamentais internacionalmente reconhecidos a respeito dos direitos humanos.

Por isso dirijo-me a V. Exca. e peço-lhe utilizar toda a autoridade da sua posição para a libertação imediata dos dois padres.

Apresento os meus melhores cumprimentos e, com elevada estima e consideração, subscrevo-me

atentamente

## 13.3.82: Dritter Jahrestag der Revolution in Grenada

— Freundeskreis Grenada-BRD gebildet

Frankfurt a.M. 12/3/82

Am 13/3/82 feiert die südkaribische Insel Grenada den 3. Jahrestag des siegreichen Aufstandes der revolutionären New Jewel Movement (Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale). In diesen drei Jahren, seit das Regime des korrupten Diktators Gairy durch die Volksregierung mit Premierminister Maurice Bishop in einer unblutigen Revolution abgelöst wurde, haben sich in Grenada weitreichende Veränderungen vollzogen.

Die alten Gesetze der Gairydiktatur wurden beseitigt und seine Killerbanden aufgelöst, Korruption und Mißwirtschaft bekämpft und der Versuch unternommen, eine echte 'Graswurzeldemokratie' zu verwirklichen.

Ein immer größer werdender Teil des grenadischen Volkes schließt sich zusammen in Organisationen wie den Farmer-Vereinigungen, den Gewerkschaften, der nationalen Frauenorganisation, der nationalen Jugendorganisation, in der New Jewel Movement selbst. Dadurch, daß die anstehenden Fragen auf Versammlungen diskutiert werden, wurde ein sehr hohes demokratisches Niveau erreicht.

Eine neue demokratische Gesetzgebung brachte u.a. das gesetzliche Verbot jeglicher Diskriminierung der Frau sowie die kostenlose Behandlung in öffentlichen Krankenhäusern und medizinischen Zentren.

Auf ökonomischem Gebiet konzentriert man sich darauf, die Verarbeitung der einheimischen Erzeugnisse (Muskatnüsse, Kakao, Bananen und Fisch) zu fördern, sowie die Fischerei und den Tourismus auszubauen. So konnten bereits viele neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit merklich verringert werden. Die Inflation bekämpft man durch Senkung der Preise für lebenswichtige Güter.

Eine Agrarreform wurde in Angriff genommen, wobei vor allem die Bildung von Landwirtschaftskooperativen und die Urbarmachung von bisher ungenutztem Boden unterstützt werden.

Der Ausbau des nun für jedermann zugänglichen Bildungsbereiches erfolgte auf allen Ebenen, Analphabetismus spielt heute kaum noch eine Rolle.

Wenn heute dieser ersten Volksrevolution in der englisch-sprachigen Karibik trotz aller bisherigen Errungenschaften Gefahr droht, dann vor allem von außen.

Nach wie vor droht Ex-Diktator Gairy von den USA aus, mit einer Söldnertruppe die Macht in Grenada wieder zurückerobern zu wollen. Die USA rüsten die proamerikanischen Regimes der Nachbarstaaten Grenadas massiv auf und bedrohen vor allem durch ihre verstärkte Flottenpräsenz in der Karibik Grenada militärisch.

Sie unternehmen alles, um die fortschrittliche Entwicklung Grenadas zu diffamieren und die Grenadier durch ökonomischen Druck in die Knie zu zwingen.

So wird z.B. der für Grenada wichtige Tourismussektor zunehmend auf Betreiben der USA boykottiert.

Die USA verhinderten die Auszahlung eines Kredites des Internationa-

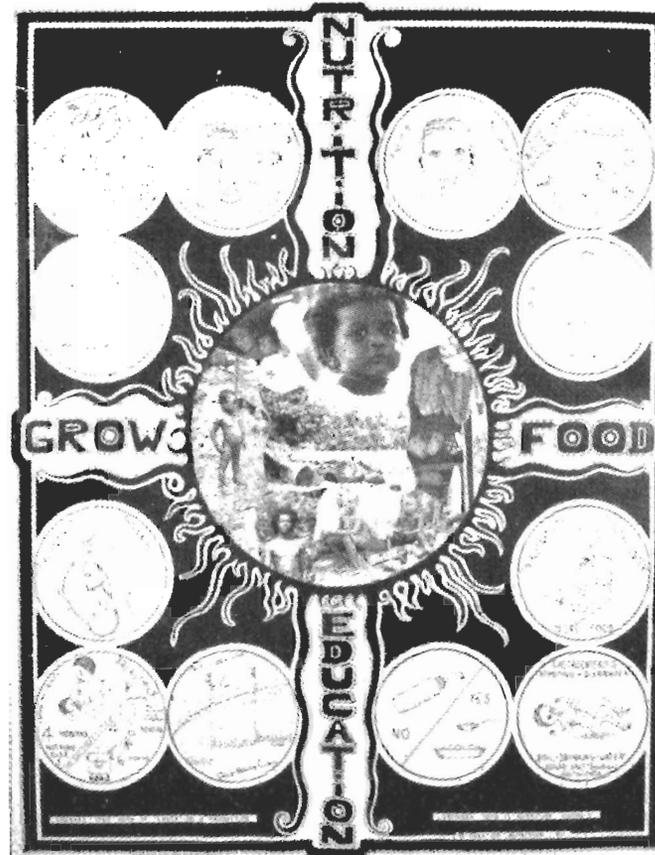
len Währungsfonds; auch üben sie starken Druck auf Weltbank, Karibische Entwicklungsbank und auf die Europäische Gemeinschaft aus, um sie von der Gewährung von Krediten, wie z.B. für den Bau des ökonomisch dringend benötigten internationalen Flughafens, abzuhalten. Der jetzt verkündete US-Hilfsplan für die Karibik richtet sich nicht nur gegen Kuba und Nikaragua, sondern auch gegen Grenada.

Angesichts der ständigen Bedrohung Grenadas durch die USA kommt der politischen Solidaritätsarbeit auch in der Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung zu.

Durch die Verbreitung von Informationen über die Entwicklung Grenadas, durch Aktionen politischer und materieller Solidarität, somit also auch durch die Herstellung einer größeren Öffentlichkeit, kann ein Beitrag zur internationalen Unterstützung und Sicherung Grenadas geleistet werden.

Aus diesem Grunde hat sich ein Freundeskreis Grenada-BRD gebildet, der auf einer breiten Basis zur Verwirklichung dieser politischen und materiellen Unterstützung beitragen will.

Näheres bei FK Grenada-BRD, Herbert Lederer, Obere Fuhr 36, 4300 Essen.



8. MAI

ERÖFFNUNG DER LATEINAMERIKATAGE '82

mit

Oswaldo Bayer  
Erich Fried  
Sibylle Volkholz

und den

SCHMETTERLINGEN

mit ihrem Stück

"Die letzte Welt"

lateinamerikanisches Essen, Getränke, Bücher,  
Informationen

Beginn 19.00 Uhr

Henry-Ford-Bau, Freie Universität

22. MAI

PRESSEFEST DER LATEINAMERIKANACHRICHTEN

und

ABSCHLUSSFESTE DER LATEINAMERIKATAGE

mit

AYACUCHO  
(Salsa, Latin Rock)

und

TIN PAN ALLEY STEEL BAND  
(Caribbean Sound)

lateinamerikanisches Essen, Trinken, Bücher, In-  
formationen, etc.

Beginn 19.00 Uhr

Alte Mensa der Technischen Universität, Hardenberg-  
straße

## Lateinamerika-Tage '82

MAI	VERANSTALTUNGEN	ORT	ZEIT
8.	* ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG mit Erich Fried, Oswaldo Bayer, GEK und den SCHMETTERLINGEN "DIE LETZTE WELT"	Henry-Ford-Bau FU Garystraße Ubnf. Thielplatz	19 Uhr
9.	* SCHMETTERLINGE "DIE LETZTE WELT"	Grips Theater Altonaerstr. 22	20 Uhr
10.	Zentralamerika und die SPD (Diskussion) Christen und Lateinamerika (Info-Veranst. mit lateinamerikan. Priestern) * SCHMETTERLINGE "DIE LETZTE WELT"	Haus der Kirche Goethestr. 27-30 Gemeindeaal Nostitzstr. 6 Grips Theater Altonaerstr. 22	19.30 Uhr 20 Uhr 19 Uhr
11.	Indianer (Diskussionsveranstaltung) Workshop	Haus der Kirche Goethestr. 27-30 ESG-Austandertladen Carnerstr. 11 Henry-Ford-Bau Hörsaal B	19.30 Uhr 10 Uhr 20 Uhr
12.	AKTIONSTHEATER "BOMBAS DIAS ARGENTINA" und Diskussion zum Atomexport Bauern in Bolivien (Dias und Diskussion) * SCHMETTERLINGE "PROLETENPASSION"	Grips Theater Altonaerstr. 22	19.30 Uhr
13.	* LIEDER AUS CUBA mit CARLOS PUEBLA und LOS TRADICIONALES Alternative Liste und Lateinamerika (Diskussionsveranstaltung)	Haus der Kirche Goethestr. 27-30 Galerie 70 Schillerstr. 70 Grips Theater Altonaerstr. 22	19.30 Uhr 20 Uhr 19 Uhr
14.	* KABARETT: JUANITA BANANA GEMEINSCHAFTEN IN CHILE (Info-Veranst. mit einem chilenischen Gewerkschafter) KONZERT MIT ALEJOS (CHILE) Haiti (Informationsveranstaltung)	Tempodrom Potsdamer Platz Igel Keller Pfälzburger Str. 20 Gemeindeaal Nostitzstr. 6 Carl v. Ossietzki-Ober- schule, Blücherstr. 48 Kirche an Mariannenpl. Galerie 70	19.30 Uhr 19.30 Uhr 20 Uhr
15.	* GRAN FIESTA LATINA / GROSSES LATEINAMERIKA FEST THEATER "DIE MERRKADRIJGE ENTDECKUNG DES FERNANDO PEREZ"	UFA-GELÄNDE Viktoriasstr. 10 von 11 Uhr bis Mitternacht UFA-Gelände Pfälzburgerstr. 20	19 Uhr

## vom 2. bis 23. Mai

## in Berlin

MAI	VERANSTALTUNGEN	ORT	ZEIT
16.	Wo die Coca wächst (Dias und Diskussion) Kolumbien (Dias und Diskussion) * EL SALVADOR (Informationsveranstaltung) * THEATER "DIE MERRKADRIJGE ENTDECKUNG DES FERNANDO PEREZ"	Apocalypso, Beusselstr. 22 Luna-Park UFA-Gelände TIK/Casaleon Hasenheide 69	16 Uhr 20 Uhr 19 Uhr 19 Uhr
17.	Waffen für Lateinamerika (Diskus. Veranst.) Workshop Entwicklungshilfe in Kreuzfeuer/Entwick- lungszusammenarbeit zw. BRD/Lateinamerika Workshop * THEATER ALCARAVAN "COTIDIANAS - ALLTÄGLICHKEITEN"	BKÖ-Dorf, Kurfürstenstr. 20 BKÖ-Dorf Haus der Kirche Goethestr. 27-30 ESG/TU, Carnerstr. 11 Theatersaal im Henry-Ford-Bau, Garystraße	20 Uhr 10 Uhr 19.30 Uhr 10 Uhr 20 Uhr
18.	Deutsche Medikamente in Lateinamerika (Disk.) Workshop Kuba und die USA (Informationsveranst.) * THEATER ALCARAVAN "COTIDIANAS - ALLTÄGLICHKEITEN"	Haus der Kirche Mehringhof, Gleisenaustr. 2 Grimstr. 6 Theatersaal im Henry-Ford-Bau, Garystraße	19.30 Uhr 20 Uhr 20 Uhr
19.	Verkehrsmittel (Informationsveranstaltung) Gewerkschaften in Brasilien (Info-Veranst. mit einem brasilian. Metallgewerkschafter) FIESTA CUBANA * KONZERT MIT PATRICIO MANNS (CHILE)	Badener Ring 13 Haus der Kirche Goethestr. 27-30 Mariannenplatz Alte Mensa TU	19 Uhr 19.30 Uhr nachmittags 20 Uhr
20.	* BUCH- UND ZEITSCHRIFTENBORSE * LESUNG: DICHTUNG UND WIDERSTAND mit Oswaldo Bayer und Willer Kemme * PETER PAUL ZHIL liest lateinamerik. Lyrik Kultur aus Lateinamerika (Diskus. Veranst.) Karagaga (Informationsveranstaltung)	ALTE MENSA TU Alte Mensa TU Alte Mensa TU Alte Mensa TU Igel-Keller	11 Uhr 11 Uhr 17 Uhr 19 Uhr 20 Uhr
21.	* LESUNG: ANTONIO SKARRETA SOLIDARITÄTSKONZERT FÜR EL SALVADOR mit ILLAPU (CHILE), CARLOS PUEBLA (KUBA) und WOLF BIERMANN	Alte Mensa TU Tempodrom Potsdamer Platz	11 Uhr 19.30 Uhr
22.	* PRESSEFEST DER LATEINAMERIKA NACHRICHTEN * LATEINAMERIKA ABSCHLUSSGOTTESDIENST und Kinderfest * JOURNALISTEN-FRÜHSCHOPPEN zum Thema ZENTRALAMERIKA Polen und Lateinamerika (Diskussion)	Alte Mensa TU Jesus-Christus-Kirche Dahlem Haus der Kirche Goethestr. 27-30 Igel-Keller Pfälzburgerstr. 20	19 Uhr 10 Uhr 11.30 Uhr 19.30 Uhr

## Termine

## S E M I N A R E

Am 16.— 19. Juni 1982 findet in Marburg ein Intensivseminar der Christen für den Sozialismus mit dem Thema "Ökonomie und Psyche im Spätkapitalismus" statt. Teilthemen des Gesamttitels sollen in Arbeitsgruppen erarbeitet werden. Zur inhaltlichen Vorbereitung dient die CfS-Korrespondenz Nr.33. (siehe Zeitschriftenschau) Sie sollte aufmerksam gelesen werden. Nähere Informationen und Anmeldung: CfS-Regionalgruppe Marburg/Giessen c/o Marie Veit, Sudetenstraße 6, 3550 Marburg

Vom 7.— 9.5.1982 veranstaltet die IGLA zusammen mit dem Bildungswerk für Friedensarbeit ein Seminar zu Kolumbien mit dem Titel "Land der Scheindemokratie, des Widerstands und der illegalen Wirtschaft". Vorläufiges Programm: Einführung und Film über den CRIC, danach AG's zu den Themen: Parteienentwicklung, Justiz, Wirtschaft, Guerilla, CRIC, Situation auf dem Lande, barrios, Kirche, Menschenrechte, Kultur, Gewerkschaftsbewegung. Das Seminar wird in den Räumen des Bildungswerks für Friedensarbeit, Berliner Platz 33 stattfinden. Anmeldung bis Ende April und Informationen bei: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstraße 88, 5300 Bonn 1

"Wie müssen wir Frauen kämpfen?" — internationales frauenworkcamp zu Fragen von Frauen im Befreiungsprozeß — 19. Juli bis 1. August 1982 in Kleve. Ort: Tagungs- und Bildungsstätte Schloß Gnadenal, 4190 Kleve, Tel. 02821-29080

Im Sommer 1981 haben wir — 37 Frauen und 8 Kinder — für zwei Wochen zusammengelebt und die unterschiedlichen Erfahrungen von Frauen zu den Bereichen Erziehung, Familie, Beruf in ihren jeweiligen Herkunftsländern thematisiert. Das diesjährige Workcamp versteht sich als Fortführung des Versuchs einer Zusammenarbeit von Frauen aus verschiedenen Ländern mit dem Wunsch, ein Bewußtsein von Solidarität zu entwickeln, das auf besserem Verständnis basiert und neue Handlungsräume eröffnet.

WERKSTATT "Alphabetisierung — und was daraus werden kann"  
— Kampagnen in Brasilien, Nicaragua, Kuba, Guinea-Bissau, Mozambique im Zusammenhang mit der Lerngeschichte und Lebenspraxis der Teilnehmer  
vom 19. bis 23. Mai 1982 in Bad Nauheim  
Veranstaltungsort: Haus Johannes XXIII., Goethestr. 2, 6350 B.Nauh.

Für die beiden letztgenannten Veranstaltungen ist eine Anmeldung bei der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG), Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, erforderlich. Anmelde-schluß ist am 1.5.82 bzw. am 1.7.82. Die Fahrtkosten werden teilweise erstattet (50% DB zweiter Klasse). Nähere Informationen bei der AGG anfordern.

## Zeitschriftenschau

Blätter des IZSW Nr.100/82, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Na hrachten und Berichte zu Eritrea, Syrien, Türkei, Argentinien, Brasilien und Costa Rica. Ost-Timor: Ana Messer geliefert — Kampuchea: Das Scheitern der Roten Khmer — Nicaragua: Zur Situation der Frauen nach der Befreiung — Multi-Flüchtlinge: Langsam sterben wir — Indianer: Klage der Oglala-Sioux — Medien: Werner "Fitzcarraldo" Herzog und die Indianer — Internationalismusarbeit: Bericht von einem Treffen in Frankfurt — Rüstung: Kriegselektronik-Ausstellung — Glosse: Die CDU-"Aktions Dritte Welt"

Informationsdienst Südliches Afrika Nr.3/82, Bücherstraße 14  
5300 Bonn 1

Südafrika: Gewerkschaftsbewegung — Apartheid und Gewerkschaft — IBFG und südafr. Gewerkschaften — Mosambik: Südafrikas 2. Front — Zimbabwe: Innenpolitische Entwicklung — Angola: Wirtschaftsentwicklung — Namibia: Kontaktgruppe ist unglaubwürdig — Bankboykott — Dresdener Bank und Südafrika — Namibia-Uran-Seminar — Stellung der AAB zur Ökologiefrage — Nachrichten — Rezensionen

LATEINAMERIKA ANDERS Nr.17/18 Jan.1982, c/o IGLA, Postfach 697  
A — 1061 Wien

Schwerpunkt Kolumbien — Demokratie im militärischen Korsett  
Stichwort zur aktuellen Situation — Zur wirtschaftlichen Lage — Institutionalisierung der Gewalt von oben — Oppositionelle Kräfte — Entwicklungshilfe — Die Kirche in Kolumbien — Von der Kolonialzeit zur "Integrierten ländlichen Entwicklung" — Kultur und Gesellschaft: Literatur, Kino, Theater, Interview mit Gabriel Garcia Marquez — Ereignisse im Herbst 1981 — Interview mit Orlando Fals Borda: Die Realität erforschen um sie zu verändern — Kinderschicksale in Kolumbien — Buchbesprechungen: Lateinamerika-Berichte und Analysen 5, Was wird aus uns, wenn keine sich wehrt? (Kolumbien, die alltäglichen Kämpfe der Frauen)

Korrespondenz der Christen für den Sozialismus Nr.33 März 1982  
CfS — Büro c/o Tamen Köhler, Wasserhorst 8, 2800 Bremen 77

Die Korrespondenz enthält Materialien zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema des kommenden CfS — Intensivseminars "Ökonomie und Psyche im Spätkapitalismus". (siehe Termine) Inhalt: Texte aus der Arbeitswelt — Entfremdungsinhalte als durchgängige Erscheinungsformen herrschaftsbedingter Abhängigkeiten im Kapitalismus — Mutter, Mystik und Marxismus — Zur Veränderung von Bewußtsein, Psyche und gesellschaftlichen Sein (Auseinandersetzung mit H.Marcuse) — Die Krise des kulturellen Systems — Reflexion über "Wirklichkeit" — Die Heimat liegt da wo meine Produktionsstätte ist, wo meine Arbeit ist.

ila-info Nr.54 April 1982, Römmerstraße 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Brasilien (Sobradinho) "Damit aus Drohungen nicht Wirklichkeit wird - Guatemala: Der FP-31 und die Gewerkschaftsbewegung - W.Herzog oder der Zweck heiligt alle Mittel - IWF und Weltbank: Die stummen Würger der 3.Welt - Argentinien: Die neue Regierung - Bolivien: Massaker an Koka-Kleinbauern - Guatemala: Einheit und provisorisches Programm - Nicaragua: Nach Wirtschaftsanktionen jetzt Sabotageakte gegen das kleine Land - El Salvador: Holländisches Journalisten Team ermordet - Kritische Anmerkungen zur Frankfurter El Salvador Demo - Bericht vom Antiinterventionskongreß: - Aufstehen für den Frieden: Plattformvorschlag für die Demo am 10.6.82 - Medien und 3.Welt: AVZ München - Buchbesprechungen, Zeitschriftenübersicht, Materialliste-Ergänzung

Solidarität Nr.66 März 1982, c/o SKAAL Postfach 2009 CH-4001 Basel

Frauen in der Dritten Welt: Die Arbeitskraft der Frau - Frauen-die andere Hälfte Lateinamerikas - Umfrage bei den schweizerischen Hilfswerken (Frauen in der Dritten Welt - von den Hilfswerken berücksichtigt ?) - Interview mit Annette Kaiser (Swissaid): Frauen in der Entwicklungsszene - Die "mitreisenden Ehefrauen" - Ein Frauen-Selbsthilfeprojekt in Bangladesh - Schweizerische Waffenexport nach Entwicklungsländern: Das Geschäft mit dem Tode hat Hochkonjunktur - Dossier Schweiz-Trikont - Hinweise auf Bücher und Veranstaltungen

Nicaragua Aktuell Nr.18,, Magazin-Verlag, Königsweg 7, 23 Kiel 1

US-Politik: Interventionspläne und öffentliche Meinung - Das Santa Fe-Papier - Nicaragua: Die Zeit läuft ihnen davon, Interiev mit Lenin Cerna - El Salvador: Wahlfarce in El Salvador - Stimmen zur Wahl - "Rein kommen sie- aber ...", Interview mit Salvador Samayoa  
Guatemala: Armee betreibt Völkermord - Die Wahlen vom 7. März - Costa Rica: Ein treuer Bundesgenosse der USA - In eigener Sache - Material - Zeitschriften

SAGO Informationsblatt Bolivien Nr.35, März/April 1982, Friedrich - Ebert - Anlage 51e, 6900 Heidelberg

Torrelío: "Zeit der großen Entscheidungen ... aber sie lassen mich nicht" - Überleben zwischen Putschgefahr und "apertura" - Einverständnis der Mißwirtschaft. Die Verantwortung wird verschwiegen - Die Kassen sind leer. Das "Hungerpaket" bringt keine Lösung - Die Kirche verurteilt Menschenrechtsverletzungen - Die Regierung erfindet Guerillapläne - Hintergrund: In der Einheit liegt die Stärke: Arbeiterbewegung in Bolivien - Sieben Thesen zur Reflexion - Die Bolivianische Arbeiterbewegung. Ein Überblick. - Zeittafel - Ein Gedicht: Aquí en esta oscura tierra - Buchbesprechung - Zeitschriftenschau - Hinweise

## MUSICA LATINA



*Canta a la liberación latinoamericana*

a: Pit, Erni, Walle, Udo

Die deutsch-lateinamerikanische Musikgruppe AYACUCU hat ihre erste Platte herausgebracht. Der Erlös aus dem Verkauf dient der Unterstützung eines Solidaritätsprojekts in CHILE.

Die Gruppe, 1980 in Berlin gegründet, besteht aus 3 lateinamerikanischen und 5 deutschen Musikern. AYACUCU bemüht sich, die moderne Musik Lateinamerikas (Bossa Nova, Salsa) mit politischen Inhalten zu verbinden, d.h., die aktuelle Situation von Unterdrückung und Widerstand zu artikulieren. Dies geschieht zum einen durch Eigenkompositionen, zum andern durch Bearbeitung bekannter Lieder wie "Te recuerdo Amanda" (V. Jara). Die Platte soll Spaß machen und gleichzeitig die Solidarität unterstützen. Sie ist zum Preis von DM 18,- über das FDCL erhältlich;

Savignyplatz 5, 1000 BERLIN 12

**DER GRIFF NACH DER BOMBE**  
DAS DEUTSCH - ARGENTINISCHE ATOMGESCHÄFT



EIN AUF NEUEN MATERIALIEN UND EIGENEN RECHERCHEN BASIERENDER BERICHT ÜBER DEN DEUTSCH-ARGENTINISCHEN ATOMPACT

**INHALT:** Geschichte der atomaren Zusammenarbeit BRD/Argentinien - Die Gefahr militärischen Missbrauchs - Gemeinsame Unterlaufung des Atomwaffen-Sperrvertrags - Braucht Argentinien Atomenergie? - Deutsche Rüstungsexporte nach Argentinien - Die wirtschaftlich/politische Lage und die der Menschenrechte nach der Einsetzung des neuen Diktators Viola  
Aufwurf: VERHINDERN WIR DIE DEUTSCHEN ATOMEXPORTE NACH LATEINAMERIKA UND ANDERSWO!

DM 6.50

**FUCL**

FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM  
CHILE - LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.  
SAVIGNYPLATZ 5 · 1000 Berlin 12 · Tel.: (030) 313 5065

LATEINAMERIKATAGE '82

Lieder aus  
Cuba



**CARLOS PUEBLA**  
y los TRADICIONALES

Do. 13. Mai 19<sup>30</sup> Tempodrom

Vorverkauf: DM 12,-

Abendkasse: DM 15,-

Einlaß und Abendkasse ab 18 Uhr 30  
Vorverkauf im PRESSE- UND INFORMATIONSZENTRUM LATEINAMERIKA TAGE '82, Krumme Str. 42 Berlin 12 (LA BATEA)

Veranstalter: FUCL, Lateinamerika Koordination und  
Freundschaftsgesellschaft Westberlin - Kuba